KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 185 Mai / Juni 2016

3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 185 Mai/Juni 2016



Cizîr, der Stadtteil Cudi ist fast vollständig von türkischen »Sicherheitskräften« zerstört worden. Foto: H. Schultze



Proteste gegen den Krieg in Kurdistan; mit dem PKK-Verbot und den §129b-Verfahren steht die BRD an der Seite der türkischen Regierung. Foto: ANF



Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen begann in Nepal mit einer großen Demonstration. Foto: F. Aicher

Liebe Leserinnen und Leser,

der »Erdo-Wahn« hat endgültig die deutsche Innenpolitik erreicht. Die Reaktion des türkischen Staatspräsidenten auf zwei Satirebeiträge im deutschen Fernsehen über seine Person hat zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik geführt, die in eine grundsätzliche Debatte über die Fragen »Was darf Satire?« und »Wie steht es um unsere Pressefreiheit?« mündeten.

Doch die wohl wichtigste Erkenntnis aus der gesamten Debatte ist die des derzeitigen Machtverhältnisses in den Beziehungen zwischen der Bundesregierung und dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan. Der Verdacht, dass Merkel und Co. aufgrund der Abhängigkeit von der Türkei in der vermeintlichen Flüchtlingskrise vor der AKP und ihrem Führer Erdoğan kuschen, steht ohne Zweifel im Raum. Selbstverständlich bringt diese Machtkonstellation auch die Gefahr mit sich, dass die Bundesregierung und die deutsche Justiz in der kommenden Zeit verstärkt gegen kurdische Strukturen in Deutschland vorgehen werden, um die AKP-Regierung zufriedenzustellen. Bereits jetzt befinden sich sieben kurdische Politiker in deutschen Gefängnissen in U- bzw. Strafhaft. Für einen weiteren kurdischen Aktivisten, der Mitte April in Schweden festgenommen wurde, stellte die deutsche Justiz nun einen Auslieferungsantrag. Die deutsche Bundesregierung scheint also abermals gewillt, weiter einen aktiven Part aufseiten der türkischen Regierung im Krieg in Kurdistan einzunehmen.

Denn während hierzulande im besten Falle aufgrund der Böhmermann-Affäre die Zusammenarbeit mit der Türkei bei der »Flüchtlingskrise« in Frage gestellt wird, würde ein Blick auf Kurdistan ausreichen, um viel gewichtigere Gründe zu finden. Dort führt die AKP seit Wochen einen grausamen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Ganze Stadtteile werden aus der Luft bombardiert und vom Boden aus beschossen. Vielerorts flüchteten aufgrund der Angriffe bis zu 90 % der EinwohnerInnen der betroffenen Gebiete. Denn wer zurückbleibt, riskiert das Leben. Und in Zusammenarbeit mit islamistischen Kämpfern, die eigens für diesen Krieg von den türkischen Behörden aus Syrien angeworben wurden, begeht die türkische Armee Kriegsverbrechen in Kurdistan vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Doch die Weltöffentlichkeit wird derzeit von Politik und Medien mit anderen »Krisen« in Schach gehalten.

»Die einzigen, die sich vor dem Palast *[Erdoğans]* nicht niedergekniet haben, sind wir«, erklärte der HDP-Kovorsitzende Demirtaş anlässlich der anhaltenden Festnahmewellen gegen kurdische AktivistInnen in der Türkei und Nordkurdistan und der Debatte über die Aufhebung der Immunität der HDP-Abgeordneten im türkischen Parlament. Fakt ist, die kurdische Freiheitsbewegung ist derzeit die effektivste Kraft im Kampf gegen die Präsidialdiktatur Erdoğans und die stärkste Verfechterin einer demokratischen Vision in Kurdistan, der Türkei und dem gesamten Mittleren Osten. Und wenn die Regierenden hier und anderswo im Sinne ihrer Eigeninteressen mit diesem Regime kooperieren und ihm dadurch den Rücken stärken, müssen wir es als unsere Pflicht verstehen, in dieser Phase noch mehr zusammenzurücken, und den Widerstand dagegen stärken.

In diesem Sinne »Hoch die internationale Solidarität«.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung – Hundert Jahre Sykes-Picot und das neue Kurdistan

Zerstörung und Aufbau Kurdistans in Zeiten des Chaos

Nilüfer Koç, Kovorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)

Vor hundert Jahren, also am 16. Mai 1916, wurde zwischen Großbritannien und Frankreich das Sykes-Picot-Abkommen zur Aufteilung des Osmanischen Reiches unterzeichnet. Später wurde auch Russland einbezogen. Der britische Offizier Mark Sykes und der französische Diplomat Georges Picot hatten eine geheime Landkarte für den Nahen Osten und Nordafrika erarbeitet, in der sie die osmanischen Provinzen unter sich aufgeteilt hatten.

Das Sykes-Picot-Abkommen war Ausdruck reiner imperialer Macht ohne Berücksichtigung der Interessen und Belange der Völker der Region. Es handelte sich hier um absolute koloniale Willkür, die den Grundstein für eine Neuordnung der Region entsprechend ihren eigenen Interessen legte. Bei der Ausarbeitung der Grenzziehung berücksichtigten Großbritannien und Frankreich vor allem die reichen Wasser- und Erdölquellen der Region. Das Brutale an dem Abkommen war, dass es keineswegs Rücksicht nahm auf die Clan- und Stammesstrukturen der verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten. Bis zum Abkommen hatte es keine nationalstaatlichen Grenzen gegeben. Daher bewegten sich die Clans, Familien, Stämme auf verschiedenen Territorien. Mit der Grenzziehung per Lineal wurden diese Stämme dann auf die künstlich geschaffenen Nationalstaaten verteilt. Sykes-Picot war ein operativer Eingriff in die Vielfalt der Völker wie Kurden, Araber, Türken, der Glaubensgemeinschaften wie Muslime, Christen, Juden, Êzîdi, Schiiten etc. Die Region ist immer noch mit den Konsequenzen dieses brutalen Eingriffs befasst. Resultat sind die weiter andauernden Kriege, Konflikte und Spannungen zwischen Völkern und Religionen. Dieser Zustand ermöglichte den westlichen Mächten, zu tun und zu lassen, was immer sie vorhatten. Das Spiel funktionierte nach dem alten Sprichwort »Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte«.

Die Aufteilung der Region nach dem Sykes-Picot-Abkommen sah vor:

1. Russland: Trabzon, Erzurum, Wan (Van), Bidlîs (Bitlis) und ein Teil Südostanatoliens
2. Frankreich: nördliches Mittelmeer, Adana, Dîlok (Antep), Riha (Urfa), Amed (Diyarbakır), Mûsil (Mosul) und Küstenregionen Syriens
3. Großbritannien: Haifa, Hafen von Haifa, Bagdad, Basra und Südmesopotamien
4. Aufbau konföderaler Staaten für Araber oder eines gesamtarabischen Staates unter gemeinsamer französisch-britischer Kontrolle
5. Iskenderun als unabhängige Hafenstadt
6. Verwaltung Palästinas durch ein internationales Gremium

Großbritannien, Frankreich und Russland waren seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bemüht gewesen, das Osmanische Reich zu schwächen und anschließend zu zerstückeln. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts befand sich das Reich bereits im fortgeschrittenen Zerfallsstadium. Die europäische Teile-und-herrsche-Strategie hatte es geschafft, Völker und Glaubensgemeinschaften gegen das Osmanische Reich, aber auch gegeneinander auszuspielen. Es herrschte das reine politische und gesellschaftliche Chaos.

Sykes-Picot: jeder gegen jeden

Mit dem Ersten Weltkrieg 1914 waren Großbritannien, Frankreich, Russland einerseits und Deutschland, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich auf der anderen Seite mit einem Machtkrieg befasst. Da aber die Federführung in der Region Frankreich und Großbritannien oblag, hatten diese 1916 inmitten des Chaos das Sykes-Picot-Abkommen entwickelt. Die Vervollständigung der Kontrolle und Ausbeutung der Region folgte nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg.

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland war eine Intervention in das ursprünglich geplante Aufteilungskonzept von Sykes/Picot. Aufgrund dessen konnten es Frankreich und Großbritannien nicht ganz wie geplant umsetzen, da das sozialistische Russland eine eigene Konzeption verfolgte. Aus diesem Grund hatte Lenin auch das bis dahin geheim gehaltene Abkommen an die Öffentlichkeit gebracht, um Druck zu machen für eigene Interessen, was ihm zum Teil auch gelang.

Mit der Konstituierung von Nationalstaaten in der Region seit dem Ersten Weltkrieg wurden Kontrollmechanismen über Völker und Glaubensgemeinschaften geschaffen. Die »modernen« Nationalstaaten wurden auf rassistische und nationalistische Doktrinen aufgebaut, die gegen die kulturelle, politische, ethnische und religiöse Vielfalt, gegen die eigenen Bürger standen. Auf der anderen Seite kämpften diese neuen Staaten auch gegeneinander. Das heißt, während der türkische Nationalstaat gegen Kurden, Armenier, Assyrer vorging, war er zugleich in einen dauerhaften Konflikt mit den Nachbarstaaten Iran, Irak und Syrien verstrickt. Ausgangspunkt waren die per Lineal künstlich geschaffenen Grenzen. Noch immer gibt es Grenzprobleme zwischen diesen Staaten. Aber neben diesen vier Schlüsselstaaten der Region schuf auch die Ausrufung des israelischen Staates dauerhaften Zündstoff zwischen Juden und Arabern. Syrien sah in der Existenz Israels die Begründung für den ständigen Ausnahmezustand. Nicht anders verhielt es sich mit Iran und Irak. Oder Libyen, Ägypten, Jordanien etc., alle künstlich entwickelten Staaten basierten auf einer militaristischen Staatsdoktrin. Mit dieser Gesinnung bekämpften sie ihre eigenen Staatsbürger und nahmen ihre Nachbarn als ständige Gefahr und Bedrohung wahr.

Die kolonial-imperiale kurdische Karte

Die westlichen Mächte folgten der imperialen und kolonialen Gesinnung von Sykes/Picot und vervollständigten die Aufteilung auf der Konferenz von San Remo 1920; in Sèvres 1920 und Lausanne 1923 wurde vor allem die Profitabilität der kurdischen Karte erkannt. Denn nach dem Ersten Weltkrieg ist diese Spielkarte bis heute geeignet gewesen, um mit den rebellischen Kurden, die sich den türkischen, arabischen und persischen Staaten widersetzten, deren innere Instabilität zu einem Dauerzustand zu machen. Andererseits konnte mit der Behauptung »Rechte für Kurden« diese Karte gezogen werden, um von außen Druck auf diese Staaten auszuüben, sobald sie sich gegen westliche Mächte regten. Für die Kurden spielten diese Mächte dann Freund und Helfer gegen die bösen Türken, Araber und Perser. Im Gegensatz zum israelisch-palästinensischen ist die Dimension des kurdischen Konfliktes vielschichtiger: Es handelt sich um den kurdisch-türkischen, den kurdisch-arabischen und den kurdisch-persischen Konflikt. Während Türken, Araber und Perser in den Staaten Türkei, Irak, Syrien und Iran volle Rechte besaßen, wurden die Kurden in diesen Staaten entrechtet, ihrer Identität beraubt, verleugnet und unterdrückt. Hundert Jahre lang waren die Beziehungen der Kurden zu diesen Staaten von Rebellion, Konflikten und Krieg bestimmt. Begünstigte dieser Kriege und Konflikte waren Dritte: die westlichen Mächte. Den Preis bezahlten die Völker.

Hundert Jahre Sykes-Picot und das neue Kurdistan

Aufgrund der Entwicklungen ab 2000 wurde immer offensichtlicher, dass die Gesinnung der Negierung von Kurden und Kurdistan nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Die Tatsache der kurdischen Autonomieregion als föderaler Teil Iraks ab 2003 und die Deklaration des »Demokratischen Föderalen Systems von Rojava – Nordsyrien« *[Rojava = kurd.: »Westen«]* im März 2016 und der Demokratischen Autonomie für Bakur *[kurd.: »Norden«; Südosttürkei]* ab 2015 zeigen, dass auf kurdischer Seite Sykes-Picot nicht mehr akzeptiert wird. Aber auch der »arabische Frühling« hat gezeigt, dass die arabische Bevölkerung mehrheitlich für eine neue politische und gesellschaftliche Ordnung steht. Die zahlreichen Aufstände im arabischen Raum verdeutlichen, dass die hundertjährige koloniale Konstellation nicht mehr tragbar ist. Ähnlich steht es um Iran und die Türkei. Auch hier wächst die Unzufriedenheit der Völker. Daher neigt sich die Phase der Nationalstaatlichkeit, basierend auf einer Ethnie, einer Sprache, einer Religion und einer Flagge, die der Westen herbeigeführt hat, dem Ende zu.

Sowohl im arabischen Raum als auch in der Türkei und Iran gelingt es den Völkern nicht, eine Alternative zu den unterdrückerischen und undemokratischen Regimen zu realisieren, da es ihnen an revolutionärer Avantgarde mangelt. Die Kurden sind bisher noch die einzige Avantgarde im Aufstand gegen diese Regime. Und zwar deshalb, weil sie vor allem aus den Erfahrungen der Konflikte nach dem Zerfall der Sowjetunion richtigere Schlüsse gezogen haben. Der Wegfall der sogenannten ideologischen Polarisierung, gekennzeichnet durch den Kalten Krieg, führte zu einem immensen politischen Vakuum. Es entstand der politische Prozess der Multipolarität, der auch den Kurden die Chance bot, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, insbesondere noch aktiver und offensiver in politische Entwicklungen zu intervenieren, da die Phase nach dem Realsozialismus bei etlichen Mächten erneut Appetit gemacht hatte, die neue Weltordnung zuerst über den Nahen Osten anzugehen. Recht früh ist es vor allem der PKK und Öcalan gelungen, diese neue Ordnung zu hinterfragen. Besonders vor dem Hintergrund, wo und wie Kurdistan in dieser neuen Ordnung platziert wird. Recht früh wurde erkannt, dass das Greater Middle East Project (GME) als Alternative zum beste-

henden Chaos keinen besonderen Stellenwert für die Kurden haben wird. Sie sollten mit Kurdistan weiterhin für lokale wie globale Interessen instrumentalisiert werden. Vor allem war es der kurdischen politischen Führung klar, dass der »Großraum Mittlerer Osten«, entwickelt als Alternative für das Vakuum nach dem Zerfall des Realsozialismus, als neue Ordnung vor allem für den Nahen Osten nichts anderes sein würde als die Fortsetzung von Sykes-Picot.

Fortsetzung von Sykes-Picot durch das GME

Der Umbruch in Irak (Sturz von Saddam Hussein), die Afghanistan-Krise und der israelisch-palästinensische Konflikt waren lehrreiche Lektionen für die kurdische Bewegung. Für sie begann die politische Phase, die Nationalstaatlichkeit als Konfliktursache kritisch zu betrachten. Denn auch das Greater Middle East Project setzt als Lösung auf nationalstaatliche Grenzen. Aus dem einen Irak sind Grundlagen gelegt worden für einen kurdischen, einen sunnitisch-arabischen und einen schiitisch-arabischen Staat. Diese drei Komponenten können jederzeit voneinander gelöst werden, so dass noch kleinere nationalstaatliche Strukturen entstehen könnten. In diesem Bewusstsein droht die Führung der kurdischen Region in Irak ständig mit einem eigenen kurdischen Nationalstaat.

In dem Krieg in Syrien ist längst auch eine Spaltung vorgesehen. Der politischen Situation Iraks folgend gedenken westliche Mächte auch Syrien in alawitisch-arabisch, sunnitisch-arabisch und kurdisch zu separieren. Durch solche Konstellationen kann ähnlich wie im Falle Sykes-Picot die Region für weitere hundert Jahre in Chaos und Auseinandersetzungen gestürzt werden. Doch so reibungslos wird es dieses Mal nicht klappen. Denn die eigentlichen Opfer dieser globalen Planungen, die Kurden, machen in diesem neuen Spiel nicht mehr als verwendbare Karte mit. Das heißt, dass es schwierig sein wird, den bisherigen kurdisch-türkischen, kurdisch-persischen, kurdisch-arabischen Konflikt lokal als einen dauerhaften Konflikt aufrechtzuerhalten.

Die Kurden kämpfen für Frieden mit den Türken, Arabern und Persern. Sie suchen den gemeinsamen Kampf mit den Völkern gegen die kolonial-imperialen Regime, da sie in diesen die Ursache der Politik sehen, Völker gegeneinander auszuspielen. Ferner betrachten sie alle anderen ethnischen und religiösen Gemeinschaften wie die Assyrer, Turkmenen, Tschetschenen, Êzîdi, Yaresani, Kaka'i, Drusen, Schabak, Mandäer als natürliche strategische Bündnispartner, all diejenigen, die im Konflikt mit herrschenden Regimen stehen. Das kurdische Verständnis basiert auf dem politischen und gesellschaftlichen Zusammenschluss aller, die zu Opfern des modernen Sykes-Picot-Abkommens, des GME, wurden und werden.

Kurdischer Nationalstaat als Reserve des GME

Das Greater Middle East Project sieht etwaige Korrekturen bei Sykes-Picot vor. In diesem Zusammenhang wird die Bildung eines kurdischen Nationalstaats in Irak in der Schublade aufbewahrt. Wann immer Konflikte zwischen Hewlêr (Erbil) und Bagdad oder Ankara und dem Westen aufkommen, drohen kurdische Politiker in Irak mit einem unabhängigen kurdischen Staat. Dabei steht den Kurden ein eigener Staat durchaus zu. Das Problem ist nur, warum er immer als Drohung benutzt wird. Genau an diesem Punkt ist die Frage berechtigt, wem ein solcher Staat nutzen wird, wenn er als Druckmittel gedacht ist. Soll Kurdistan, dem Konzept von Sykes/Picot und der Balfour-Deklaration vergleichbar, die Rolle eines zweiten Israels spielen? Genau wie die Araber haben selbstverständlich auch die Juden das Recht auf einen Staat. Ebenso die Palästinenser. Nur der Fakt, dass der Staat Israel immer noch als Gefahr in dieser Region begriffen wird, hat unmittelbar mit dem politischen Kalkül von Sykes/Picot zu tun. Es wird oft behauptet, die Gründung des Staates Israel sei ein Erfolg der Zionisten gewesen. Dies trifft sicherlich zu, allerdings hatten sich der Zionismus und seine Vorläufer schon lange um einen Staat bemüht gehabt. Die Tatsache, dass Sykes/Picot die Federführung im Nahen Osten über drei wesentliche Machtbereiche – Großbritanniens, Frankreichs und Israels – haben wollten, erklärt auch die Balfour-Deklaration von 1917 und die Legitimation für den Staat Israel. Bezahlen für dieses Kalkül müssen die Juden/Israelis und Palästinenser. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat in den letzten Jahrzehnten zur Polarisierung der Region zwischen Arabern und Israelis beigetragen. Dabei handelt es sich um zwei uralte Völker der Region, die durchaus auch konfliktfrei miteinander leben könnten.

Jetzt, einhundert Jahre später, gibt es Überlegungen zu einem ähnlichen Spiel mit den Kurden.

Damit kommen wir wieder zu der alten kurdischen Trumpfkarte gegen Türken, Araber, Perser. Dabei verfügen die westlichen Mächte über andere Mittel, um die Türkei, Iran, Irak und Syrien zu zügeln. Die Kurden werden keinen Stellvertreterkrieg führen, auch wenn ihnen gegenwärtig so manche als den »tapfersten und mutigsten Kämpfern und Kämpferinnen gegen den Islamischen Staat« applaudieren.

Dieser Rahmen verdeutlicht auch, dass es heute nicht mehr einfach sein wird, den Kurden zu bestimmen, wie sie zu leben haben. Sie werden über ihre politischen und gesellschaftlichen Strukturen selbst entscheiden.



Rat für Ökologie von Amed

Demokratische Autonomie versus Zentralismus

Es ist jetzt sehr offensichtlich, dass die Kurden dem Status quo des 20. Jahrhunderts nicht mehr Folge leisten. Der Zerfall des Sykes-Picot-Konzepts hat erneut Chaos, Konflikte und Unruhe hervorgerufen. Ein großes politisches und gesellschaftliches Vakuum lässt sich in dieser Region verspüren. Die politischen Balancen verschieben sich fast täglich. Freunde werden schnell zu Feinden und Feinde zu Freunden, pure auf Pragmatismus und Interessenverfolgung beruhende Machtkämpfe wüten. Tod, Flucht, die Zerstörung ideeller und materieller Reichtümer drohen permanent. Mit der verbrecherischen IS-Bande können etliche Staaten ihren Machtkampf in einem geeigneten Stellvertreterkrieg ausfechten. Dieser Krieg konzentriert sich vor allem in zwei Teilen Kurdistans. Sowohl Rojava als auch Başur *[kurd.: »Süden«; Nordirak]* stehen vor großen Herausforderungen, denn der IS hat seine wichtigsten Stützpunkte im nordsyrischen Raqqa und im nordirakischen Mûsil (Mosul).

Die Scheinpolarisierung zwischen sunnitischem und schiitischem Block soll über Kurdistan ausgetragen werden. Einerseits erhebt die Türkei als federführende Kraft im sogenannten sunnitischen Lager Anspruch auf das politische Vakuum in Syrien und Irak, andererseits der Iran für die schiitische Seite. Da beide in einem scharfen Konkurrenzkampf stehen, fällt es ihnen heute nicht mehr so leicht, sich gegen die hundertjährige künstlich als Gefahr entwickelte kurdische Frage wie gewohnt in ein antikurdisches Bündnis zu begeben. Und dies, obwohl sich die Türkei vor allem nach der Konstituierung der Demokratischen Föderation Rojava – Nordsyrien befleißigt hat, ihre Beziehungen zu Iran wie auch zum Assad-Regime in Syrien zu erneuern. Die Bemühungen dauern an.

Aus Sicht der Türkei und Irans, aber auch Syriens ist es verständlich, dass sie im gegenwärtigen politischen Chaos den Status quo des 20. Jahrhunderts plus der Rückeroberung alter, infolge Sykes-Picot und Lausanne verlorener, Gebiete präferieren. Und vor allem sind sie nicht daran interessiert, Teile ihrer Staatsterritorien in autonomen oder föderalen Strukturen mit einer kurdischen Verwaltung zu teilen. Als absolut zentralistische Staaten hatten sie ein Jahrhundert vom kolonialen Status Kurdistans profitiert. Was wäre, wenn Syrien seinen Erdöl-, Erdgas- und wasserreichen Norden an Rojava verlieren würde, zudem mit der Grenze zur Türkei ihr Druckmittel gegen die Türken? Ähnlich verhält es sich für die Türkei in dem Fall, dass die Kurden in naher Zukunft ihre deklarierte Demokratische Autonomie schrittweise auf andere Städte Nordkurdis-

tans ausweiten würden. Sie würde vieles verlieren, nicht nur die Kontrolle über die beiden Flüsse Euphrat und Tigris, die den arabischen Raum mit Wasser versorgen, sondern auch ihre Grenzen zu Irak, Syrien und Iran. Denn bislang galt die Türkei als NATO-Bastion gegenüber dem Osten/Asien. Und sie würde damit ihre strategische Bedeutung als Bollwerk gegen den gefürchteten Iran einbüßen. Bakur gilt aber auch als eine Energietransferroute für Erdöl und -gas von Ost nach West. Die kurdische Bewegung ist daher in den letzten Jahren, vor allem in den letzten drei Jahren des Verhandlungsprozesses zwischen dem Präsidenten der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat auf Imralı bemüht gewesen, diese Sorgen zu zerstreuen. Noch immer misstraut die Türkei den Kurden. Daher muss man Sykes-Picot eines lassen: Es ist den Urhebern gelungen, die künstlich geschaffenen Nationalstaaten Türkei, Iran und Syrien mit der kurdischen Karte in Angst und Schrecken zu versetzen, so dass die Grundlage für Vertrauen quasi bei null liegt.

Dabei wollen die Kurden mit der Demokratischen Autonomie in kurdischen Gebieten durch die Dezentralisierung lediglich eine Lösung praktizieren. Davon würden eigentlich beide Seiten profitieren. Demokratisierung durch Dezentralisierung würde es den Kurden ermöglichen, eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen, und der Türkei, Iran und auch Syrien die Chance bieten, nicht ständig eine Separation fürchten zu müssen. Diese Sorge nämlich hat diese Staaten zu unglaublich militaristischen Gebilden gemacht. Auf die Dauer mit Angst zu leben verhindert auch das politische, wirtschaftliche und soziale Wachstum eines Staates. Außerdem führt es dazu, dass die Bevölkerung ein Zweckbündnis mit dem Staat eingeht und sich nicht als dessen freie Bürger begreift.

Dezentralisierung bedeutet auch, dass der Staat die gesellschaftliche Vielfalt akzeptiert und die freie politische Partizipation sowie das universelle Recht auf Meinungsfreiheit ermöglicht. Im Klartext, wenn die Türkei das nicht zulässt, dann



»Der gegenwärtige Terror der AKP und Erdoğans ist nichts anderes als eine Reaktion auf die Entkolonialisierung von Bakur. Das Schweigen des Westens gegenüber diesem Staatsterror ist fragwürdig und lässt vermuten, dass es die AKP und Erdoğan indirekt dazu legitimiert, die widerspenstigen Kurden zu zähmen. Denn diese Kurden passen weder der Türkei noch dem Westen.« Foto: Hinrich Schultze | http://www.dokumentarfoto.de/

werden es sich die Bürger selbst aufbauen. Bakur befindet sich zurzeit in einem solchen Prozess. Demokratische Autonomie in diesem Zusammenhang bedeutet, dass die Bürger gegen die Entrechtung durch den Zentralismus zur Selbstinitiative greifen.

Demokratisierung durch Dezentralisierung wird in Bakur seit 1999 praktiziert, als zum ersten Mal die kurdischen Parteien Bürgermeister aufstellten. Seitdem werden die kurdischen Gemeinden ohnehin von Kurden geleitet. Die politische und gesellschaftliche Infrastruktur ist bereits geschaffen worden. In Sachen Administration verfügen die Kurden über ausreichende Erfahrung, um Groß- oder Millionenstädte wie Wan (Van) und Amed (Diyarbakır) zu verwalten. Seit fast zwei Jahrzehnten werden in Bakur die Grundlagen für die Selbstorganisierung und Selbstinitiative der Kurden gelegt, somit auch der Grundstein für die Demokratische Autonomie.

Der Erfahrungen aus der Revolution von Bakur hat sich auch Rojava bedient und war daher in der Lage, in der Kürze der Zeit trotz des brutalen Krieges des IS seine Infrastruktur aufzubauen. Das heißt, die Solidarität unter den Teilen Kurdistans hat auch ein modernes nationales Selbstbewusstsein geschaffen. Kurden lernen von Kurden. Der Erfahrungsaustausch zwischen den vier Teilen Kurdistans ermöglicht es, dass jeder Teil jederzeit in der Lage ist, Gebrauch von den historischen Momenten zu machen.

In Südkurdistan als föderalem Teil Iraks haben die Kurden im Allgemeinen seit 1991, insbesondere aber seit 2003 gelernt, die Verantwortung für die Verwaltung eines circa fünf Millionen Einwohner zählenden Landes zu tragen.

Die einstige Bestimmung Kurdistans als regionale wie internationale Kolonie ist nicht mehr so problemlos zu erfüllen, da das politische und gesellschaftliche Selbstvertrauen der Kurden immens gestiegen ist.

Allein der Fakt, dass unter ihrer Führung im vergangen März die Demokratische Föderation Rojava – Nordsyrien ausgerufen wurde, ist ein Bruch mit der kolonialen Geschichte. Angefangen bei Sykes-Picot bis hin zu den heutigen Genfer Syrienkonferenzen wurden Beschlüsse über Kurden, Kurdistan und den Nahen Osten immer außerhalb, im Westen gefasst. Zum ersten Mal haben Kurden gemeinsam mit anderen Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften im eigenen Land, in Rojava, vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch gemacht.

Weder die Türkei noch Iran noch Syrien sind zu Demokratisierungsmaßnahmen fähig. Sie sind darum bemüht so zu bleiben, wie sie sind, und wollen vor allem Kurdistan als ihre Kolonie behalten. Der gegenwärtige Terror der AKP und Erdoğans ist nichts anderes als eine Reaktion auf die Entkolonialisierung von Bakur. Das Schweigen des Westens gegenüber diesem Staatsterror ist fragwürdig und lässt vermuten, dass es die AKP und Erdoğan indirekt dazu legitimiert, die widerspenstigen Kurden zu zähmen. Denn diese Kurden passen weder der Türkei noch dem Westen. Sie sind zwar hervorragende Kämpfer gegen den IS, aber auch fähige Köpfe, wenn es um den Aufbau alternativer politischer Projekte für Kurdistan und den Nahen Osten geht. Natürlich treffen damit die bislang als »Stiefkinder Allahs«, »Bergtürken« oder »Menschen aus dem wilden Kurdistan« Bezeichneten auf den arroganten Nerv derer, die sie mit diesen Zuschreibungen in dieser Rolle sehen wollten. Das uralte Volk hat für seine Existenz schon so manche Imperien, Genozide, Folter, Verwüstung, Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung überstanden.

Hundert Jahre lang wurde das Chaos im Nahen Osten mit der kurdischen Karte garantiert, zugleich die Demokratisierung der vier Schlüsselstaaten verhindert. In diesem Zusammenhang sind die Kurden unter den aufschlussreichen Analysen Abdullah Öcalans auf den Wert dieser kurdischen Karte gestoßen. Sie konnte bislang nur destruktiv behandelt werden. Nun hat es Öcalan hundert Jahre nach Sykes-Picot geschafft, die Kurden auf die Bedeutung der bisherigen destabilisierenden Wirkung dieser Karte aufmerksam zu machen und sie zu ermutigen, das Blatt zu wenden. Über die Lösung dieser Karte versuchen die Kurden, ihre Freiheit zu erlangen, und parallel dazu demokratisieren sie Kolonialstaaten. Deshalb ist ihre Forderung nach Autonomie zugleich eine Forderung nach Demokratie für diese Staaten. Eine Unterstützung für die kurdischen Forderungen oder deren Ablehnung wird den Maßstab für die Ernsthaftigkeit der Demokratie bilden. Sieht es der Westen ein, so kann dieser Prozess ohne weiteres Blutvergießen vonstattengehen. Deshalb müssen die Türkei, Iran und auch Syrien mit politischen, diplomatischen und rechtlichen Mitteln dazu bewegt werden, die Rechte der Kurden, aber auch aller Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften, die unter diesen Regimen gelitten haben, anzuerkennen.

Eines ist sicher: Das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 ist in Kurdistan überwunden. Eine Fortsetzung, ob sie als GME oder anderes daherkommt, werden die Kurden nicht mehr hinnehmen. Die Devise heißt: freies autonomes Bakur – demokratische Türkei; föderales Rojava-Nordsyrien – demokratisches Syrien; autonomes Rojhilat *[kurd.: »Osten«; Nordwestiran]* – demokratischer Iran; föderales Başur – demokratischer Irak. Mit diesem Konzept erarbeiten und entwickeln die Kurden ihr Modell gegen das Sykes-Picot-Konzept. Und sind bei der Durchsetzung auf dem besten Wege. Damit leisten sie auch ihren Beitrag zu demokratischem Wandel in der Region. ♦

Der Sultan hat befohlen:

»Entweder ihr beugt euer Haupt oder müsst es hergeben!«

Songül Karabulut

Songül Karabulut ist Exekutivratsmitglied des Kurdistan Nationalkongresses (KNK). In diesem Rahmen fungiert sie als dessen Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten.

Der Krieg des AKP-Staates entpuppt sich nach mehr als acht Monaten als ein umfassender Vernichtungs- und Besatzungskrieg in Kurdistan. Dieser Krieg wird nach einem Plan durchgeführt, dessen Name »Çökertme Planı« so viel heißt wie »Plan zur Niederwerfung«.

Entgegen jeglicher Behauptung, die Türkei habe mit dem Beginn ihrer Militäroperationen auf die Tötung zweier Polizisten durch die PKK Mitte 2015 reagiert, lüftete im Februar diesen Jahres der türkische »Ministerpräsident« Ahmet Davutoğlu ein offenes Geheimnis: Er habe bereits unmittelbar nach den Unruhen vom 6. und 7. Oktober 2014[1] Militär und Polizei angewiesen, Vorkehrungen zu treffen, weil er angeblich gemerkt habe, dass die Friedensverhandlungen ihre Bedeutung verloren hatten.[2] Damit bestätigte er die Beteuerungen der kurdischen Seite, die immer wieder darauf verwiesen hat, dass der Beschluss zu diesem Krieg nicht wie behauptet eine Reaktion auf die Tötung der beiden Polizisten war, sondern schon im Oktober 2014 auf die Entwicklungen in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien). Kurz zur Erinnerung: Die Kurden hatten nach dem Aufstand in Syrien 2011 die kurdischen Gebiete Syriens gegen Angriffe verteidigt und dann die demokratische Selbstverwaltung in Form dreier Kantone ausgerufen, trotz massiver Bestrebungen des türkischen Staates, diese Entwicklung im Keim zu ersticken. Als einer der Kantone, Kobanê, von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angegriffen und belagert wurde, leisteten Kurdinnen und Kurden weltweit hartnäckigen Widerstand und entschieden die völlig ausweglos erscheinende Lage zu ihren Gunsten. Kobanê konnte nach 135 Tagen vom IS befreit werden. Also haben die Entwicklungen um Kobanê/Rojava den Ministerpräsidenten zu Maßnahmen veranlasst bzw. zum Beschluss für einen Krieg. Aber warum wurde er nicht im Oktober 2014, sondern erst im Juli 2015 umgesetzt?

Im Inland zeigten sich ebenfalls positive Entwicklungen für die Kurden. Das Projekt der Demokratischen Partei der Völker (HDP) eines breiten Demokratie- und Friedensbündnisses in der Türkei kostete die AKP bei der Parlamentswahl am 7. Juni 2015 die absolute Mehrheit und brachte der HDP 13,1 % der Stimmen. Eine verfassungsrechtliche Lösung der kurdischen Frage über die Demokratisierung der Türkei gewann auch im Zuge des Friedensprozesses in Bakur (Nordkurdistan/Südosttürkei) an Kontur und genoss die Zustimmung unterschiedlicher Kreise. Diese parallelen Entwicklungen in Rojava wie auch in der Türkei alarmierten den türkischen Staat und führten ihn dazu, dem mit Gewalt entgegenzutreten.

Dieser Krieg verfolgt das Ziel der Zementierung der diktatorischen Macht Erdoğans durch die Vernichtung der Existenz des kurdischen Volkes sowie all seiner Errungenschaften. Die Art und Weise der Kriegsführung des türkischen Staates seit acht Monaten verdeutlicht diese Absichten.

Die Anatomie eines menschenverachtenden Krieges

Seit Beginn der breit angelegten Militäroperationen am 24. Juli 2015 ist bis heute (15. April 2016) in insgesamt 22 Distrikten von 7 Provinzen über 60 Mal der Ausnahmezustand mit Ausgangssperren verhängt worden. Betroffen waren und sind

1 Aus Protest gegen die Haltung der türkischen Regierung, den Widerstand in Kobanê gegen den IS zu behindern, kam es zu Demonstrationen, die von türkischen Nationalisten und HÜDA-PAR (türkischer Hizbollah) angegriffen wurden und in Straßenkämpfe mündeten, bei denen 35 Menschen, meist kurdische Aktivisten, ums Leben kamen.

2 http://www.bugun.com.tr/gundem/davutoglu-cozum-sureci-kafamda-6-2056366.html; http://www.internethaber.com/cozum-sureci-nasil-bitti-davutoglu-ilk-kez-acikladi-1565098h.htm

die Provinzen Diyarbakır, Şırnak, Mardin, Hakkâri, Elazığ, Muş und Batman.[3]

Was genau bedeuten die Ausgangssperren? Ich möchte es an einigen konkreten Beispielen versuchen darzulegen:

Cizîr (Cizre) liegt bei Şirnex (Şırnak). Es wurden bislang vier Ausgangssperren verhängt, die letzte dauerte 78 Tage. Danach wurde sie nicht aufgehoben, sondern lediglich gelockert, d.h. für den Zeitraum von 5 Uhr morgens bis 19.30 Uhr abends ausgesetzt. Die Ausgangssperren halten normalerweise 24 Stunden an und werden nach tagelangen Sperren nur für einige Stunden gelockert. Dies liegt im Ermessen des Kommandierenden der Operation, d.h. unterliegt totaler Willkür.

Oft werden Wasser und Strom abgestellt. Menschen dürfen nicht auf die Straße, sie können keine Lebensmittel besorgen, weil sie zum einen ihr Haus nicht verlassen dürfen und zweitens die Läden aus demselben Grund nicht öffnen und nachbestellen dürfen. Kranke Menschen, z.B. Dialyse-, Krebskranke, können nicht zum Arzt oder ins Krankenhaus zur Behandlung. Infolgedessen sterben Menschen. Kinder können nicht zur Schule (nach Informationen der Lehrendeninitiative für Frieden wurden 362000 Kinder an ihrer Bildung gehindert) oder zum Spielen auf die Straße.

Die Menschen müssen z.T. ohne Wasser und Strom in ihren Wohnungen ausharren. Sie hören zu Hause Tag und Nacht die Geräusche des Krieges, Schusswechsel, Explosionen bei Kanonen- und Raketenbeschuss. In den Anfangszeiten wurden Menschen auf der Straße, vor ihrer Haustür von Militär und Spezialeinheiten getötet. Von Babys bis zu alten Menschen, sowohl Männer als auch Frauen sind betroffen. Der Staat macht keinen Unterschied, alle werden »gleichwertig« zum Angriffsziel erklärt. So wurde in Nisêbîn (Nusaybin) die schwangere fünffache Mutter Selamet Yeşilmen vor ihrer Haustür mit Schüssen aus einem Militärfahrzeug getötet. Oder das drei Monate alte Baby Miray Ince in Cizîr auf dem Schoß seines Großvaters.

Später waren die Menschen auch in ihren Wohnungen nicht mehr sicher. Immer mehr haben ihr Leben verloren, weil eine Granate in ihr Haus einschlug. Bilder von zerstörten Häusern und Stadtteilen gingen um die Welt mit dem Vermerk »Das sind keine Bilder aus Syrien!«.

Kriegsverbrechen ohne Konsequenzen

Nachrichten über Kriegsverbrechen ließen Menschen weltweit erstarren, z.B. die Meldung über Familien, die die Leichname ihrer Kinder tagelang zu Hause in der Kühltruhe aufbewahrten, weil sie nicht rausgehen und ihre Kinder beerdigen durften. Oder dass die Leichname getöteter junger Menschen wochenlang auf der Straße liegen blieben, weil es den Familien nicht gestattet wurde, den leblosen Körper ihrer Liebsten zu bergen. So wurden z.B. die Leichname des 19-jährigen Turgay Girçek und des 28-jährigen Gündüz Akmeşe erst nach 28 Tagen freigegeben, konnten somit erst dann von der Straße geholt werden.

Oder die Bilder von Ekin Wan, die total entblößt und geschändet neben Soldaten und Mitgliedern von Spezialeinheiten fotografiert wurde, und ein weiteres Bild von einem getöteten Kurden, dessen Leichnam hinter einem Panzer hergezogen wurde.

In Cizîr warteten Hunderte von Menschen, darunter viele Verletzte, in Kellerräumen darauf, gerettet zu werden. Ihre Situation und Hilferufe hatten die Weltöffentlichkeit erreicht. Die Verhandlungen mit staatlichen Stellen, um die Verletzten herausholen und im Krankenhaus behandeln zu können, endeten nach 78 Tagen damit, dass der türkische Staat statt Krankenwagen und Ärzten Panzer anrollen ließ und die Häuser mit Granaten zerschoss. Am 7. Februar wurde Cizîr von drei heftigen Explosionen erschüttert. Anfangs hieß es, 60 Menschen seien »neutralisiert« worden, aber nach Tagen stellte sich heraus, dass aus den drei bekannten Kellerräumen insgesamt 167 Leichen geborgen worden waren. Sie waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. 114 Leichname waren nicht mehr vollständig, Körperteile fehlten, die noch immer bei Bergungsarbeiten gefunden werden. Um sie zu identifizieren, waren DNA-Tests notwendig; bis heute sind nicht alle identifiziert worden. Der siebenfache Vater und Kovorsitzende des Volksrates in Cizîr, Mehmet Tunç, war einer von ihnen. Er hatte am 27. Januar die Teilnehmer der 12. internationalen EUTCC-Konferenz »Die EU, die Türkei und die Kurden« im Brüsseler EU-Parlament per Telefon live über die brenzlige Lage der Menschen in den Kellerräumen informiert und an die EU-Verantwortlichen sowie die Öffentlichkeit appelliert, etwas zu ihrer Rettung zu unternehmen – erfolglos *[vgl. KR 184 »Alte Krise – neue Lösungen«]*.

Die Kommandantur der Bodentruppen hat die Militärangehörigen in einem Rundschreiben unterrichtet, wegen möglicher Anklagen unbesorgt zu sein. Dieses Dokument wurde

---

3 **Amed (Diyarbakır):** Licê, Farqîn (Silvan), Amed-Sûr, Bismil, Hênê (Hani), Pîran (Dicle), Amed-Nehri (-Bağlar), Amed-Peyas (-Kayapınar), Amed-Bajarê Nû (-Yenişehir), Karaz (Kocaköy) und Hezro (Hazro);
Şirnex (Şırnak): Cizîr (Cizre), Silopiya (Silopi) und Hezex (Idil);
Mêrdîn (Mardin): Nisêbîn (Nusaybin), Dêrik und Kerboran (Dargeçit);
Colemêrg (Hakkâri): Gever (Yüksekova) und Celê (Çukurca);
Eleziz (Elazığ): Qerebaxan (Arıcak);
Mûş: Gimgim (Varto);
Êlih (Batman): Qabilcewz (Sason) und Hezo (Kozluk)

Überblick Ausgangssperren Nordkurdistan

Amed-(Diyarbakır-)Sûr: Nach der Ermordung von Tahir Elçi (Rechtsanwaltskammer Amed) wurde am 2. Dezember 2015 eine Ausgangssperre verhängt und am 13. März in einem Großteil des Stadtteils aufgehoben. Für einige Straßenzüge gilt sie allerdings weiterhin. Rund 5 000 Familien mussten ihre Häuser und Wohnungen verlassen, der größte Teil von Sûr ist zerstört. Die türkische Regierung will den Stadtteil verstaatlichen, wogegen sich Protest in der kurdischen Bevölkerung regt.

Cizîr (Cizre): In Cizîr herrschte seit dem 14. Dezember 2015 eine Ausgangssperre, die Anfang März dieses Jahres wieder aufgehoben wurde. Laut einem Bericht der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) sind rund 300 Menschen allein in Cizîr getötet worden, der größte Teil von ihnen Zivilisten. Bis zu 80 % der Stadt sind von Spuren der Zerstörung gekennzeichnet. Allein in drei Kellern, in denen Menschen eingeschlossen waren und über ihre Mobiltelefone die Außenwelt um Hilfe baten, sind 140 Menschen getötet worden. Sie sollen bei lebendigem Leib verbrannt worden sein. Auch der Vorwurf des Einsatzes von Chemiewaffen steht im Raum. Zahlreiche Opfer konnten zunächst nicht identifiziert werden. Rund 100 000 Menschen waren mit Ausbruch der Kämpfe aus der Stadt geflüchtet. Das ist rund die Hälfte der Bevölkerung von Cizîr. Ein Teil von ihnen ist nach dem Ende der Ausgangssperre wieder zurückgekehrt.

Hezex (Idil): Ab Mitte Februar 2016 herrschte rund 40 Tage eine Ausgangssperre. Rund 1 200 Wohnungen und Häuser wurden bei den Operationen beschädigt. Von der Bevölkerung von rund 30 000 Menschen sollen rund 90 % die Stadt während der Kämpfe verlassen haben. Wie viele von ihnen mittlerweile zurückgekehrt sind, ist unklar.

Dêrik (Derik): Hier herrschte vom 25. November bis zum 3. Dezember 2015 eine Ausgangsperre.

Silopiya: Zeitgleich mit Cizîr wurde auch in Silopiya am 14. Dezember 2015 eine Ausgangssperre ausgerufen. Insgesamt wurde sie seitdem dreimal für beendet erklärt und anschließend erneut verhängt. Zuletzt gilt sie erneut seit dem 5. April.

Nisêbîn (Nusaybin), Gever (Yüksekova) und Şirnex (Şırnak): Seit dem 14. März 2016 wurden in den drei Städten Ausgangssperren verhängt, die weiterhin andauern.

als Aufforderung zu Kriegsverbrechen sowie Zusicherung von »Schuldfreiheit« gewertet.[4]

Ähnlichkeiten mit IS-Kriegsmethoden

Der jüngste Krieg der AKP-Regierung hat im Vergleich zu dem der 1990er Jahre eine neue »Qualität« erreicht. Früher hat der türkische Staat ebenfalls Kriegsverbrechen begangen, aber stets darauf geachtet, nicht als Täter identifiziert zu werden. Heute lässt er Kriegsverbrechen begehen, dokumentiert seine Taten und macht sie selbst publik. Dieses Vorgehen erinnert sehr stark an die Praxis des Islamischen Staates, der ebenfalls seine Gräueltaten zum Zwecke der Propaganda verbreitet. Die Menschen sollen durch geschürte Ängste eingeschüchtert und zur Kapitulation bewegt werden.

Auch die Parolen, die von den operierenden Soldaten, Polizisten und Spezialeinheiten an den Wänden hinterlassen werden, sind ausreichendes Indiz für die Motivation des Staates zu diesem Krieg: »Wenn du Türke bist, sei stolz, wenn nicht, diene!«, »Die Kraft Allahs ist allmächtig! Ihr werdet die Kraft der Türken schon sehen!« (unterzeichnet mit »Esadullah-Tim«, arab. für »Löwen Allahs«), oder ein Bild mit einem bewaffneten Angehörigen einer Spezialeinheit, der in einer Schulklasse vor einer Schreibtafel posiert, auf der zu lesen ist: »Wir sind an der Reihe, euch zu lehren!« (unterschrieben mit J.Ö.H., Spezialeinheit der Gendarmerie).

Wir sprechen von einem Krieg, der außer auf die physische Vernichtung auch auf einen gezielten kulturellen Genozid gerichtet ist. Kurdische historische Siedlungsgebiete wie Sûr (die Altstadt von Amed/Diyarbakır) werden dem Erdboden gleichgemacht. Nach Informationen von dessen Ko-Oberbürgermeisterin Gültan Kışanak hat Sûr eine Fläche von 160 000 Hektar und 50 000 Einwohner. Sûr gehört ebenfalls zu den von der Ausgangssperre betroffenen Gebieten. In fünf der insgesamt elf Stadtviertel herrsche seit vier Monaten der Ausnahmezustand, ca. 25 000 Menschen seien von Operationen direkt betroffen, d. h. haben ihre Häuser verloren und halten sich in den umliegenden Gebieten von Sûr auf in der Hoffnung, zurückkehren zu können. Die AKP-Regierung versucht jetzt solche Stadtteile durch Zwangsverstaatlichung zu vereinnahmen. Sie beruft sich auf ein Gesetz, das eine Verstaatlichung aus Sicherheitsgründen und in außerordentlichen Situationen zulässt. 82 % von Sûr seien davon betroffen, ca. 10 000 Gebäude, die restlichen 18 % seien bereits verstaatlicht. Die Eigentümer werden erst gar nicht gefragt, ob sie dem Verkauf zustimmen. Der Staat beauftragt ein Gericht, einen Preis für das zu verstaatlichende Objekt zu bemessen, dann überweist er

---

4 http://www.bestanuce1.com/234970/katliam-ve-itiraf-belgesi-savcidan-korkmayin-devletimiz-zor-durumda&dil=tr



»Der jüngste Krieg der AKP-Regierung hat im Vergleich zu dem der 1990er Jahre eine neue ›Qualität‹ erreicht. Früher hat der türkische Staat ebenfalls Kriegsverbrechen begangen, aber stets darauf geachtet, nicht als Täter identifiziert zu werden. Heute lässt er Kriegsverbrechen begehen, dokumentiert seine Taten und macht sie selbst publik. Dieses Vorgehen erinnert sehr stark an die Praxis des Islamischen Staates ...« Foto: ANF

das Geld auf ein vom Gericht angegebenes Bankkonto. Sobald das Geld transferiert ist, geht das Eigentumsrecht auf den Staat über, der vorherige Eigentümer hat lediglich das Recht, gegen die Höhe der Summe zu klagen.

Hier wird zum einen Eigentumsrecht außer Kraft gesetzt, aber auch lokales Verwaltungsrecht. Kommunales Eigentum ist genauso von dieser Verstaatlichung betroffen.

Nicht nur Wohngebiete werden zerstört, sondern auch Kulturerbe, neben sehr alten Moscheen und Kirchen die Festung und die Kulturlandschaft Hevsel Bahçeleri (Hevsel-Gärten). Die Hevsel-Gärten waren 2015 auf der 39. Sitzung des Welterbekomitees der UNESCO neben der Festung zum Kulturwelterbe erklärt worden. In einem offenen Brief an die UNESCO heißt es: »Heute sind diese einzigartigen zum Kulturwelterbe gehörenden Kulturgüter und ihre Bewohner in ihrer Existenz bedroht. Am 13. September 2015 verhängte der türkische Staat in Amed bzw. im Stadtteil Sûr eine Ausgangssperre. Seither befinden sich tausende türkische Sicherheitskräfte in der Stadt. Täglich erreichen uns Fotos und Videos, die an den Krieg im Nachbarland Syrien erinnern. Im Stadtteil Sûr finden sich weitere historisch bedeutende Bauwerke wie zum Beispiel die ›St.-Giragos-Kathedrale‹, das ›Vier-Säulen-Minarett‹, die ›Hasan-Pascha-Herberge‹ und die ›Bleierne Moschee‹, von denen manche bereits erheblich beschädigt worden sind. Diese wertvollen Kulturstätten, die von den vielfältigen, über Jahrtausende dort lebenden Völkern hinterlassen wurden, sind für die nachfolgenden Generationen von großer Bedeutung, um ihre Traditionen, Kultur und Identität zu bewahren.«

Erdoğan erklärte in einer Rede vor den Stadtverordneten (Muhtarlar), nachdem er die Anweisung zur Ausbürgerung von »Terroristen« erteilt hatte, Operationsgebiete vollständig zu entvölkern, um sie aus der Ferne zu zerstören. Menschen werden bewusst vertrieben, die Entvölkerung Kurdistans wird als Teil des »Niederwerfungs«-Konzeptes vollzogen. Insgesamt sind 500 000 Menschen in Kurdistan von den Operationen direkt betroffen, ungefähr 150 000 haben kein Dach mehr über dem Kopf, sie wurden erneut zu Binnenflüchtlingen. Die Frage stellt sich natürlich, wer in die neu erbauten Stadtteile umgesiedelt werden soll. Wer soll nach Kurdistan, wenn Kurden vertrieben werden? Besorgniserregende Meldungen, die eventuell Antwort auf diese Frage geben, betreffen die Pläne der Türkei mit den Flüchtlingen. Die vielen aus Syrien Geflüchteten, für die die europäischen Länder (EU) der Türkei neben sechs Milliarden Euro noch weitere Zugeständnisse machen, damit sie sie von den Grenzen der EU fernhält, sollen in Kurdistan untergebracht werden. Nicht nur die Geografie wird verändert, auch die Demografie ist Angriffsziel. Gegen eine gleichmäßige, ausgewogene Aufteilung der Flüchtlinge wäre nichts einzuwenden. Aber zur Praxis der Kolonialmächte in Kurdistan gehörte immer wieder die Kriegsmethode der demografischen Manipulationen.

Aktuell gelangte diese Diskussion an die Öffentlichkeit, als der Staat versuchte, in Bazarcix (Pazarcık) bei Gurgum (Maraş), wo nur 3 000 alevitische Kurden leben, ein Flüchtlingscamp für 27 000 Menschen zu errichten. Diese sind vor allem Moslems. Die Bewohner wehren sich dagegen, sie organisieren Protestaktionen, weil sie in dem Vorhaben die Politik sehen,



Selbst organisiertes Flüchtlingscamp mit 1500 BewohnerInnen bei Amed/Diyarbakır Foto: Hinrich Schultze

Aleviten mit konfessioneller Bedrohung einzuschüchtern. In den letzten Jahren haben sich auch die Aleviten in der Türkei für mehr Rechte organisiert und gegen die Islamisierung der Türkei durch die AKP gewandt.

Die Praxis in Sulukule, einem Stadtteil Istanbuls, ist ebenfalls ein abschreckendes Beispiel. Dort hatten überwiegend Roma und Sinti gelebt. Die AKP ließ es im Rahmen der Stadtplanung abreißen und neu aufbauen, heute leben reiche Saudis in diesem Stadtteil.

Erdoğan kann noch immer verblüffen, weil er sich mit seinen Vorschlägen und Drohungen selbst übertrifft. In einer Rede am 7. April anlässlich des Gründungsjahrestages der Polizei hat er noch einmal, für alle mitzuschreiben, ausgesprochen, worum es ihm geht: Sie hätten nur diesen einzigen Staat und würden nicht zulassen, dass er angegriffen wird. An die Adresse der Kurden gerichtet: »Entweder ihr beugt euer Haupt oder müsst es hergeben!«[5] Die Methode der Enthauptung hat Tradition bei den Osmanen. Wer die absolute Macht des Sultans in Frage gestellt oder sich ihm gar widersetzt hatte, wurde enthauptet. Und alle, ob aus der eigenen Machtsphäre oder von außerhalb, mussten als Zeichen der Unterwürfigkeit ihr Haupt beugen, wenn sie vor ihm standen. Erdoğan will, wie die Wandparolen auch verdeutlichen, Kurden, die sich unterwerfen. Es geht nicht um die PKK, nicht um die getöteten Polizisten, sondern ausschließlich um eine Gesellschaft, die sich duckt, alles hinnimmt, was der Sultan für sie vorsieht.

Nicht nur kurden-, sondern menschenverachtend

Dass diese Machtvision Erdoğans nicht nur auf Kurden beschränkt ist, zeigen folgende Beispiele.

Kritische Journalisten und Medienorgane sind unter dem Schwert des Sultans weiterhin ein Hauptfeind. In der Türkei gibt es kaum noch Medien, die Erdoğan widersprechen könnten.

Aber auch das reicht ihm nicht, er träumt von einem Imperium, einer Welt, die es nicht gibt und nicht geben wird, dass alle kritischen Stimmen verstummt sind. Als sich ausländische diplomatische Vertreter zur Beobachtung des Prozesses der Cumhuriyet-Vertreter Can Dündar und Erdem Gül begaben, wurden sie von ihm verbal attackiert: »Was glaubt ihr, wer ihr seid?« Auch der deutsche TV-Moderator Jan Böhmermann geriet wegen eines Schmähgedichts auf den türkischen Präsidenten ins Visier Erdoğans und der Justiz. Niemand hatte es zuvor wahrgenommen, dank Erdoğan ist Böhmermann bekannter

5 http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/siyaset/512785/HDP_den_Erdogan_in__Ya_bas_egecekler_ya_da_bas_verecekler__sozlerine_yanit.htm

als je zuvor. Aber auch bedrohter, denn er genießt seitdem Polizeischutz. Dass die »Leibwächter« Erdoğans zu »Leibschädigern« von Kritikern werden, wie jüngst in den USA, ist ein weiteres Markenzeichen des Sultans. Die Liste könnte ohne große Anstrengungen fortgesetzt werden, aber ich denke, es reicht, um das Ausmaß vor Augen zu führen.

Was machen die anderen politischen Parteien?

Es erinnert an einen parlamentarischen Zirkus. Offiziell gibt es ein Parlament mit insgesamt vier politischen Parteien.

Die Republikanische Volkspartei (CHP) mit Kılıçdaroğlu an der Spitze ist politisch völlig unfähig. In einer Zeit der Polarisierung agiert sie äußerst opportunistisch. Sie hat keine Vision, ihr geht es darum, ihre Existenz zu wahren. Daher macht sie eine Politik, die ihrem rechten Flügel entspricht, dann eine entgegengesetzte, um die Demokratiebefürworter nicht zu verlieren. Es ist eine Partei, die sich weder vom Kemalismus getrennt noch eine Antwort auf die Anforderungen der Zeit hat. Folglich spielt sie mit ihrer jetzigen Position der AKP in die Hände.

Die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) ist diejenige, die den Wahlausgang für die AKP am 1. November mitbestimmt hat. Sie steht hinter Erdoğan und gibt Anweisungen, wie gegen die Kurden vorzugehen ist. Zwar nicht direkt, aber mit Erdoğan sind ihre Ideen und Politik an der Macht. Das will Parteichef Bahçeli ausnutzen, ohne sich selbst die Hände schmutzig machen zu müssen. Es gibt in der MHP eine ernsthafte Opposition gegen den Kurs Bahçelis und schon jetzt vier Gegenkandidaten. Das Problem jedoch liegt darin, dass Bahçeli den längst überfälligen Parteitag nicht einberuft. Jetzt haben die Kritiker vor dem Verfassungsgericht geklagt. Die Opposition kann ihre eigentliche Funktion, die der Kontrolle, nicht ausüben. Aber von Opposition kann bei der MHP keine Rede sein, sie ist inoffiziell Regierungspartei mit der AKP zusammen.

Erdoğan muss weg! Nicht nur, damit der Krieg in Kurdistan ein Ende findet, sondern damit die Menschen wieder in Sicherheit leben können, damit sie mit Hoffnung auf den kommenden Tag schauen können, damit die Freundschaft statt Feindschaft zwischen den Völkern und Kulturen gedeihen kann, damit den Konflikten in der Region der Zündstoff genommen werden kann ...

In der AKP, der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, gibt es auch immer wieder Stimmen, die sich sehr besorgt über die aktuelle Politik Erdoğans äußern. Aber es fehlt ihnen an Mut und Entschlossenheit, sich gegen ihn zu stellen. Entweder aus Angst vor der Übermacht des Sultans, der ihnen ebenfalls das Haupt nehmen könnte, oder sie sind verstrickt in rechtswidrige Machenschaften wie Korruption, womit Erdoğan sie immer wieder zurückpfeift.

Die HDP ist zwar die einzige Partei, die gegen diese Politik steht, aber weil der Parlamentarismus nicht funktioniert, ist sie mehr außerparlamentarisch aktiv und sichtbar. Die HDP als eine prokurdische Partei ist selbstverständlich auch Angriffsziel in diesem Krieg. Sie wird ständig bedroht, beschimpft und zum Hauptfeind erklärt. Die Drohung mit der Aufhebung der Immunität ihrer Abgeordneten wird ebenfalls als Druckmittel eingesetzt. Sie ist aber bemüht, die militarisierte Lage zu entschärfen.

Der König ist nackt!

Für die einen ist die Türkei mit Erdoğan an der Spitze ein demokratisch-legitimer Staat. Für viele wie mich jedoch ist Erdoğan – auch wenn er bei den Wahlen die Mehrheit mit Gewalt erzwungen hat – eine Bedrohung für alle universellen Werte der Menschheit, für die ein hoher Preis gezahlt wurde in der Geschichte – Demokratie, Freiheit, Pluralismus, Emanzipation, Rechte wie Presse-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit etc. Er ist ein Diktator, der das Land zunehmend in den Faschismus treibt. Vor diesem Hintergrund hat er keinerlei Legitimität. Kein Wahlergebnis kann seine Verbrechen in Kurdistan legitimieren.

Gibt es ernsthaft noch jemand, der glaubt, die Türkei könne mit Erdoğan und mit dieser AKP-Regierung Frieden, Stabilität, Demokratie und Freiheit bringen?

Erdoğan muss weg! Nicht nur, damit der Krieg in Kurdistan ein Ende findet, sondern damit die Menschen wieder in Sicherheit leben können, damit sie mit Hoffnung auf den kommenden Tag schauen können, damit die Freundschaft statt Feindschaft zwischen den Völkern und Kulturen gedeihen kann, damit den Konflikten in der Region der Zündstoff genommen werden kann ...

Kurzum: Um nicht mit der Frage konfrontiert werden zu müssen: »Warum habt ihr das nicht verhindert?« ♦

Wie die Türkei der AKP Schritt für Schritt zum Militär- und Polizeistaat geworden ist

Die Strategie der kleinen Schritte ...

Zana Azadî, Journalist

Im Türkischen gibt es die Parole »Militär und Nation Hand in Hand« (türk.: ordu millet el ele). Auch der Ausdruck »Militärnation« (ordu milleti) ist gängiger türkischer Sprachgebrauch. Diese Begriffe machen schon deutlich, dass das Machtzentrum im türkischen Staat beim Militär angesiedelt ist. In der Türkei kann keine politische Kraft problemlos ihre Macht gegen das Militär behaupten. Selbst an der Regierung hat eine solche politische Kraft keine lange Lebenserwartung. Die Geschichte der Militärputsche in der Türkei ist Ausdruck dieser Realität.

Auch die AKP war sich bei ihrer Machtergreifung im Jahr 2002 dessen bewusst. Aus diesem Grund wählte sie eine Strategie der kleinen Schritte, um das Militär und die Polizei im Sinne ihrer eigenen Interessen neu zu gestalten. Bei der Umsetzung dieser Strategie arbeitete sie eng mit der Gülen-Bewegung zusammen. Erst als es zum Machtkampf zwischen dem Orden von Fethullah Gülen und der AKP kam, hat die regierende AKP die Polizeichefs aus der Gülen-Bewegung aus dem Sicherheitsapparat entfernt, einige auch festnehmen lassen. In den Reihen der Armee ist es bisher zu keiner ähnlichen Säuberungsaktion gekommen.

In der Türkei kann keine politische Kraft problemlos ihre Macht gegen das Militär behaupten. Selbst an der Regierung hat eine solche politische Kraft keine lange Lebenserwartung. Die Geschichte der Militärputsche in der Türkei ist Ausdruck dieser Realität.

Die AKP hat weiterhin Schritt für Schritt und sehr behutsam die rechtlichen Grundlagen gelegt für die Etablierung einer »grünen Gladio« (islamisch geprägt), und einer Gladio, die an den Staatspräsidenten Erdoğan gebunden ist. Gleichzeitig hat sie ihre Kader für eine solche Organisierung aufgestellt und so den Kern eines tiefen Staates unter ihrer Kontrolle geschaffen.

Der AKP-Abgeordnete Galip Ensarioğlu sprach jüngst davon, dass die Legislative, Exekutive und Judikative unter der Kontrolle der Regierungspartei stünden. Und tatsächlich hat die AKP auch in der Justiz in ihrem Sinne »aufgeräumt«. Zunächst schloss sie die Staatssicherheitsgerichte (DGM). Die Auflösung dieser Gerichte, die unter der Kontrolle des Militärs gestanden hatten, propagierte sie als Schritt in Richtung Demokratie. An deren Stelle etablierte sie die Gerichte mit Sonderbefugnissen (ÖYM), deren Kompetenzen diejenigen der Staatssicherheitsgerichte noch überstiegen. Doch dann schaffte sie am 21. Februar 2014 mit ihrem 3. Justizpaket die Gerichte mit Sonderbefugnissen wieder ab. Um die vor diesen Gerichten verhandelten Verfahren kümmerte sich fortan der Strafgerichtshof. Mit der jüngsten Reform im Jahr 2015 schließlich wurden die Sonderfachgerichte (Özel İhtisas Mahkemeleri) eingerichtet, die im Prinzip eine Rückkehr zu den Gerichten mit Sonderbefugnissen unter neuem Namen bedeuten und dem Strafgerichtshof die »Terrorfälle« wieder abnehmen. Neben diesen »Justizreformen« hat die AKP besonderen Wert darauf gelegt, das ausscheidende Personal aus dem Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK), verantwortlich für die Kontrolle der Gerichte sowie für Personalfragen, mit eigenen Leuten zu ersetzen. Am 27. März 2015 erließ sie zudem das Gesetzespaket zur inneren Sicherheit, mit dem sie dem Militär das Recht einräumt, ohne richterlichen Beschluss ganze Regionen als Sicherheitsgebiete zu deklarieren. Gleichzeitig wurden die Kompetenzen der Gouverneure ausgeweitet.

Bereits am 1. Juni 2005 hatte die AKP-Regierung mit einem Gesetz den Einsatz der Konterguerilla im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung rechtlich abgesichert. Am 29. Juni 2006 folgte im Rahmen des Antiterrorgesetzes die Ausweitung des »Terrorismus«- Begriffs, dem zufolge selbst die Artikulation der Forderung nach grundlegenden Menschenrech-

ten für die Kurdinnen und Kurden durch die Presse oder über die Politik als Terrorismustatbestand gewertet werden konnte. Am 27. Mai 2007 folgte dann ein Gesetz, das die drastische Aufstockung der Zahl der Dorfschützer vorsah und so den Krieg in Kurdistan in einen Dauerzustand versetzte.

Kurz darauf, am 2. Juni 2007, folgte das »Dienstpflicht- und Legitimierungsgesetz für die Polizei« (Polis Vazife ve Salâhiyet Kanunu), dem zufolge es die Polizeikräfte der Konterguerilla aus den 90er Jahren gleichtun konnten und ohne rechtliche Folgen zu außergerichtlichen Hinrichtungen befugt wurden. Dieses Recht der Polizei wurde im Rahmen des Sicherheitspakets vom März 2015 nochmals ausgeweitet. Die Polizei durfte nun auch ohne richterlichen Beschluss und ohne Anweisung der Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen und Festnahmen durchführen. Die aktuellen Massaker des türkischen Staates in Kurdistan finden ihren rechtlichen Rahmen in diesen Gesetzen.

Die AKP hat in ihrer Regierungszeit schrittweise die Zahl der Polizisten im Land erhöht. Als sie 2002 an die Regierung kam, lag die Zahl bei rund 170 000, bis zum 12. Januar 2015 stieg sie auf 304 831. Wenn man die im vergangenen Jahr Eingestellten hinzurechnet, könnte sie mittlerweile die Grenze von 400 000 überschritten haben.

Da dies der AKP noch nicht ausreichend erschien, siedelte sie an der Generaldirektion für Sicherheit (Zentralbehörde der Polizei; Emniyet Genel Müdürlüğü) ein Sonderdezernat für Sicherheit (Özel Güvenlik Dairesi Başkanlığı) an. Mit dessen Gründung wurde auch neues Sicherheitspersonal ausgebildet. Es wurden 1 333 Sondersicherheitsfirmen gegründet, in denen bis zu einer Million Sicherheitskräfte instruiert wurden. Aktuell sind nach offiziellen Angaben rund 233 000 an dieses Dezernat angebundene Sicherheitskräfte im Dienst. Dadurch verfügt die Generaldirektion für Sicherheit über mehr Beamte als das Bildungsministerium, das zuvor die höchste Anzahl Beamter im Land auf sich vereint hatte.

Doch auch das reicht der AKP nicht aus.

Am 11. Juni 2008 nahm die türkische Regierungspartei Änderungen am Militärgesetz vor. Seitdem dürfen Konterguerilla-Gruppen, ohne jegliche Prüfung ablegen zu müssen, im Auftrag des Staates in Kurdistan eingesetzt werden. Zivil gekleidete Einheiten dieser Gruppen bauen ihre Strukturen seit Erlass dieses Gesetzes auf legaler Basis weiter aus. Die faschistischen Angriffe auf die Bevölkerung haben seitdem zugenommen. Die zuvor der Polizei erteilte »Schieß-Erlaubnis« wurde mit diesem Gesetz auch auf militärische Einheiten ausgeweitet.

Am 10. März 2011 wurde dann das Gesetz über eine Berufsarmee erlassen. Rund 150 000 Mitglieder dieses »Spezialheeres« wurden Schritt für Schritt in Kurdistan stationiert.

Nach offiziellen Angaben vom Januar 2006 beträgt die Zahl der Militärangehörigen in der Türkei derzeit 626 004, davon 293 505 höherrangige Soldaten oder Mitglieder der Berufsarmee.



Demo am 10. April in Hamburg: »Öffnet die Augen für den Faschismus in der Türkei«
Foto: A. Bender

Mit dem »Staatssekretariat für öffentliche Ordnung und Sicherheit« (Kamu Düzeni ve Güvenliği Müsteşarlığı, kurz KDGM) hat die AKP eine Nachfolgeinstitution für das Amt für besondere Kriegsführung (Özel Harp Dairesi), das Zentralorgan der türkischen Gladio-Strukturen war, ins Leben gerufen. Die Verantwortung für das Entwerfen von Strategien der psychologischen Kriegsführung wurde dem KDGM übergeben, das der Kontrolle der AKP-Regierung untersteht. Somit hat die AKP ihre eigenen Strukturen eines Tiefen Staates, einer »grünen Gladio«, geschaffen. Das Erschaffen einer solchen Struktur bedurfte selbstverständlich des Einverständnisses der USA als führender Kraft der NATO. Dieses Einverständnis holte Erdoğan bei einem Treffen mit George Bush im Jahr 2007 ein. Das entsprechende Gesetz zur Etablierung dieser Struktur erließ die türkische Regierung dann am 17. Februar 2010. Die Gesetzesverabschiedung wurde im türkischen Parlament von kontroversen Debatten begleitet. Einige Abgeordnete sprachen davon, dass die AKP nach dem Vorbild Hitler-Deutschlands

ihre eigene Gestapo kreiere, anderen zufolge ihre eigene »grüne Gladio« anstelle des bisherigen Tiefen Staates.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes stellte das neugegründete Staatssekretariat sofort Verhaltensforscher, Soziologen, Psychologen und Anthropologen ein, die damit beauftragt waren, entsprechende Strategien der psychologischen Kriegsführung zu entwickeln. Die Folge war, dass die türkischen Mainstream-Medien quasi zentral dirigiert unisono Kriegspropaganda gegen die kurdische Bewegung betrieben. Es heißt, dass mit der Gründung des KDGM sogar 35 Geheimdienstler aus den USA in die Türkei eingereist seien und seitdem in diesem Amt mitwirkten.

Obwohl das Budget des Staatssekretariats rund 24 Mio. US-Dollar beträgt, soll es zusätzlich durch einen Geheimfonds mitfinanziert werden. Dass aus diesem sogenannten Geheimfonds die Kriegsführung des türkischen Staates in Kurdistan gespeist wird, ist hinlänglich bekannt. Interessanterweise fließt der größte Anteil des Geldes in diesen Fonds aus den Kassen des Ministerpräsidialamts der Türkei, seit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Erdoğan auch Gelder aus dem Amt des Staatspräsidenten. Während bei der Übernahme der Regierungsmacht der AKP der Anteil der Geheimfondseinlagen im Haushaltsplan mit 103 Mio. TL (Türkische Lira) beziffert wurde, ist dieser Betrag im Haushalt von 2015 auf 1,8 Mrd. gestiegen. Das ist eine rund 17-fache Steigerung seit der Regierungsübernahme der AKP. In deren 13 Jahren Regierungszeit bis 2015 flossen insgesamt 9,2 Mrd. TL. Wie der Name des Fonds schon preisgibt, wird selbstverständlich nicht gefragt, wofür diese Gelder ausgegeben werden, allerdings ist es ein offenes Geheimnis, dass sie einen Teil des Budgets im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung darstellen. Hinzu kommen bei einem Gesamthaushalt von 587 Mrd. TL für das Jahr 2016 22 Mrd. für die Generaldirektion für Sicherheit (Polizei), 28 Mrd. für das Verteidigungsministerium, 9 Mrd. für die Jandarma, 5 Mrd. für das Innenministerium und 2 Mrd. für den Geheimdienst. Der Blick auf den Haushalt reicht also, um deutlich zu machen, dass die AKP die Türkei in einen Militär-, Polizei- und Geheimdienststaat verwandelt hat.

Zum Geheimdienst muss noch ergänzt werden, dass die AKP seinen Handlungsrahmen in zwei Gesetzesnovellen von 2014 und 2015 deutlich erweitert hat. So dürfen Mitglieder des MIT inner- und außerhalb der Türkei an Operationen teilnehmen. Gesetzlich abgesichert wurde mit den Gesetzesänderungen auch, dass die türkischen Geheimdienstmitarbeiter für ihre Teilnahme an Operationen keine rechtlichen Schritte befürchten müssen. Sie dürfen noch nicht einmal befragt werden.

Und eine weitere nennenswerte Struktur im »Sicherheitsbereich« wurde durch die AKP geschaffen. Unter der Regie der Regierung wurde nach dem Vorbild des US-Unternehmens Blackwater *[heute »Academi«]* die »Sicherheits- und Beratungsfirma«, kurz SADAT, ins Leben gerufen. Ihren Sitz hat die Firma in Istanbul, besonders aktiv ist sie hingegen im Krieg des türkischen Staates in Rojava. Verantwortlich für Massaker und Operationen dort hat SADAT ein Hauptquartier in der syrischen Stadt Idlib errichtet. Über diese Organisation unterhält die AKP enge Beziehungen zum sogenannten Islamischen Staat (IS), zur Al-Nusra-Front, zu Ahrar al-Scham (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante) und anderen islamistischen Bandenorganisationen. Getarnt als Flüchtlinge hat die AKP nicht nur führende Islamisten verschiedener dschihadistischer Gruppen in der Türkei beherbergt, sie hat diese Gruppen auch im Kampf gegen Rojava eingesetzt und gelenkt. Gegenwärtig benutzt sie sie außerdem auch in Nordkurdistan, wo sie unter der Bezeichnung »Esadullah-Team« (Esadullah arab. für »Die Löwen Allahs«) agieren.

Ein ehemaliger Emir von Ahrar al-Scham namens Mustafa E. Z. gab der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) zu diesem Thema ein vielsagendes Interview. Demnach habe eine Delegation des türkischen Geheimdiensts MIT in der Stadt Til Rifat eine Versammlung mit verschiedensten islamistischen Gruppierungen, die in Syrien kämpfen, abgehalten. Ergebnis dieses Treffens sei gewesen, dass rund 750 Dschihadisten, darunter Mitglieder des IS, von Al-Nusra, Ahrar al-Scham und anderen Gruppen, in die Türkei gebracht und dort im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung in Amed-(Diyarbakır-)Sûr, Nisêbîn (Nusaybin), Cizîr (Cizre), Farqîn (Silvan) und Silopiya eingesetzt wurden. Und so sollen bislang 42 Mitglieder der Islamisten im Krieg in Nordkurdistan ums Leben gekommen sein, von denen 12 Leichname nach Saudi-Arabien, 21 nach Katar, 7 nach Syrien (Bab und Cerablus/Dscharabulus) und zwei weitere in die nordkurdische Stadt Sêmsûr (Adiyaman) gebracht worden seien. Auch laut Angaben der lokalen Bevölkerung und der Zivilverteidigungseinheiten (YPS) werde sich in den Reihen der türkischen »Sicherheitskräfte«, die im Krieg in Nordkurdistan eingesetzt werden, auf Arabisch unterhalten.

Zudem ist in einem Krankenhaus in Cizîr, das im Krieg gegen die Stadt kurzerhand in einen Militärstützpunkt umgewandelt wurde, Geld in Währung aus Ungarn, Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Syrien gefunden worden. Wenn man bedenkt, dass aus diesen Ländern oder über diese Länder zahlreiche Dschihadisten in den Krieg nach Syrien gezogen sind, wird auch deutlich, dass dieselben Dschihadisten von der AKP im Kampf gegen die Kurden eingesetzt werden. ♦

HDP-Delegation kam zu diplomatischen Gesprächen nach Deutschland

Werden die Gespräche positive Ergebnisse mit sich bringen?

Interview mit Selahattin Demirtaş, HDP-Kovorsitzender

Am 11. und 12. April hielt sich eine Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Türkei/Nordkurdistan in Deutschland auf. Kovorsitzender Selahattin Demirtaş, Fraktionsvize Hişyar Özsoy, Kobürgermeisterin von Amed (Diyarbakır) Gültan Kışanak und Europavertreter Eyyüp Doru führten diplomatische und politische Gespräche mit verschiedenen Vertretern der deutschen Bundesregierung und der Oppositionsparteien, die allesamt sehr positiv verliefen. Neben der Flüchtlingskrise ging es vor allem um die Rückschritte in der Türkei bei den demokratischen Grundrechten und die drohende Immunitätsaufhebung für die Abgeordneten der HDP-Fraktion. Selahattin Demirtaş gewährte dem Kurdistan Report ein Interview.

Könnten Sie für unsere Leser kurz die zwei langen, intensiven Gesprächstage zusammenfassen?

In Deutschland haben wir die bisher effektivsten und intensivsten diplomatischen Gespräche geführt. Wir haben mit beinahe allen an der Politikgestaltung beteiligten Institutionen und Personen aus Deutschland gesprochen. Außenminister, Bundestagspräsident, die Parteivorsitzenden aller im Bundestag vertretenen politischen Parteien, Fraktions- und außenpolitische Sprecher der Fraktionen, der Vizekanzler, bis hin zum außen- und sicherheitspolitischen Berater der Kanzlerin – sie alle waren Teil der Gespräche. Zum ersten Mal hatten die deutsche Bundesregierung und der Staat die Möglichkeit, der HDP direkt, aus erster Quelle zuzuhören. Wir haben wiederum die Möglichkeit erhalten, unsere politischen Positionen, Lösungsvorschläge und Kritik vorzustellen, weshalb ich die Gespräche als besonders wichtig erachte. Sie waren auch hinsichtlich der internationalen politischen Akzeptanz und Anerkennung der HDP sehr wichtig.



Demirtaş traf auch mit Außenminister Steinmeier zusammen
Foto: ANF

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind allseits bekannt. Denken Sie, dass sich im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen etwas verändern könnte?

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind tief verwurzelte, strategische Beziehungen mit einer langen Vergangenheit, keine leicht zu verändernden, labilen. Wir sprechen uns nicht für einen Abbruch oder eine Schwächung der deutsch-türkischen Beziehungen aus, aber für prinzipienhafte und konstruktivere. Deutschland hat insbesondere in den letzten Monaten einer durch *[Staatspräsident]* Erdoğans Person kriselnden AKP *[Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung]* Unterstützung und Zuspruch gegeben und sich dadurch an der Verschleierung der Straftaten gegen die Opposition aus der Türkei indirekt mitschuldig gemacht. Gleichzeitig wird in den EU-Türkei-Beziehungen fundamentalen Rechten und Freiheiten sowie den Kopenhagener Kriterien kein hinreichender Wert beigemessen und die Türkei stellt sich keiner umfassenden radikalen Selbstkritik. Dennoch setzt man sich mit der AKP-Regierung zusammen und handelt ein Flüchtlingsabkommen aus, das auf Prinzipienlosigkeit beruht. Diese Kritik haben wir unseren Gesprächspartnern aus Deutschland aus erstem Munde mitgeteilt. Wie bereits gesagt, die türkisch-deutschen Beziehungen beruhen auf wechselseitigen Interessen, die eine lange Tradition haben. Die Beziehungen sollten aber nicht auf einem Verständnis beruhen, das die Kurden und die Opposition in der Türkei missachtet und tyrannisiert. Wir haben in den Ge-

sprächen die deutschen Verantwortlichen darauf aufmerksam gemacht, dass Deutschland in den Beziehungen zur türkischen Regierung diesen Punkten mehr Aufmerksamkeit schenken muss und dass ihre derzeitige stümper- und lückenhafte Haltung in der Zukunft zu einer Vertiefung der regionalen Probleme führen kann. Natürlich erwarten wir nicht, dass augenblicklich eine grundlegende Änderung eintritt. Dies ist ein Prozess, und um in der Diplomatie Lösungen zu finden, muss man geduldig, entschlossen und zielstrebig sein. Insbesondere müssen die kurdische Community in Deutschland und die progressiven Kräfte aus der Türkei ihre diplomatische Arbeit in Bezug auf die deutsche Öffentlichkeit und die politischen Parteien fortsetzen und intensivieren.

Wie erklären Sie sich das Interesse an der kurdischen Politik?

Es gibt zwei Hauptgründe. Zum einen sind die Kurden in der Türkei und im Mittleren Osten, in Rojava, zu einem politischen Akteur avanciert, ohne den mittlerweile weder regionale noch globale Kräfte Entscheidungen treffen können. Das steigert natürlich die Glaubwürdigkeit der HDP in der Türkei wie auch international. Außerdem ist Deutschland aufgrund der Unterstützung Erdoğans scharfer Kritik seitens der deutschen Öffentlichkeit ausgesetzt. Um diese zu beruhigen und um zu zeigen, dass gleichermaßen der Dialog zur Opposition gesucht wird, wurden die Gespräche mit uns aufgenommen.

Aus der deutschen Bevölkerung, von Künstlern bis zu Wissenschaftlern gibt es deutliche negative Reaktionen auf Erdoğan; die Politiker kriegen das doch sicher mit …

Natürlich kritisiert die deutsche Gesellschaft die Bundesregierung aus allen politischen Richtungen. Die Flüchtlingskrise ist für Deutschland ein sehr wichtiges Thema, das die Gesellschaft sehr beschäftigt, und es wird eine Lösung erwartet. Dass in diesem Zusammenhang die AKP-Regierung, die den Islamischen Staat unterstützt, den Bürgerkrieg in Syrien gefördert und zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat, ohne jegliche Reaktion oder Konsequenz als Partner wahrgenommen wird, hat verständlicherweise zu negativen Reaktionen der deutschen Bevölkerung geführt. Insbesondere die brutale Vorgehensweise gegen die Kurden in den letzten Monaten, das Fehlen von Widerspruch oder Kritik aufseiten der deutschen Regierung und die Schönfärberei der AKP-Regierung bei der Unterzeichnung des Flüchtlingsdeals, all das hat in der deutschen Gesellschaft Empörung hervorgerufen, weil die Deutschen und Europäer ganz genau wissen, dass Erdoğan der Grund für den Flüchtlingsstrom ist. Erdoğan nutzt die Flüchtlingskrise, die er geschaffen hat, als Trumpf und ist durch seine unethische Haltung verantwortlich für die Situation von Flüchtlingen am Ägäischen Meer und an der Grenze zu Griechenland. Dass nun aufgrund des Flüchtlingsdeals über all dies geschwiegen wird, hat zu diesen Reaktionen geführt, und alle sind sich bewusst, dass dadurch das Problem nur größer wird. Die Augen vor Erdoğans Gesetzlosigkeit und Kriegspolitik zu verschließen wird vielleicht zu noch größeren Flüchtlingsströmen führen. Wir äußern diese Kritik schon seit längerem und haben gesehen, dass die deutsche Gesellschaft für dieses Thema auch eine große Sensibilität entwickelt hat.

Sie haben den Flüchtlingsdeal als zeitgenössischen Sklavenhandel bezeichnet. Wie standen die Gesprächspartner zu diesem Thema? Die finanziellen Hilfen der EU unterliegen keiner Kontrolle und man weiß nicht, wofür genau das Geld ausgegeben wird. Manche behaupten, die Gelder würden in den Krieg fließen. Was sind Ihre Beobachtungen und Meinungen dazu?

Natürlich müssen die Finanzhilfen penibel kontrolliert werden. Wir sagen nicht, dass es über die Flüchtlinge kein Abkommen geben soll. Sicherlich besteht Bedarf für ein internationales Abkommen und eine Zusammenarbeit, aber dies muss auch mit moralischen Werten vereinbar sein. Es darf nicht den Eindruck erwecken, als sei der Mensch eine verhandelbare Ware, als würde man Sklaven kaufen und verkaufen. Eine Vereinbarung über die Rücknahme von Flüchtlingen müsste gleichzeitig eine Friedensvision beinhalten, eine friedliche Annäherung an die regionalen Probleme, insbesondere an die Kurdenfrage. Das aktuelle Abkommen jedoch ist sehr oberflächlich formuliert, geht nicht auf die Ursachen des Problems ein und bietet keinerlei Lösungsvorschläge zur Beendigung der Gewalt. Das zeigt, dass die Staaten nicht gewillt sind, diese Problematik vom Ansatz her zu lösen und stattdessen eher eine Politik wählen, die diese Problematik nutzt, um die internationale Kräftekonstellation neu zu ordnen. Die Türkei als auch Europa wollen die Flüchtlinge weiterhin als Trumpf im Ärmel behalten. Die Hilfsleistungen an die Türkei werden auf Projektbasis geleistet, daher müssen die europäischen Institutionen und Regierungen als Förderer die Finanzkontrolle übernehmen und die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit überprüfen. Wir als HDP werden aufmerksam beobachten und prüfen, ob das Geld wirklich für die Flüchtlinge auf der Basis menschlicher Bedürfnisse und ohne jegliche Diskriminierung ausgegeben wird.

Die Drohungen auf Aufhebung der Immunität haben begonnen und reichen mittlerweile bis zum Entziehen der Staatsbürgerschaft. Sie selbst sind

gleichzeitig Jurist, meinen Sie, dass diese Drohung in Kurdistan und in der Türkei umgesetzt werden kann?

Rechtlich ist es tatsächlich möglich. In der Geschichte der Republik wurden diese Maßnahmen immer wieder mal beschlossen. Nâzım Hikmet, zum Beispiel, wurde aus der Staatsbürgerschaft entlassen, wie auch beinahe alle Revolutionäre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980. Der Staat hat diese Maßnahmen bis in die jüngere Geschichte angewandt, um bestimmte Segmente der Gesellschaft zu liquidieren. Die Staatsbürgerschaft bedeutet nämlich gleichzeitig ein Recht auf politische Organisierung innerhalb des Staates und die Anerkennung als Bürger. Je autoritärer und faschistischer ein Staat wird, desto mehr verlangt er Gehorsam von der Wirtschaft, Justiz und in den sozialen und politischen Bereichen. Alle gesellschaftlichen Segmente, denen er die staatsbürgerlichen Rechte nicht zugestehen will, schließt er von der Institution aus. In der Praxis ist diese Maßnahme jedoch nicht umsetzbar, weil die Bevölkerungsgruppe, die sie als Terroristen bezeichnen, mittlerweile fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Türkei ausmacht. Es ist nicht möglich, ein Drittel der Bevölkerung als Terroristen einzustufen und ihnen die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Abgesehen davon muss es aus rechtlicher Perspektive sehr gravierende Gründe wie tatsächlichen Staatsverrat und schweren Verrat an den Interessen des Volkes gegeben haben, um überhaupt jemandem die Staatsbürgerschaft entziehen zu können. Wenn wir nun eine objektive Bewertung vornehmen, müsste ein Großteil der AKPler aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden, weil sie diejenigen sind, die dieses Land am häufigsten verraten haben. Daher sehe ich keine Möglichkeit, dass diese Politik umgesetzt werden könnte.

Dasselbe gilt für die Aufhebung der Immunität. Die AKP hat im Parlament einen Antrag auf Verfassungsänderung gestellt. Aber die Stimmen von AKP und MHP *[Partei der Nationalistischen Bewegung]* reichen zusammen nicht aus, um eine Verfassungsänderung ohne Referendum durchzuführen. Daher wird sie die CHP *[Republikanische Volkspartei]* um Unterstützung bitten. Wenn diese die Unterstützung verwehrt, wird die AKP ihren Antrag zurückziehen müssen, weil sie wegen eines Paragraphen kein Verfassungsreferendum riskieren wird. Sie könnte versuchen, jedes Abgeordnetendossier einzeln durch die Kommission prüfen zu lassen und so die Immunität aufzuheben. Dann müssten aber die Immunitätsdossiers von AKP-, MHP- und CHP-Abgeordneten ebenfalls geöffnet werden und zur Diskussion stehen. Die AKP hält die Inhalte der Akten momentan jedoch geheim, teilt sie nicht mit der Öffentlichkeit. Niemand weiß, welche Abgeordneten aus welchen Gründen angeklagt werden. Nur unsere Akten werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, aber wir haben nichts zu verbergen. Wir werden wegen Reden oder Meinungsäußerungen angeklagt. Falls die AKP uns zur Zielscheibe macht und eine Kampagne zur Aufhebung der Immunität beginnt, wird sie selbst daran untergehen. Es kann dazu kommen, dass auch die Immunität von AKPlern aufgehoben wird. Gerade deshalb zögert *[Ministerpräsident]* Davutoğlu mit der Durchsetzung des Vorhabens. Wir haben nichts, wovor wir uns fürchten müssen. Geht es nach uns, können sie die Immunität aller 550 Abgeordneten aufheben. Aber eine politische Haltung, die nur die Feindseligkeit gegen einige unserer Freunde zum Gegenstand hat, werden wir nicht akzeptieren. Falls auf diese Weise auch nur ein einziger unserer Freunde seines Amtes enthoben wird, werden alle 59 Abgeordneten der HDP gleichzeitig in organisierter und disziplinierter Weise Widerstand leisten. Abhängig von den politischen Entwicklungen in den nächsten Tagen werden wir unsere Entscheidung treffen.

Erdoğan meinte zuletzt, dass die Zerstörung von Amed-Sûr sein größter Traum sei. Nun will er das Eigentum und die historischen Werte der Bevölkerung verstaatlichen. Treffen Sie Gegenmaßnahmen für dieses staatliche Vorhaben?

In Sûr werden die Zerstörungsmaßnahmen mit Baggern und Bulldozern fortgesetzt. Weil niemand die Möglichkeit hat, das Gebiet zu betreten, wissen wir nicht, was da vor sich geht. Aber wie wir erfahren haben, werden die authentischen engen Gassen von Amed *[Diyarbakır]* zerstört und erweitert; im Rahmen eines Sicherheitskonzepts werden dort Polizeistationen und Kontrollpunkte errichtet. Eine Art historisches Gewebe wird dort vernichtet und stattdessen plant die AKP einen Wiederaufbau, der ihrer ideologischen Ausrichtung entspricht. Die Zerstörung der Kultur, Geschichte und Denkmäler der Bürger durch staatliche Gewalt zeigt, welchen moralischen Tiefpunkt die AKP erreicht hat. Die Rechtsinstitutionen und Anwälte legen gerade den nötigen Widerspruch ein. Die Lokalverwaltungen führen die juristischen Prozesse. Entscheidend werden aber die Sensibilität und der Wille des Volkes sein. Die Bevölkerung in Amed muss gegen diese staatlichen Maßnahmen entschlossenen Widerstand leisten. Sûr benötigt keine Modernisierung. Amed hat zahlreiche modernisierte Bezirke und Stadtteile. Es gibt massenhaft seelenlose, identitätslose Betonklötze. Was Sûr ausmacht, ist sein historisches kulturelles Erbe jenseits der Modernität. Zu sagen, es würde abgerissen, um etwas Neues zu errichten, fügt sich in die verkommene Moral der kapitalistischen Moderne ein. Der Traum Erdoğans zeigt offen, was für ein barbarischer Verfechter des Kapitalismus er ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, jeder Mensch aus Amed hat den Traum, die AKP zu Fall zu bringen. Und eines Tages werden wir diesen Traum verwirklichen. Wir werden die AKP wie auch die kolonialistische Mentalität aus unserer Heimat vertreiben. Wenn wir das geschafft haben, werden wir Sûr so authentisch, wie es war, wieder aufbauen. ♦

Die Isolation Abdullah Öcalans muss ein Ende haben

Der Ausweg ist auf Imralı zu finden

Selahattin Erdem, Yeni Özgür Politika, 4. April 2016

Die schweren Isolationshaftbedingungen und der psychologische Druck auf Abdullah Öcalan halten weiter an. Seit ziemlich genau einem Jahr können ihn weder seine Familienangehörigen noch eine politische Delegation besuchen. Mit keinem der Gefangenen auf Imralı kann seit nunmehr einem Jahr Kontakt von außen aufgenommen werden. Der letzte Besuch bei Öcalan auf Imralı fand am 5. April 2015 statt, damals von einer Delegation der HDP. Trotz der schwerwiegenden politischen und militärischen Ereignisse, zu denen es in der Zwischenzeit kam, hat die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) seitdem keinen Besuch bei ihm gestattet. So wurde verhindert, dass die Ansichten Öcalans an die Öffentlichkeit gelangen. Zu seinen Anwälten hat er ohnehin seit mittlerweile fünf Jahren keinen Kontakt mehr.

Die Situation auf Imralı ist seit einem Jahr unklar. Es gibt keinerlei Informationen über den Gesundheitszustand oder die Sicherheitslage der Gefangenen. Vor drei Monaten tauchte in den Medien die Nachricht auf, dass zwei Gefangene aus Imralı in das Gefängnis von Silivri (Istanbul) verlegt worden seien. Allerdings wurde ihnen anschließend auch nicht gestattet, die Öffentlichkeit über die Lage auf Imralı zu informieren.

Diese Situation ist nicht akzeptabel. Abdullah Öcalan, der Repräsentant der kurdischen Bevölkerung, kann nicht wie ein üblicher Gefangener betrachtet werden. Öcalan, der seit nunmehr siebzehn Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı festgehalten wird, wurde in einer Petition von mehr als zehn Millionen Menschen zu ihrem politischen Repräsentanten erklärt. Jeden Tag finden überall auf der Welt Proteste mit tausenden Menschen statt, die seine Freilassung fordern. Diese Menschen machen sich Sorgen um den Gesundheitszustand ihres politischen Repräsentanten. Sie wollen seine Stimme, seine Ansichten hören.

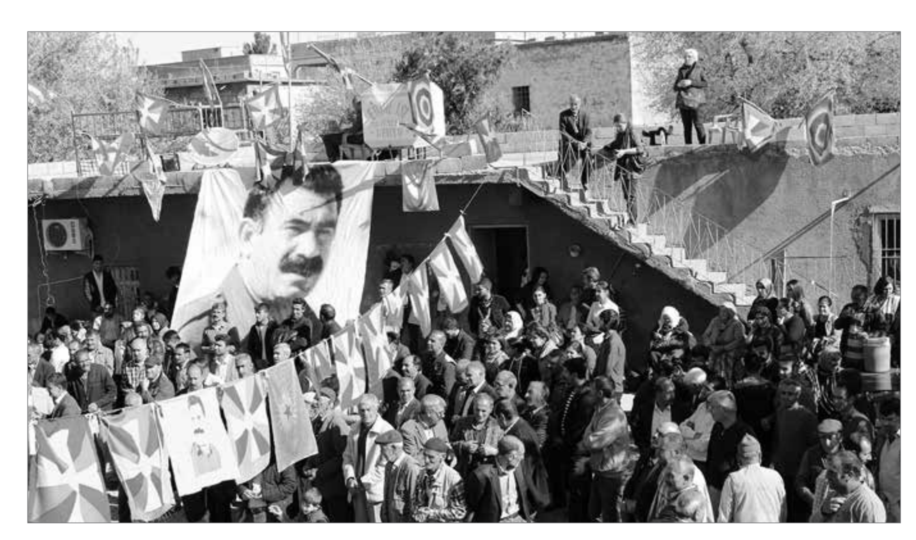
Abdullah Öcalan ist nicht aufgrund irgendeines persönlichen schuldhaften Vergehens auf der Gefängnisinsel Imralı gelandet. Er hat die Rolle der Führungspersönlichkeit im Existenz- und Freiheitskampf eines Volkes eingenommen und wurde deshalb schließlich in Kenia entführt und nach Imralı gebracht. Er ist also eine politische Persönlichkeit und es ist notwendig, dass die Öffentlichkeit Zugang zu seinen politischen Ansichten erhält. Aus diesem Grund wird die seit einem Jahr anhaltende Isolation sowohl Öcalans als auch der Millionen von Menschen praktiziert, die seine Ansichten hören wollen.

Ist denn diese Isolation in irgendeiner Weise moralisch, rechtlich oder auf Grundlage der Demokratie zu rechtfertigen? Zweifellos nicht. Aus rechtlicher Perspektive handelt es sich beim Gefängnis von Imralı um ein Hochsicherheitsgefängnis des Typs F. Das Recht auf Kommunikation mit externen Personen ist für Gefangene des F-Typ-Gefängnisses in der türkischen Gesetzgebung festgelegt.

Außer Imralı gibt es kein weiteres F-Typ-Gefängnis in der Türkei, in dem den Gefangenen der Besuch von Familienangehörigen, Anwälten und Abgeordneten verweigert wird. Das bedeutet, dass auf Imralı das geltende türkische Recht außer Kraft gesetzt ist und die AKP-Regierung willkürlich verfährt. Das Imralı-Gefängnissystem unterliegt nicht allein der Obhut der Republik Türkei. Auch die USA und die EU tragen dafür Verantwortung. Und auch auf Basis des US-amerikanischen und des EU-Rechts gibt es keine Grundlage, die diese Isolationshaftbedingungen rechtfertigen könnte. Zumal laut genanntem Recht nach 15-jähriger Haftzeit die Haftsituation Abdullah Öcalans von Neuem hätte geprüft werden müssen. Auch das ist nicht geschehen.

Dass es aus moralischer Sicht keine Rechtfertigung gibt, bedarf keiner langen Ausführung. Gemäß demokratischen Standards ist die Sache auch klar. In der repräsentativen Demokratie Europas ist das Recht auf Meinungsfreiheit und Informationszugang grundlegendes Menschenrecht. Durch die Isolationshaftbedingungen Öcalans wird einerseits sein Recht auf Meinungsfreiheit verletzt, andererseits das Recht von Millionen Menschen auf Informationszugang, die hören wollen,

was er zu sagen hat. Der faschistische Charakter des türkischen Staates wird im System von Imralı offenkundig. Es ist zugleich ein Barometer für die Demokratie in der Türkei und im Westen.



Amara 04.04.: Kundgebung am Geburtsort von Abdullah Öcalan. Foto: DIHA

Kommen wir nun zu den politischen Folgen der Totalisolation Öcalans. Tatsächlich ist die türkische Politik seit dem 5. April 2015, also dem letzten Besuch bei Abdullah Öcalan, nicht funktionsfähig. In diesem Zeitraum haben in der Türkei zwei Parlamentswahlen stattgefunden, und auch wenn die politischen Institutionen der Türkei den Anschein zu erwecken versuchen, sie würden arbeiten, tun sie dies im Endeffekt nicht. Denn im vergangenen Jahr wurde kein einziges Problem des Landes durch die türkische Politik gelöst. Die Kompetenzen der politischen Institutionen im Land wurden beschnitten, die Politik insgesamt außer Kraft gesetzt. Was übrig geblieben ist, das sind der Befehlshaber Tayyip Erdoğan und der Kriegszustand seit dem 24. Juli 2015.

Das Ergebnis der Ein-Mann-Diktatur Erdoğans und seines Krieges gegen die kurdische Bevölkerung ist offenkundig. Jeden Tag werden neue Bilanzen dieses grausamen Krieges veröffentlicht. Vielleicht erlebt die Türkei eines der dunkelsten Kriegsjahre ihrer Geschichte. Die Zahl der Toten und Verletzten ist enorm. Ganze Städte wie Cizîr (Cizre) oder Stadtteile wie Amed-(Diyarbakır-)Sûr wurden zerstört. Tausende Menschen wurden festgenommen und inhaftiert. Ethische und moralische Werte haben in diesem Krieg ihre Bedeutung verloren. Verwundete wurden mit Benzin übergossen und verbrannt, Leichname von Opfern hinter gepanzerten Fahrzeugen hergeschleift, Frauenleichname ausgezogen und zur Schau gestellt und Friedhöfe aus der Luft bombardiert und zerstört.

Diese Situation ist Dynamit für den Grundstein eines gemeinsamen Lebens von Türken und Kurden. Es sind die revolutionären und demokratischen Kräfte in der Türkei, die die Aussicht auf ein Zusammenleben der Völker am Leben erhalten, während die AKP-Regierung eben diese Aussicht zu zerstören droht.

Die Kurdenfeindlichkeit der AKP hat das Ausmaß eines Genozids angenommen und stellt somit die größte Gefahr in der Geschichte der Türkei dar. Für den Erhalt der eigenen Macht setzt die Regierung unter Tayyip Erdoğan und Ahmet Davutoğlu diese Genozid-Politik nicht nur fort, sie sucht auch überall in ihrem Umfeld verzweifelt Unterstützung. Von den USA bis zu Russland, von Europa bis zum Iran gibt es keine Tür, an der diese Regierung hierfür nicht angeklopft hat. Unterstützung erhofft sie sich zugleich auch von Kräften wie der Demokratischen Partei *[Süd-]*Kurdistans (PDK), Al-Qaida und dem Islamischen Staat (IS).

Das Ergebnis dessen führt das Land jeden Tag näher an den Abgrund. Der AKP geht es ohnehin nicht um die Rettung des Landes. Es geht ihnen um die eigene Macht, die sie mit diesem Kurs aber auch kaum erhalten können werden. Der einzige Ausweg aus der derzeitigen Situation, in der sich die Türkei befindet, ist auf Imralı zu finden. Außer dem Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung Abdullah Öcalan ist keine Kraft imstande, die Türkei aus dieser Lage zu retten.

Doch kann es passieren, dass die AKP zur Rettung ihrer eigenen Macht den Weg nach Imralı geht? Ich denke, diese Chance hat sie verspielt. Im Rahmen des Lösungsprozesses wurden ihr genügend Chancen gegeben. Sie hat keine genutzt. Jede Gelegenheit hat sie für ihr eigenes Interesse und zur Stärkung ihrer Macht missbraucht. Zuletzt hat sie am 5. April die Imralı-Gespräche beendet und auf die Kriegskarte gesetzt. Damit hat sie auch ihre letzte Chance verspielt.

Die politischen Kräfte in der Türkei außerhalb der AKP und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) müssen diese Realität anerkennen. Sie müssen einzeln oder gemeinsam versuchen, den Pfad nach Imralı zu öffnen. Die Öffnung dieses Weges führt über die Beendigung der Isolationshaftbedingungen Abdullah Öcalans. Folglich sollten diese politischen Kräfte die Kampagne für seine Freiheit unterstützen und stärken. Denn die Isolation auf Imralı bedeutet nicht nur eine Isolation der kurdischen Bevölkerung. Sie ist die Isolation aller Völker der Türkei. ♦

Zum verhinderten Besuch auf Imralı

Gemeinsame Erklärung der internationalen Friedensdelegation

Istanbul, 15./16. Februar 2016

Einleitung

Die aktuelle Lage in der Türkei ist kritisch. Die jüngste Eskalation des Konflikts im Zusammenhang mit der Kurdenfrage ist brandgefährlich. Der Krieg in Syrien hat bereits bis in den Südosten der Türkei übergegriffen, wo es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt. Die AKP-Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist für Gräueltaten und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Cizre *[kurd.: Cizîr]* und anderen kleineren und größeren Städten verantwortlich, und es besteht die sehr reale Gefahr, dass sich die Gewalt im gesamten Land ausbreitet. Die Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen des Staates gegenüber türkischen Wissenschaftlern und Journalisten, die sich gegen die Kriegstreiberei wenden, machen deutlich, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Kampf um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und dem Kampf um die Demokratie in der Türkei insgesamt gibt.

Die Isolationshaft von Abdullah Öcalan

Die Eskalation des Konflikts hängt zeitlich mit der totalen Isolation des Anführers der kurdischen Freiheitsbewegung, Abdullah Öcalan, zusammen. Öcalan ist von seiner Gefängniszelle in der Isolationshaft auf der Insel Imralı aus ein entscheidender Akteur und eine wichtige Stimme, die immer wieder den Frieden fordert.

Gleichwohl war die Tatsache an sich, dass Öcalan im Gefängnis sitzt, bereits ein Problem während der Gespräche, die im März 2013 begonnen wurden und zwei Jahre dauerten. Sein Status als Gefangener zwingt ihn zu Verhandlungen mit denjenigen, die ihn gefangen halten – das ist von vornherein ein Nachteil. Darüber hinaus kann er sich im Gefängnis nicht mit seinen Anhängern beraten. Vor dem Beginn ernsthafter Verhandlungen muss ihn der Staat freilassen – so wie auch Nelson Mandela vor den Verhandlungen in Südafrika freigelassen wurde, und nicht etwa erst während der Verhandlungen oder danach. Solange Öcalan nicht frei ist, kann es nur Gespräche über Gespräche, aber keine eigentlichen Verhandlungen geben. Mandela betonte, dass man nur als freier Mensch im Auftrag seines Volkes Verhandlungen über eine politische Lösung führen kann, nicht aber als Gefangener.

Die zehnköpfige internationale Friedensdelegation

Am 14. Februar traf in Istanbul eine zehnköpfige internationale Delegation zusammen, um einen Beitrag zur Wiederaufnahme des kurdisch-türkischen Friedensprozesses zu leisten, der seit dem Frühjahr 2015 unterbrochen ist. Der Delegationsleiter, Richter Essa Moosa vom Obersten Gerichtshof Südafrikas, wandte sich am 3. Februar im Auftrag der Delegation in einem Schreiben an den türkischen Justizminister und bat um zwei Treffen: eines mit dem Ministerium zwecks Erörterung von Mitteln und Wegen zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und Öcalan und eines mit Abdullah Öcalan auf der Insel Imralı zwecks Erörterung desselben Themas. Wir baten, die Treffen für den 15. Februar anzuberaumen – dem 17. Jahrestag der Gefangennahme und Inhaftierung Öcalans. Richter Moosa war früher für Nelson Mandela während seiner Gefangenschaft auf Robben Island und an weiteren Orten tätig und beteiligte sich am Verhandlungsprozess in Südafrika.

Die einzig tragfähige Lösung

Wir sind überzeugt, dass weder die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) noch das türkische Militär jemals einen Krieg für sich entscheiden könnte, der die gravierende humanitäre Krise im Land nur weiter verschärfen würde, und vertreten die Auffassung, dass der Friedensprozess die einzige Lösung und Öcalan als oberster Sprecher der kurdischen Bewegung für diesen Prozess von entscheidender Bedeutung ist. Aus unserer Sicht können ohne die Beteiligung Öcalans keine Fortschritte in Richtung einer Lösung erzielt werden.

Bitte um Gehör

Bedauerlicherweise wurde unserer Delegation keines der beiden Treffen, um die wir gebeten hatten, gewährt. Am 15. Februar bestätigte das Ministerium den Eingang des Schreibens, aber unsere Bitte wurde weder offiziell angenommen noch abgelehnt. Über die bloße Eingangsbestätigung hinaus kam von Seiten des Ministeriums vor unserer Abreise aus der Türkei keine weitere Reaktion. Wir sind sehr enttäuscht, dass man uns nicht die Gelegenheit gegeben hat, den Justizminister und Öcalan zum Thema der Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu befragen.

Treffen

Derweil traf die Delegation mit Vertretern verschiedener politischer und gesellschaftlicher Organisationen zusammen, die uns über die äußerst prekäre Lage des Landes informierten. Wir trafen uns darüber hinaus mit Anwälten und Anwaltsverbänden, die sich sehr für die Verteidigung von Mitgliedern der kurdischen Freiheitsbewegung gegen strafrechtlich relevante Vorwürfe engagieren und selbst Opfer vieler Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen von Seiten des Staates geworden sind.

Vom Frieden zum Krieg

All diese Vertreter berichteten uns, dass die Regierung Erdoğan in der aktuellen Phase der Isolation Öcalans, d. h. seit April 2015, die Abkehr von der Friedenspolitik hin zur Kriegspolitik vollzogen hat. Der Schwenk vom Frieden zum Krieg hängt zeitlich mit der totalen Isolation Öcalans zusammen. Während das 18. Jahr seines Gefängnisaufenthalts anbricht, führt Öcalan ein einsames Leben. Zwei weitere der fünf Gefangenen, die sich ehemals auf der Gefängnisinsel Imralı befanden, wurden inzwischen in andere Hochsicherheitsgefängnisse überführt. Der einzige menschliche Kontakt, der Öcalan zur Verfügung steht, ist der zu seinen Wärtern oder, sofern erlaubt, zu den übrigen drei Gefangenen. Nicht einmal seine Familienangehörigen dürfen ihn besuchen. Seine Anwälte, die ihn seit 2011 nicht mehr besuchen konnten, beantragen jede Woche mindestens einen Besuch, aber sie haben jetzt bereits 600-mal einen Antrag gestellt, der mit absurden Begründungen immer wieder abgelehnt wird; so wurde beispielsweise behauptet, das Boot sei defekt. Seit dem letzten Besuch von Delegierten der HDP *[Demokratischen Partei der Völker]* am 5. April 2015 hat niemand mehr eine Besuchserlaubnis erhalten. Es gibt seitdem keine Botschaft von Öcalan aus dem Gefängnis mehr. Er leidet unter gesundheitlichen Problemen und hat nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung.

Derweil hat sich die Lage im Land nach den Wahlen und dem definitiven Ende des Friedensprozesses rasch verschlechtert. Man berichtet uns, dass Städte zu Kriegsgebieten werden und unter Artillerie- und Panzerbeschuss stehen. Kinder werden getötet. Die Eltern und Großeltern werden auf offener Straße erschossen, aber aufgrund der Ausgangssperre können ihre Leichen über längere Zeit nicht geborgen werden. Wir haben erfahren, dass bestimmte Polizeikräfte die Genehmigung haben, jeden zu erschießen, und dafür straffrei bleiben



Seit dem 15. April 2015 ist Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı vollkommen isoliert. Seitdem gibt es keinerlei Kontakt mehr zu ihm. Auch der internationalen Delegation wurde der Besuch verwehrt. Foto: kurdishinfo.com



Straßburg: Kundgebung vor dem CPT für die Freiheit von Öcalan. Foto: DIHA

und keine Konsequenzen fürchten müssen. Diese Spezialkräfte unterstehen nicht der Befehlsgewalt lokaler Gouverneure, sondern unmittelbar der türkischen Regierung.

In Cizre wurden viele Menschen, darunter hauptsächlich Zivilisten, die in drei verschiedenen Kellern Zuflucht suchten, getötet und sogar bei lebendigem Leibe verbrannt, und jetzt werden die Gebäude staatlicherseits zerstört, um Beweise zu vernichten. Die Gewalt gegenüber Frauen nimmt zu. Frauen werden getötet, dann entkleidet und entehrt. Dies sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist ein Verstoß gegen das Dritte Genfer Abkommen, dem die Türkei verpflichtet ist, und erfüllt die Kriterien der Vereinten Nationen für Völkermord.

Wut

Auf kurdischer Seite nimmt die Wut gegenüber der Regierung zu, und viele wenden sich vollständig von der türkischen Gesellschaft ab. Die Kurden haben das Gefühl, dass der Krieg gegen die Städte mit dem Ausgang der Wahlen zusammenhängt. Aber obwohl es zu Kriegsverbrechen und Gräueltaten kommt, wenden die EU und die USA ihren Blick ab. Auf internationaler Ebene kontrolliert die AKP den Zustrom von Flüchtlingen nach Europa und nutzt diesen Hebel, um die europäischen Regierungen einzuschüchtern. Die regierenden Parteien in Europa fürchten sich davor, dass weitere Zuwanderung ihre Wahlchancen mindert, und hüllen sich über die Massaker in der Türkei in Schweigen. Die Vereinigten Staaten wiederum bekräftigen immer wieder ihr Militärbündnis mit der Türkei im Krieg gegen den IS ungeachtet der Tatsache, dass der größte Feind der Türkei im Konflikt nicht der IS ist (den die Türkei sogar unterstützt), sondern die Kurden in der Türkei, im Irak und in Syrien sowie Baschar al-Assad.

Die Türkei trägt den Krieg nach Syrien

Die Regierung Erdoğan bombardiert nach wie vor die kurdischen Streitkräfte in Syrien, also genau die Kräfte, die sich als einzig wirksamer Verbündeter der von den USA angeführten Koalition im Kampf gegen den IS erwiesen haben. Es ist sogar von einer Invasion türkischer Bodentruppen in die Kurdengebiete Syriens die Rede, was einen Krieg mit Russland auslösen könnte, der unabsehbare Folgen für die Region und die Welt hätte. Das Schicksal der Kurden hängt daher weitgehend davon ab, dass die Menschen in der übrigen Welt die Regierungen und internationalen Institutionen auffordern, ihre Politik gegenüber der Türkei zu ändern und sich für die bedrängten Kurden einzusetzen.

Die Haltung zu den Friedensgesprächen

Unser letztes Treffen fand in Form eines Runden Tisches mit etwa fünfzig kurdischen und türkischen Intellektuellen, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Wissenschaftlern statt. Einige von ihnen stellten die dringende Notwendigkeit der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen heraus, während andere verzweifelt darauf hinwiesen, dass diese obsolet seien, wenn Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt würden.

Die Entschließung

In Anbetracht der Lage beschließen wir, die Unterzeichner und Mitglieder der Internationalen Friedensdelegation, Folgendes:

- Wir fordern die türkische Regierung und Abdullah Öcalan auf, den Friedensprozess unverzüglich wieder in Gang zu setzen. Im Dezember 2012 erklärte der ehemalige Erzbischof Desmond Tutu als Vorsitzender des von Nelson Mandela eingesetzten Ältestenrates in einem persönlichen Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, dass »Frieden besser ist als Krieg«, und appellierte an den Ministerpräsidenten, die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan wieder aufzunehmen.

- Wir fordern die bedingungslose Freilassung Abdullah Öcalans als entscheidendem Akteur aus dem Gefängnis, um echte Friedensverhandlungen zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu ermöglichen und ihn in die Lage zu versetzen, den ihm zustehenden Platz am Verhandlungstisch für die langfristige Lösung der kurdischen Frage in der Türkei und die Demokratisierung der Türkei einzunehmen.

- Wir fordern die türkische Regierung auf, für gleiche Voraussetzungen bei den Verhandlungen zu sorgen und in diesem Zusammenhang unter anderem das Verbot der PKK und weiterer Organisationen aufzuheben, alle politischen Gefangenen freizulassen und im Exil lebenden Personen zwecks Teilnahme am Friedensprozess die Rückkehr in die Türkei zu gestatten.

- Wir beschließen, uns bei unseren jeweiligen Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen dafür einzusetzen, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit diese unverzüglich den Friedensprozess wieder in Gang setzt, und in den Ländern, in denen die PKK auf der Liste der terroristischen Organisation steht und Abdullah Öcalan als Terrorist gilt, Druck auf die entsprechenden Regierungen auszuüben, um dafür zu sorgen, dass sie nicht mehr als terroristische Organisation bzw. Terrorist geführt werden, da es sich bei ihnen nach den einschlägigen Menschenrechtsinstrumenten um eine Befreiungsbewegung bzw. einen Freiheitskämpfer handelt.

- Wir fordern die internationalen Menschenrechtsorganisationen auf, unverzüglich die von den türkischen Behörden gegenüber der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten begangenen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und festzustellen, ob es sich bei diesen Menschenrechtsverletzungen um Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und/oder einen Verstoß gegen das Genfer Abkommen handelt.

- Wir fordern das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) auf, Abdullah Öcalan so rasch wie irgend möglich auf der Gefängnisinsel Imralı zu besuchen, um den Verstoß gegen seine Rechte nach dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als politischer Gefangener zu untersuchen, und zwar im Hinblick auf die Frage, ob (i) sein Recht auf Zugang zu seinen Rechtsbeiständen in den letzten fünf Jahren verletzt wurde, (ii) sein Recht auf Zugang zu seinen Familienangehörigen in den letzten 14 Monaten verletzt wurde, (iii) sein Recht, nicht völlig von sozialen Kontakten isoliert zu werden, für einen unbekannten Zeitraum verletzt wurde, und (iv) sein Recht auf Zugang zu Ärzten bzw. ärztlicher Behandlung verletzt wurde. Das CPT wird aufgefordert, nach seinem Besuch gegenüber dem Europarat, der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan und seinen Anwälten unverzüglich über seine Feststellungen Bericht zu erstatten.

- Wir fordern die internationalen Wissenschaftsverbände auf, die Dissidenten unter den Wissenschaftlern in der Türkei im Interesse der Freiheit der Wissenschaft moralisch, materiell, physisch und wissenschaftlich zu unterstützen.

- Wir fordern die Mitglieder unserer Delegation auf, den vorliegenden Bericht an möglichst viele Staatschefs, Außenminister, Botschafter, Regierungsvertreter, elektronische Medien und Printmedien, Menschenrechtsorganisationen und nicht-staatliche Organisationen in unseren jeweiligen Ländern weiterzuleiten.

Die Unterzeichner:

Andrej Hunko, MdB, Europapolitischer Sprecher, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates, Aachen (Deutschland)

Dimitri Roussopoulos, Mitbegründer des Transnational Institute for Social Ecology, Montreal, Quebec (Kanada)

Eirik Eiglad, Autor und Verleger, New Compass Press, Norwegen

Dr. Elly Van Reusel, Ärztin (Belgien)

Richter Essa Moosa (Delegationsleiter), Internationale Friedens- und Versöhnungsinitiative (Südafrika)

Federico Venturini, Fakultät für Geographie, University of Leeds, Mitglied des Beirats des Transnational Institute for Social Ecology (Großbritannien)

Francisco Velasco, Kulturminister a. D. (Ecuador)

Janet Biehl, freie Autorin, Mitglied des Beirats des Transnational Institute for Social Ecology (USA)

Joe Ryan, Vorsitzender der Westminster Justice and Peace Commission (Großbritannien)

Dr. Thomas Jeffrey Miley, Dozent für politische Soziologie, Cambridge University (Großbritannien)

Der EU-Türkei-Deal zur Abwehr von Geflüchteten

Offenbarungseid der EU

Andrej Hunko, MdB

Mit dem EU-Türkei-Deal zur Abschottung der Europäischen Union gegen Flüchtlinge hat diese endgültig ihre Maske des Menschenrechtsdiskurses fallen lassen. Sie macht mit dem AKP-Regime des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan einen Akteur zum »Türsteher« der EU, der konträrer zu den vorgeblich verteidigten Grundrechten kaum sein kann. Und dieser scheint seine neue Rolle als Handlanger der EU vollends auszukosten.

Bereits seit Herbst vergangenen Jahres arbeiteten Vertreter/innen der EU-Regierungen und allen voran die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel an einer vermeintlichen Lösung der »Flüchtlingskrise« mit Hilfe der Türkei. Zuvor hatten sich die Bewertungen der Lage in dem Land insbesondere nach der Aufkündigung des Friedensprozesses durch die Regierung zunehmend kritischer gestaltet. Sowohl die deutsche Bundesregierung als auch die so genannten Fortschrittsberichte im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der EU äußerten sich zunehmend kritisch zu den Entwicklungen in der Türkei. Dies änderte sich schlagartig, als sich die EU im Sommer 2015 mit stark anwachsenden Zahlen Schutzsuchender vor allem in Folge des Krieges in Syrien konfrontiert sah. Denn nach der anfänglich hochgejubelten Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten suchte vor allem Deutschland nach einer Möglichkeit, die Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren, möglichst ohne die offenen Binnengrenzen der EU dauerhaft zu schließen – ein Szenario, das vor allem Wirtschaftsvertreter mit Klagen über die enormen Kosten für den innereuropäischen Handel auf den Plan rief. Die »Lösung« für dieses Problem bot sich in der Türkei. Denn während die meisten Fluchtrouten in die EU verschlossen waren (und bis heute sind), ist die Route über die Türkei, Griechenland und die Balkan-Länder lange Zeit die einzige Möglichkeit für Schutzsuchende gewesen, in die EU zu gelangen. Legale Einreisewege sind ohnehin für die allermeisten Menschen versperrt.

Andrej Hunko ist Mitglied des Deutschen Bundestags und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für die Partei Die Linke.

So kam es, dass die Türkei im Herbst urplötzlich eine enorme diplomatische Aufwertung erfuhr: Zunächst reiste Bundeskanzlerin Merkel im Oktober nach Istanbul, um Präsident Erdoğan zu treffen – und ihm damit im Wahlkampf unter die Arme zu greifen. Am 29. November 2015 rollten dann die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten der türkischen Regierung in Brüssel den roten Teppich aus. Beim ersten EU-Türkei-Gipfel, der von nun an zwei Mal pro Jahr stattfinden soll, konnte Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu auf Augenhöhe mit seinen europäischen Partnern verhandeln und musste nicht als Bittsteller daherkommen. Ganz im Gegenteil: Seither ist es die Türkei, die die Forderungen stellt, und die EU, die klein beigibt. So kam es bereits im November vergangenen Jahres zu einer Übereinkunft, die die deutsche Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl einen »Deal auf Kosten der Menschenrechte«[1] nannte. Diese formell »EU-Türkei-Aktionsplan« genannte Übereinkunft sah vor, dass die Türkei zum Türsteher der EU wird, indem sie ihre Grenzen besser kontrolliert und Flüchtende davon abhält, den gefährlichen Weg vor allem über das Mittelmeer in die EU anzutreten. Im Gegenzug sollte sie zunächst drei Milliarden Euro erhalten – formell allein zur Versorgung der syrischen Flüchtlinge gedacht – und die EU-Beitrittsverhandlungen sollten intensiviert werden. Tatsächlich wurde in diesem Zuge dann im Dezember ein Kapitel zur Angleichung der Türkei an die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU eröffnet.[2] Parallel dazu militarisierte die EU ihre eigene Flüchtlingsbekämpfung. Im Rahmen der Operation EUNAVFOR-MED patrouillieren seit Sommer 2015 Kriegsschiffe der EU-Staaten im Mittelmeer und seit Beginn dieses Jahres ist auch die NATO in der Ägäis präsent, um

1 »Zwei Wochen danach: Die ersten fatalen Folgen des EU-Türkei-Deals«; https://www.proasyl.de/news/zwei-wochen-danach-die-ersten-fatalen-folgen-des-eu-tuerkei-deals/; 11.12.2015.

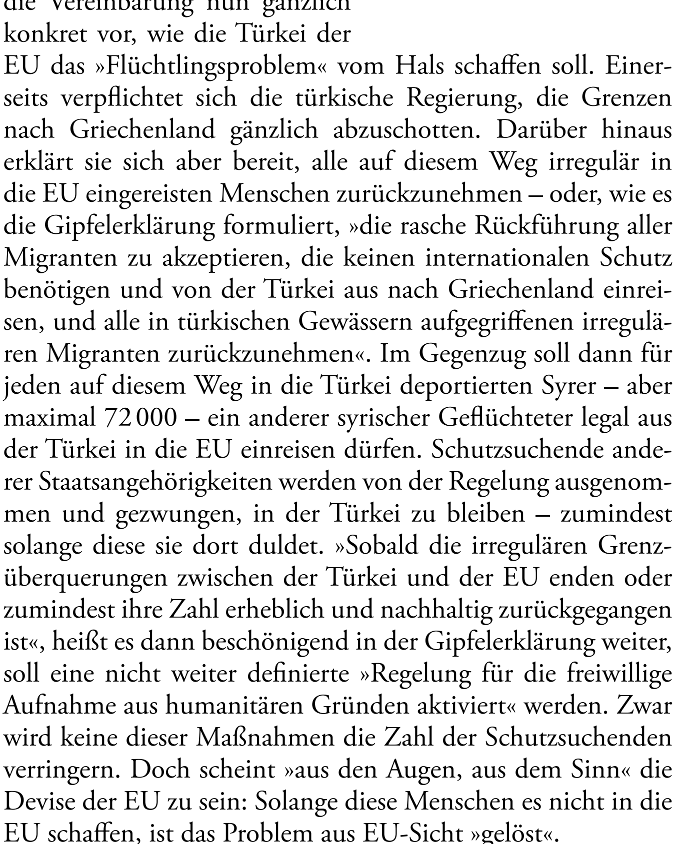
2 »Ein neues Kapitel«; http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-ein-neues-kapitel-1.2781961; 14.12.2015.

in Schiffen und Booten ankommende Menschen zurück in die Türkei zu verfrachten.



Die lokale aufständische Bevölkerung soll aus Nordkurdistan vertrieben werden, indem ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Ganze Stadtviertel sind bereits vollständig zerstört worden. Foto: Hinrich Schultze

Wirklich abschließend wurde der EU-Türkei-Deal dann aber erst beim EU-Gipfel am 18. und 19. März in Brüssel besiegelt. Weitgehend an den anderen EU-Mitgliedsländern vorbei hatte Deutschland mit der Türkei ein abschließendes Abkommen verhandelt, das dann schließlich mit einigen Änderungen, doch dem Charakter nach identisch, verabschiedet wurde. Es ähnelt dem im November vereinbarten »Aktionsplan«, geht aber wesentlich weiter. Und das nicht allein, weil sich die der Türkei für ihre Dienste versprochene Summe auf inzwischen sechs Milliarden Euro verdoppelt hat. Auch sieht die Vereinbarung nun gänzlich konkret vor, wie die Türkei der EU das »Flüchtlingsproblem« vom Hals schaffen soll. Einerseits verpflichtet sich die türkische Regierung, die Grenzen nach Griechenland gänzlich abzuschotten. Darüber hinaus erklärt sie sich aber bereit, alle auf diesem Weg irregulär in die EU eingereisten Menschen zurückzunehmen – oder, wie es die Gipfelerklärung formuliert, »die rasche Rückführung aller Migranten zu akzeptieren, die keinen internationalen Schutz benötigen und von der Türkei aus nach Griechenland einreisen, und alle in türkischen Gewässern aufgegriffenen irregulären Migranten zurückzunehmen«. Im Gegenzug soll dann für jeden auf diesem Weg in die Türkei deportierten Syrer – aber maximal 72 000 – ein anderer syrischer Geflüchteter legal aus der Türkei in die EU einreisen dürfen. Schutzsuchende anderer Staatsangehörigkeiten werden von der Regelung ausgenommen und gezwungen, in der Türkei zu bleiben – zumindest solange diese sie dort duldet. »Sobald die irregulären Grenzüberquerungen zwischen der Türkei und der EU enden oder zumindest ihre Zahl erheblich und nachhaltig zurückgegangen ist«, heißt es dann beschönigend in der Gipfelerklärung weiter, soll eine nicht weiter definierte »Regelung für die freiwillige Aufnahme aus humanitären Gründen aktiviert« werden. Zwar wird keine dieser Maßnahmen die Zahl der Schutzsuchenden verringern. Doch scheint »aus den Augen, aus dem Sinn« die Devise der EU zu sein: Solange diese Menschen es nicht in die EU schaffen, ist das Problem aus EU-Sicht »gelöst«.



Bereits im Vorfeld des Märzgipfels war der EU-Türkei-Deal kritisiert worden, weil er nach Ansicht verschiedener Organisationen und Institutionen massiv gegen die Grundrechte der schutzsuchenden Menschen verstößt. Als erste Details bekannt wurden, warnte beispielsweise der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, dass pauschale Abweisungen Geflüchteter »schlicht illegal«[3] sind, und forderte nach der Verabschiedung des Abkommens »legale Sicherheitsklauseln« wie die Bindung an internationales und europäisches Recht, um das verbotene Refoulement (Zurückweisen) und Kollektivausweisungen auszuschließen[4]. Diese Klauseln müssten nicht nur für Syrerinnen und Syrer gelten, sondern für alle Menschen, die in Griechenland ankommen, forderte Muižnieks. Ähnlich äußerte sich der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi.[5] Pro Asyl nannte den Deal trotz einiger Nachbesserungen einen »Frontalangriff auf das Asylrecht«.[6] Dass sich die Türkei, die die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit Ausnahmen unterzeichnet hat, an das

---

3 »Diese Pläne sind schlicht illegal«; https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-fluechtlingskrise-101.html; 16.03.2016.

4 »The implementation of the EU-Turkey deal must uphold human rights«; http://www.coe.int/de/web/commissioner/-/the-implementation-of-the-eu-turkey-deal-must-uphold-human-rights; 21.03.2016.

5 »Asylum safeguards must prevail in implementation«; http://www.unhcr.org/56ec533e9.html; 18.03.2016.

6 »Trotz Nachbesserungen: Der EU-Türkei-Deal verstößt gegen fundamentale Menschenrechte!«; https://www.proasyl.de/news/trotz-nachbesserungen-eu-tuerkei-deal-verstoesst-gegen-fundamentale-menschenrechte/; 17.03.2016.

Refoulement-Verbot halte, sei »reines Wunschdenken«, wie auch ein Rechtsgutachten bestätige, das der Asylrechtsexperte Reinhard Marx für Pro Asyl erstellt hat. Amnesty International nannte das Abkommen einen »historischen Schlag« (historic blow) gegen Grundrechte.[7]

Dass auch diese Organisationen, die nicht unbedingt für allzu scharfe Wortwahl bekannt sind, derartige Töne anschlagen, hat seine berechtigten Gründe. Denn in der Tat ist das Abkommen, das über die Achse Berlin-Ankara zustande gekommen ist, nicht nur ein offener Bruch mit jenen viel beschworenen »europäischen Werten«, mit denen sich die EU in der Regel zu brüsten sucht. Es bricht auch mit internationalem Recht sowie den Menschenrechten. Denn durch den Deal wird die Türkei als sicheres Herkunftsland und als sicherer Drittstaat behandelt, was dazu führt, dass einerseits türkische Staatsbürger/innen – und damit auch verfolgte Kurd/innen – kaum Chancen haben, in der EU Asyl zu bekommen. Andererseits erlaubt es aber eben auch der EU, über die Türkei in die EU eingereiste Schutzsuchende wieder dorthin zurück zu bringen. Doch hat die Türkei nicht nur die Genfer Flüchtlingskonvention lediglich für europäische Staatsbürger ratifiziert; auch ist hinlänglich bekannt, dass Geflüchteten ihre Rechte verwehrt werden, sie misshandelt und teilweise in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, aus denen sie geflohen waren. Zuletzt hat Amnesty International derartige Fälle im Dezember 2015 anhand von syrischen Flüchtlingen dokumentiert.[8]

Darüber hinaus gibt das Abkommen aber auch der türkischen Regierung einen Blankoscheck für ihre Politik gegen die kurdische Bevölkerung und politische Gegner. Denn während Erdoğan und Davutoğlu gemeinsam mit ihren europäischen Partnern in die Kameras lächeln, erlebt die Türkei eine der heftigsten Repressionswellen gegen Oppositionelle seit Langem. Seit Monaten gehen Militär und Polizei mit äußerster Brutalität unter dem Vorwand des Kampfes gegen die PKK gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten des Landes vor. Hunderte Zivilistinnen und Zivilisten wurden bereits getötet, tausende verletzt oder verhaftet. Ganze Wohngebiete wurden zerstört und zehntausende Menschen zur Flucht gezwungen. Auch regierungskritische Medien sind weiter ins Visier der Regierung geraten; zahlreiche Journalisten wurden verhaftet und mit Prozessen überzogen, ganze Medien durch staatliche Stellen übernommen. Bekanntestes Beispiel dieser Verfolgung sind die Übernahme der Zeitung Zaman und der Prozess gegen Can Dündar und Erdem Gül von der Zeitung Cumhuriyet. Ihnen drohen hohe Haftstrafen, weil sie über die Unterstützung des »Islamischen Staates« (IS) durch die türkische Regierung berichtet hatten. Und inzwischen scheint der lange Arm Erdoğans sogar bis nach Deutschland zu reichen: Nach einem satirischen Beitrag der Fernsehsendung extra3 über den türkischen Präsidenten wurde kurzum der deutsche Botschafter einbestellt und die deutsche Bundesregierung hüllte sich in vielsagendes »lautes Schweigen«. Im Fall des »Schmähgedichts« von Jan Böhmermann drängt das türkische Staatsoberhaupt gar auf Strafverfolgung *[was ihm inzwischen auch gewährt wird; Anm. d. Red.]*.

Trotz dieser Entwicklungen hält die deutsche Bundesregierung daran fest, die Türkei angesichts ihrer »Schlüsselrolle« zu einem Partner zu machen und in der Konsequenz bei deren Menschenrechtsverletzungen wegzuschauen. Völlig unverblümt verteidigt in diesem Zusammenhang Innenminister Thomas de Maizière das Vorgehen der Bundesregierung. An jene gerichtet, die eine kritischere Haltung der Regierung gegenüber der türkischen Regierung einfordern, sagte er ohne Umschweife: »Alle(n), die uns jetzt sagen, man muss die Türkei jetzt von morgens bis abends kritisieren, (denen) rate ich jetzt mal, dies nicht fortzusetzen. Wir haben einen Interessenausgleich mit der Türkei vor uns. Wir haben Interesse, die Türkei hat Interesse, das ist ein wichtiger Punkt.«[9] Und weiter: »Natürlich sind in der Türkei Dinge entstanden, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie dass sie die illegale Migration unterbindet, da muss man auch Verständnis dafür haben, dass es dann im Wege des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.« Dafür müsse man nun »einige Wochen ein paar harte Bilder aushalten«, der Ansatz sei aber richtig.[10]

Präsident Erdoğan scheint das unterdessen voll auszukosten, weiß er doch um die neu gewonnene starke Position gegenüber der EU. Laut dem Protokoll eines Gesprächs mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk im November sagte er den EU-Vertretern unverhohlen: »Wir können die Türen nach Griechenland und Bulgarien jederzeit öffnen, und wir können die Flüchtlinge in Busse stecken.«[11] Aus dieser Position heraus erschließt es sich leicht, warum Erdoğan sich derzeit so ziemlich alles leisten kann, ohne mit ernsthafter Kritik oder gar Konsequenzen rechnen zu müssen – Krieg gegen die eigene Bevölkerung inklusive. Für die EU und Angela Merkel, die »Architektin« des Deals, ist diese Situation ein Offenbarungseid. ♦

7 »EU-Turkey refugee deal a historic blow to rights«; https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/03/eu-turkey-refugee-deal-a-historic-blow-to-rights/; 18.03.2016.

8 »Turkey: EU risks complicity in violations as refugees and asylum-seekers locked up and deported«; https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/12/turkey-eu-refugees-detention-deportation/; 16.12.2015.

9 »Flüchtlingsfrage gegen Kurdenfrage«; http://www.heise.de/tp/news/Fluechtlingsfrage-gegen-Kurdenfrage-3096282.html; 06.02.2016.

10 »Müssen jetzt ein paar harte Bilder aushalten«; http://www.welt.de/politik/deutschland/article154124619/Muessen-jetzt-ein-paar-harte-Bilder-aushalten.html; 07.04.2016.

11 »Erdogan drohte der EU mit Grenzöffnung«; http://www.welt.de/politik/ausland/article152140709/Erdogan-drohte-der-EU-mit-Grenzoeffnung.html; 11.02.2016.

Die seit 21 Jahren währende Suche der »Samstagsmütter« nach ihren verschwundenen Angehörigen

Die Verweigerung des Vergessens in Zeiten verordneter Amnesie

Ali Çiçek, Journalist

Anlässlich der Jahrtausendwende nahm der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano das »niemals proklamierte Recht zu phantasieren« in Anspruch und richtete seinen Blick auf eine andere, eine gerechte Welt. Eine Welt, »in der in Argentinien die Verrückten von der Plaza de Mayo ein Vorbild für geistige Gesundheit sein werden, weil sie sich weigern zu vergessen in den Zeiten der verordneten Amnesie«. Diese von Galeano als verrückt Bezeichneten sind argentinische Mütter, deren Töchter und Söhne unter der faschistischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983 entführt, gefoltert, ermordet wurden und letztlich unter ungeklärten Umständen »verschwanden«. Seit dem 30. April 1977 halten die »Mütter des Platzes der Mairevolution« einmal wöchentlich am Donnerstagnachmittag eine Protestkundgebung ab auf dem zentralen Platz in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires.

So wie fast der gesamte lateinamerikanische Kontinent in den 1970er und 1980er Jahren von durch die USA direkt unterstützten faschistischen Militärinterventionen und -putschen gekennzeichnet war, lassen sich auch in der Türkei und in Nordkurdistan bei einer Betrachtung der letzten fünfzig Jahre systematische Menschenrechtsverletzungen und -verbrechen feststellen. In diesem Kontext sind insbesondere zwei historische Momente von Bedeutung: der Militärputsch vom 12. September 1980 und der von Seiten des türkischen Staates praktizierte »schmutzige Krieg« angesichts der zunehmenden Verankerung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der kurdischen Gesellschaft in den 1990er Jahren.

Das gewaltsame Verschwindenlassen politischer Gegner

Mit dem Ziel einer Restaurierung des kemalistischen Regimes und eines Übergangs in die neoliberale Ordnung hat im Jahr 1980 das türkische Militär den Staatsapparat an sich gerissen und insbesondere gegen die linke Bewegung eine Repressions- und Folterwelle eingeleitet. In dieser Phase wurden tausende Menschen entführt, gefoltert und anschließend ermordet. Die meisten Leichname gelten bis heute als verloren und »verschwunden«. In den Jahren 1980–84, in denen die Türkei de facto von der Militärjunta verwaltet wurde, hat sich der Staat des Terrors und der Gewalt bedient, um eine fügsame, apolitische Gesellschaft zu gestalten. Zu dieser Zeit hat die kurdische Bewegung einen bewaffneten Widerstand begonnen, der in den 1990er Jahren die Unterstützung von Millionen Menschen fand. Insbesondere in den Hochzeiten des schmutzigen Krieges zwischen 1991 und 1996 ließ man tausende Kurdinnen und Kurden unter dem Vorwand der Sympathie mit der kurdischen Bewegung oder der Mitgliedschaft »verschwinden«.

Jede Woche die Geschichte eines Verschwundenen

Mit dem Fortdauern der Menschenrechtsverletzungen und der Entführung von Menschen am helllichten Tag nahmen auch die Stimmen aus der Zivilgesellschaft gegen diese Praktiken zu.

Eine dieser Stimmen war diejenige der anfangs so genannten »Samstagsmenschen«, mehrheitlich Frauen. Die Anwesenheit der Mütter, die nach dem Schicksal ihrer Kinder fragten, führte letztlich dazu, dass an diese Gruppe als »Samstagsmütter« gedacht wurde. Es war kaum vorhersehbar, in welchem Maße in einem politischen Regime, das auf Gewalt und kollektiven Rechtsverletzungen basierte, mit demokratischen Aktionen politische Wirkung zu erzielen sei und Widerhall in der Gesellschaft finden würde. Trotzdem sind am 27. Mai 1995 Familien, die ihre Angehörigen verloren hatten, und Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler am Istanbuler Galatasaray-Platz zusammengekommen und haben eine Gedenkkundgebung abgehalten.

Die Schriftstellerin und Menschenrechtlerin Ayşe Günaysu berichtet über den Beginn des Zusammentreffens: »Als Hasan verschwand, hat die Ocak-Familie mit einer bis dahin unvergleichlichen Entschiedenheit protestiert. Alle Familien-

mitglieder und die Mutter haben das System buchstäblich wie Tiger angegriffen. Der Vater Ocak eröffnete das Pressetreffen mit den Worten ›Willkommen zur Hochzeit meines Sohnes‹. Die Mutter Nadire erzählte auf dem Pressetreffen so schockiert über das Erlebte, dass niemand seine Tränen zurückhalten konnte. ›Setzen wir uns jeden Samstag zur selben Zeit auf dem Galatasaray-Platz schweigend hin‹, haben wir uns gesagt. Ich erinnere mich nicht genau, wessen Idee es war; vielleicht von Nadire, vielleicht von jedem ein Teil. Eine/r sagte ›lasst uns setzen‹, jemand anderes ›in Galatasaray‹, ›jede Woche‹ und jemand anderes ›schweigend‹. Lautlos, schweigend war unser Prinzip. Nachdem wir eine halbe Stunde gesessen hatten, wurde eine Presseerklärung verlesen. Eines unserer wichtigsten Prinzipien war Unabhängigkeit. Es sollte kein Plakat oder Emblem einer Partei da sein. Keine Parolen sollten gerufen werden. Jede Woche sollte die Geschichte eines Verschwundenen erzählt werden. Ich sehe immer noch die Gesichter von Vater Ocak, Emine Ocak, Hüseyin Ocak und Maside Ocak vor mir, wie sie jeden Samstag bei uns saßen. Die Istanbul-Sektion des Menschenrechtsvereins IHD war von Beginn an an unserer Seite. Die Vereinsfunktionäre, Mitglieder und Aktivisten haben an den Zusammentreffen teilgenommen. Wir haben uns den Namen Samstagsmütter nicht selbst gegeben. Denn es gab nicht nur Mütter. Es gab männliche wie weibliche Angehörige von Verschwundenen. Doch den Menschen, die auf dem Platz saßen, wurde der Name ›Samstagsmütter‹ gegeben und die Öffentlichkeit wurde durch die Bezeichnung ›Mutter‹ emotional ergriffen und hat diesen Namen letztlich angenommen.«

Für ein kollektives historisches Gedächtnis

Wie die »Mütter des Platzes der Mairevolution« haben auch die Samstagsmütter, die jeden Samstag bei ihrer Sitzaktion die Porträts ihrer Angehörigen in ihren Händen halten, zwei Hauptforderungen: erstens die Forderung nach vertrauens-



»Die am längsten andauernde Aktion zivilen Ungehorsams in der Türkei begann am 27. Mai 1995 mit der Sitzaktion der Familie und der Rechtsvertreter des durch Folter ermordeten Lehrers Hasan Ocak auf dem Galatasaray-Platz. Der Familie von Hasan Ocak schloss sich dann die Familie von Rıdvan Karakoç an, dessen Leichnam die Familie erhielt, nachdem er für einige Zeit verschwunden gewesen und zu Tode gefoltert worden war.« Foto: DIHA

würdigen und klaren Informationen über das, was dem Opfer widerfahren ist. Das bedeutet auf der einen Seite die Forderung nach der Rückgabe ihrer Kinder vom Staat – tot oder lebend – und auf der anderen Seite wird versucht, diese Menschenrechtsverletzungen im kollektiven Gedächtnis lebendig zu halten. Die zweite Forderung betrifft die Feststellung der Täter und die Einleitung eines Prozesses, in dem die Staatspolitik und die unbestraften Täter bestraft werden sollen. Diese Verweigerung des Vergessens durch die Samstagsmütter ist nicht auf Istanbul begrenzt geblieben, sondern hat sich auch auf Städte mit den höchsten »Verschwundenen-Raten« wie Amed (Diyarbakır) und Şirnex (Şırnak) ausgebreitet.

Die am längsten andauernde Aktion zivilen Ungehorsams in der Türkei

Die am längsten andauernde Aktion zivilen Ungehorsams in der Türkei begann am 27. Mai 1995 mit der Sitzaktion der Familie und der Rechtsvertreter des durch Folter ermordeten Lehrers Hasan Ocak auf dem Galatasaray-Platz. Der Familie von Hasan Ocak schloss sich dann die Familie von Rıdvan Karakoç an, dessen Leichnam die Familie erhielt, nachdem er für einige Zeit verschwunden gewesen und zu Tode gefoltert worden war. Die beim ersten Zusammentreffen dreißig Menschen zählende Gruppe wuchs mit jeder folgenden Woche. Später sollten sich Tausende am Galatasaray-Platz versammeln. Die Presse gab der Gruppe, die jeden Samstag auf dem Platz eine Sitzaktion durchführte, den Namen »Samstagsmütter«. Die Gruppe nahm den Namen an und begann sich selbst Samstagsmütter zu nennen.

Die folgenden Entwicklungen beschreibt wieder Ayşe Günaysu: »In den Augen der Öffentlichkeit war für uns Glaubwürdigkeit sehr wichtig. Wir forderten wirklich nur Rechenschaft für die nach der Festnahme verschwundenen Menschen; wir versuchten zu erklären, dass es sich um so schwere Menschenrechtsverletzungen handelt, die sich nicht für politische Zwecke instrumentalisieren ließen. Dann begann der Angriff der Polizei. Die Intervention wurde gestoppt, als das Lied von Sezen Aksu, das sie der Aktion widmete, im Fernsehen ausgestrahlt wurde. In dieser Zeit parkte der Bus des Polizeipräsidiums genau neben uns und machte laute Ansagen. Sie erklärten, dass es so etwas wie ›Verschwindenlassen‹ nicht gebe, dass die Verschwundenen sich illegalen Gruppen angeschlossen hätten, dass der Staat mit den Familien der Verschwundenen in Kontakt stehe; sie riefen dazu auf, mit dem Staat zu kooperieren. Aber später begann die Gewalt. Jede Woche gab es gewalttätige Festnahmen. Sie zogen so viele Polizisten für kaum eine Handvoll Menschen zusammen, die nicht einmal Parolen riefen; es war eine lächerliche und surreale Szene.«

Die Samstagsmütter mussten nicht lange auf Repressionen von Seiten des Staates warten. Im August 1998 begann die Polizei, das Zusammentreffen mit Knüppeln und Tränengas anzugreifen. Diese Angriffe endeten mit Festnahmen und die Angehörigen der Verschwundenen mussten oft eine Samstagnacht auf der Polizeiwache verbringen. Eine der ersten Aktivistinnen war die Frauenrechtlerin Nimet Tanrıkulu. Sie erinnert sich an die beschriebenen Jahre: »Die ersten vier Jahre war mit 200 Wochen unsere am längsten dauernde Aktion. Es gab tausende Namen *[von Verschwundenen]*, die wir gesammelt hatten. Das Verschwindenlassen eines Menschen in einer unter Belagerung stehenden gedächtnislosen Gesellschaft ist der letzte Punkt, der in der Foltergeschichte erreicht werden kann. Mit dem Wissen, dass unser Erlebtes nicht nur auf unser heutiges Leben begrenzt ist, war ein wahrhaftes Zeugnis notwendig angesichts des Versuchs, eine gedächtnislose Gesellschaft zu schaffen, sowie eine Verfolgung der zurückgelassenen Spuren, damit unsere Verschwundenen nicht für immer verschwunden sind und wir uns mit all den Geschehnissen konfrontieren, um Menschen zu bleiben. Die Samstagsmütter waren in gewisser Weise Zeugen. Die schwere und schmerzvolle Seite von Zeugenschaft ist, dass beim Erzählen des Erlebten das Herz alles tausendfach wieder fühlt. Wir haben die Folter, die wir beim Militärputsch am 12. September erlebten, als ›grauenhaftes Menschenverbrechen‹ bewertet. Doch der Schmerz, den wir fühlten, als wir aus dem Gefängnis kamen und erfuhren, dass unsere Freunde, mit denen wir gemeinsam gefoltert worden waren, getötet oder auch in die Liste der Verschwundenen aufgenommen worden waren, war unbeschreiblich. Auch wenn es schwer ist, von der Tragödie des Verschwindenlassens zu erzählen, musste man angesichts der Nichterinnerung der erlebten Grausamkeit immer wieder davon erzählen, um das Vergessen zu verhindern.«

»Ein Teil dieser Frauen sind heute ganz andere Frauen geworden«

Nimet Tanrıkulu berichtet über die Annäherungsweise des Staates in den ersten Jahren der Aktion: »Wir waren nicht viele. (…) Wir wurden bei den Sitzaktionen der Samstagsmütter jeden Samstag um zwölf Uhr von Neuem mit Knüppeln angegriffen, festgenommen und verhaftet. Ich erinnere mich nicht einmal mehr, wie oft ich festgenommen wurde. Auch an die Zahl der Verfahren kann ich mich nicht erinnern. (…) Auch wenn anfangs von den ›Samstagsmenschen‹ gesprochen wurde, waren es Frauen, die aufgrund ihrer Identität als Mutter politisch aktiv wurden, um ihre Angehörigen zu suchen. Ein Teil dieser Frauen sind heute ganz andere Frauen geworden.«

Als die Polizeiangriffe nicht aufhörten, verkündeten die Samstagsmütter am 13. März 1999 beim 203. Zusammen-

treffen, mit der Sitzaktion vorerst aufzuhören. Am 31. Januar 2009 haben sie wieder mit ihren Aktionen angefangen.

Was passierte nun in dieser »aktionslosen« Zeit? Nimet Tanrıkulu: »Die Verhinderungen, die am 15. August 1998 in der 170. Woche begannen, hielten dreißig Wochen an. Uns wurde verboten, am Galatasaray-Platz zu sitzen. Eine Presseerklärung, in der auf die Verfassung und die von der Türkei unterschriebenen Verträge über grundlegende Rechte und Freiheiten hingewiesen werden sollte, wurde von den Sicherheitskräften mit Gewalt verhindert. Insgesamt 431 Menschen wurden für mehrere Stunden bis zu fünf Tage festgenommen,



»Wir haben uns den Namen Samstagsmütter nicht selbst gegeben.«
Foto: DIHA

zusammengeschlagen und beleidigt. Frauen, die nicht lesen und schreiben konnten, wurden verurteilt, weil sie in ihren Zellen auf die Mauern geschrieben hätten. Weil die Mutter Emine Ocak den Baum, der für ihren Sohn Hasan Ocak gepflanzt worden war, streichelte und ›mein Sohn‹ sagte, wurde sie zusammen mit zehn weiteren Menschen festgenommen. Diejenigen, die als Kinder an den Sitzaktionen teilgenommen hatten, waren nun erwachsen, verheiratet und hatten Kinder. Es gab natürlich auch Sterbefälle von älteren Familienangehörigen. Berfo Ana, die ihren Sohn Cemil Kırbayır suchte, hat ihr Leben verloren, bevor sie seine Gebeine fand. Auch Hasan Ocak, einer der ersten Teilnehmer an der Sitzaktion, verlor sein Leben, bevor er sah, wie die Mörder seines Sohnes verurteilt wurden.«

Ayşe Günaysu zu den Ergebnissen der Aktion: »Ich denke heute darüber nach, dass damals unter den Bedingungen der staatlichen Gewalt in den 1990er Jahren nicht tausende Menschen aufgestanden sind. Wären wir zum Beispiel wie bei Gezi zu Tausenden auf die Straße gegangen, hätten die Zusammentreffen am Samstag geschützt werden können? Es wurde eine zehnjährige Pause eingelegt, doch es war interessant und beeindruckend, dass die Kampagnen gegen das Verschwindenlassen nicht schwächer wurden, sondern ganz im Gegenteil Erfolge erzielten und in breiten Kreisen der Gesellschaft Widerhall fanden. Und der Präsident, der die an den Sitzaktionen Teilnehmenden als ›Terroristen‹ beschimpfte, war gezwungen, sich mit Vertretern der Aktion zu treffen und sie anzuhören.«

»Sie sollen mir die Gebeine meines Sohnes geben«

Die Journalistin Müjgan Halis wusste bei ihrem Hausbesuch am 19. Februar 2013 nicht, dass es ihre letzten Worte sein sollten: Zwei Tage später verstarb Berfo Ana, ohne die sterblichen Überreste ihres Sohnes gefunden zu haben. Vor ihrem Abschied sagte sie: »Ich habe sechs Kinder geboren, drei Töchter und drei Söhne. Mein Sohn Cemil war ein Revolutionär. Immer wenn wir den Staat nach seinem Verbleib gefragt haben, wurde uns gesagt, er sei geflohen. Wir haben ihnen geglaubt. Ich habe 27 Jahre lang gedacht, mein Sohn wird eines Tages wiederkommen, bis vor sieben Jahren der ehemalige AKP-Abgeordnete Zafer Üskül erklärte, Cemil Kırbayır sei bei der Folter gestorben. Seitdem suche ich die sterblichen Überreste meines Sohnes. Er war furchtlos. Er hat in Qers (Kars) gearbeitet. Er hat sich gegen die Ausbeutung der Dorfbewohner aufgelehnt. Meinen Sohn haben die Polizisten namens Mehmet Hayta, Selçuk Ayyıldız und Zeki Tunçkolu ermordet. İsmail Kırbayır hat jahrelang ihre Verurteilung gefordert und ist schließlich im Jahr 1991 gestorben. Ich möchte nun sterben, aber ohne die Gebeine meines Sohnes gesehen zu haben und vor seinem Grab ein Gebet gesprochen zu haben, werde ich mit offenen Augen gehen. Der Ministerpräsident hatte mir versprochen, die Stelle zu finden, wo die Gebeine meines Sohnes begraben liegen. Ich erwartete, dass er sein Versprechen hält. Mein Wille ist, mich nicht zu begraben, falls ich sterben sollte, bevor der Ort gefunden wird, wo Cemil begraben liegt, meine Beerdigung nicht durchzuführen; ich will mit meinem Sohn in dasselbe Grab gelegt werden. Ich rufe diejenigen an, die meinen Sohn getötet haben; ich stehe kurz vor dem Tod, ich bitte inständig, sie sollen mir die Gebeine meines Sohnes geben.«

Im Mai 1998 trafen sich die Großmütter von der Plaza de Mayo aus Argentinien in Istanbul mit den Samstagsmüttern, die auf verschiedenen Kontinenten dasselbe Leid teilen. Ich hoffe, dass wir uns würdig erweisen, verrückt genannt zu werden, so wie die Samstagsmütter und die Mütter von der Plaza de Mayo verrückt genannt wurden, weil sie die Verrücktheit besaßen, das Vergessen in Zeiten der Zwangsamnesie zu verweigern. ♦

Unterwegs in Nordkurdistan

»... alles sei in Ordnung und wir sollten uns keine Sorgen machen«

Ein Reisebericht von Hinrich Schultze

Hinrich Schultze ist ein Hamburger Fotograf. Im März/April war er längere Zeit in Nordkurdistan unterwegs. Bilder von seinem Aufenthalt findet ihr in dieser Ausgabe. Weitere Fotografien u. a. aus Lateinamerika, Griechenland, aus St. Pauli oder über den Widerstand gegen die Atomindustrie findet ihr hier: http://www.dokumentarfoto.de

15.03.2016 | Wieder sind die ganze Nacht über Schüsse und schwere Explosionen zu hören. Irgendwann muss ich mal schlafen, aber wie kann man ruhig schlafen, wenn wenige hundert Meter entfernt Menschen sterben müssen.

Am Morgen steht fest, der Gefechtslärm kam nicht aus der Altstadt sondern aus dem Stadtteil Bağlar. Dort ist eine neue Ausgangssperre verhängt worden. Der Stadtteil ist umstellt, noch immer sind Schüsse zu hören. Es brennt, Rauchsäulen stehen am Himmel. Vor dem Gästehaus der Stadtverwaltung haben sich einige Jugendliche in Solidarität mit den eingeschlossenen Menschen in Bağlar versammelt. Schon nach wenigen Minuten hält ein schwarzes Panzerfahrzeug auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Aus dem Fahrzeuginneren und aus dem Geschützturm heraus werden die Jugendlichen mit Tränengasgranaten beschossen und auseinandergetrieben. Während ich etwas abseits an eine Fassadensäule gelehnt die Situation filme, sehe ich, wie sich der Beamte im Geschützturm in meine Richtung wendet. Auf dem Video ist das Mündungsfeuer zu sehen, 0,2 Sekunden später zündet die Tränengasladung mit einem gelben Feuerschein, eine kleine Rauchwolke verlässt den Geschützturm und nach 1,3 Sekunden knallt das Projektil neben meinen Kopf gegen die Säule. Bei einer Entfernung von 70 Metern ergibt sich eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 194 Stundenkilometern.

Immer wieder kommt es durch den Einsatz von Tränengasgranaten zu schweren, bisweilen tödlichen Verletzungen.

Da ich anscheinend so aussehe, als würde ich mich nicht richtig auskennen, erklärt mir einer der jungen Leute was man zum Überleben in ähnlichen Situationen wissen muss:

Schwarze Panzerfahrzeuge sind ungefährlich. Sie verschießen nur Tränengasgranaten.

Weiße Fahrzeuge sind gefährlich. Aus ihnen wird mit scharfer Munition geschossen.

Große Landrover sind noch gefährlicher. Sie sind zusätzlich mit einem schweren Maschinengewehr ausgestattet, damit werden große Löcher in Häuserwände geschossen.

Wenn man einem Polizisten oder Soldaten begegnet, muss man so tun, als sei er gar nicht vorhanden. Wenn man ihm versehentlich in die Augen schaut, ist die Gefahr groß, dass man sofort verhaftet wird.

Auf keinen Fall Atemfilter oder Gasschutzbrille verwenden. Damit werde ich zum Magnet für Kugeln aus allen Himmelsrichtungen. Für Polizei und Militär gelte ich automatisch als aktiver Kämpfer und begebe mich in schwere Lebensgefahr. Bei den Freunden von der anderen Seite mache ich mich als getarnter Zivilpolizist verdächtig.

19.03.2016 | Freitag waren wir zur Newroz-Feier in Êlih (Batman).

Das Fest war verboten, es kamen nur so viele wie bei einer Durchschnittsdemo in Hamburg.

Viele haben hier Angst und sagen, dieses Mal würden sie nicht teilnehmen.

Die Feier wurde immer wieder durch Wasserwerfer und mit unterschiedlichen Tränengasgeschossen angegriffen, die Menschen durch Zivilpolizei und Robocops eingeschüchtert.

Der durch die Kämpfe zerstörte Teil Sûrs ist noch immer hermetisch abgeriegelt.

Weiße Planen verbergen den Blick ins Innere des Viertels.

Die Mütter der Verschwundenen bemühen sich bisher vergebens, in dem aus der Stadt heraustransportierten Bauschutt nach den Überresten ihrer Verwandten suchen zu dürfen.

Einige der in den Kellern eingeschlossenen Menschen waren wahrscheinlich durch den Einsatz von Planierraupen verschüttet worden.

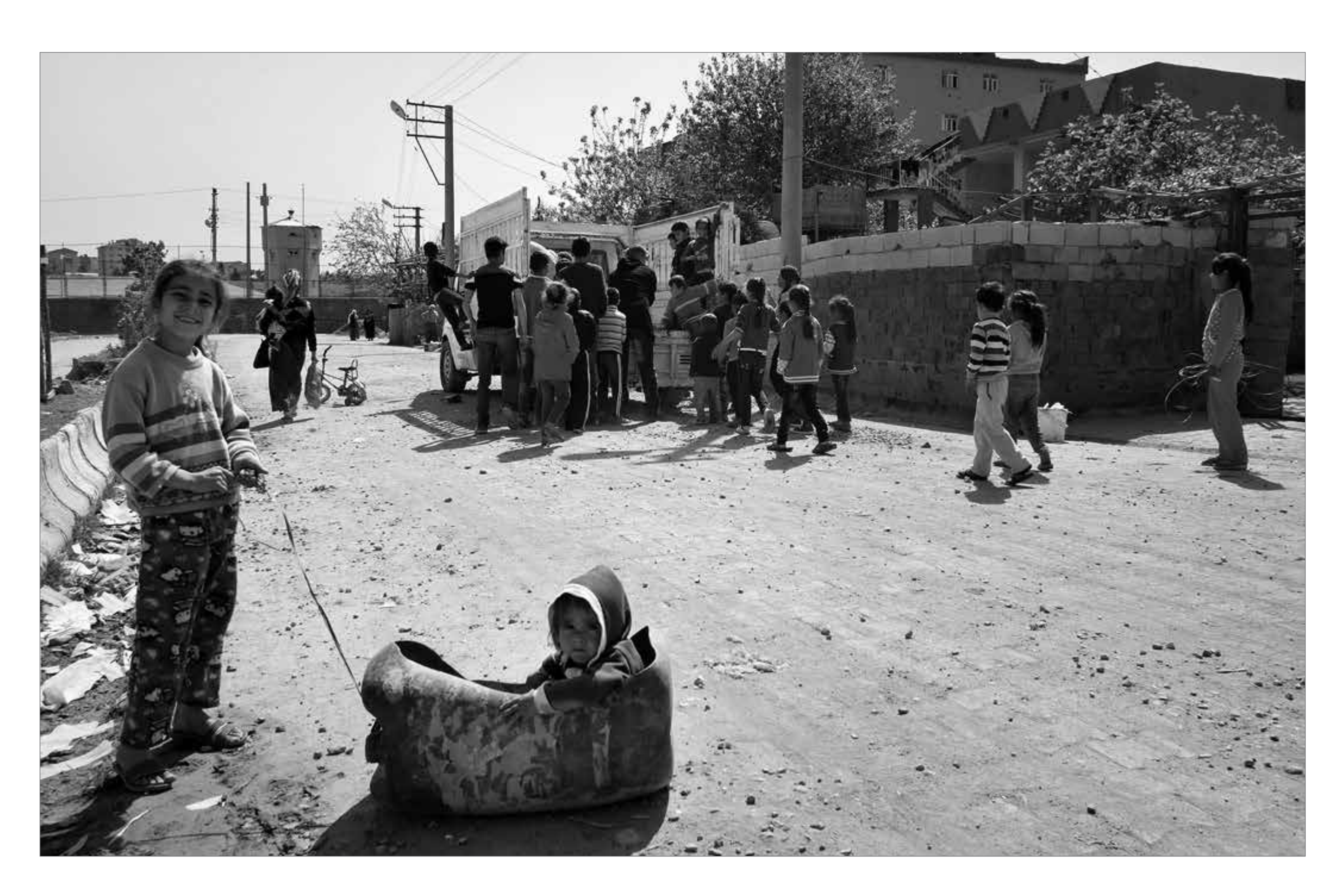
Morgens hatten sie sich noch per Handy gemeldet und um Hilfe gerufen, weil die Planierraupen immer näher kamen. Abends wurden dann wieder »deaktivierte«, also tote Terroristen präsentiert (rendered ineffective).

21.03.2016 | Gestern wollten wir zur Newroz-Feier nach Cizîr (Cizre).

50 Kilometer vor der Stadt ging es nicht mehr weiter. 25 Soldaten mit Heckler&Koch-G3-Gewehren versperrten die Straße und verursachten einen 5 Kilometer langen Verkehrsstau. Von den Seiten richteten 8 Maschinengewehrschützen die Mündungen ihrer Waffen auf uns. So ist leider kein Durchkommen.

Die Newroz-Feier in Amed (Diyarbakır) konnte wie geplant stattfinden.

Frühmorgens waren noch einige verunsichert, aber gegen Mittag sprach es sich wohl herum, dass es ein schönes Fest werden würde.



»Das Elend, welches der Staat verursacht hat, versuchen die Menschen in Eigenregie zu lindern. In den weniger vom Beschuss betroffenen Nachbarschaften rücken die Menschen zusammen, um Platz für die Vertriebenen zu machen. Die größte Not versucht die privat organisierte Rojava Solidarity and Aid Association abzufangen: 10 000 Menschen, die Haus oder Familienmitglieder in den Kämpfen verloren haben, werden mit gespendeten Lebensmitteln unterstützt. Ihre freiwilligen Baubrigaden versuchen die gröbsten Schäden an den Häusern zu reparieren.« Foto: Hinrich Schultze | http://www.dokumentarfoto.de/

Es kamen fast so viele wie in den letzten Jahren.

Die Menschen, die monatelang nur den staatlichen Terror durchlebt hatten, konnten endlich einmal bei sonnigem Wetter für wenige Stunden neue Kraft tanken.

24.03.2016 | Nach einem Stadtbummel werde ich schon wieder angehalten. Ich habe ein verbotenes Foto gemacht. Der Zivilpolizist erklärt mir, dass auf einem meiner Bilder im Hintergrund ein Haus zu sehen sei, in welchem ein Polizist wohnt. Und dass man Polizisten oder Häuser von Polizisten nicht fotografieren darf. Da dieser Staat voller Polizisten ist, kann man eigentlich das Fotografieren komplett einstellen. Weil immer irgendwo ein Polizist wohnt. Oder ein Polizist herumsteht. Erschwerend kommt hinzu, dass man überhaupt nicht weiß, ob man einen Polizisten fotografiert hat oder nicht. Weil, es handelt sich um Geheimpolizisten, die man gar nicht erkennen kann oder soll. Und damit nicht genug. Im Fernsehen wurde gestern verkündet, dass noch 15 000 neue Geheimpolizisten zur Gefahrenabwehr zusätzlich eingestellt werden sollen.

26.03.2016 | Ich denke, es sei doch mal an der Zeit, dass mal ein Tag ohne negative Nachrichten vergeht. Aber dieser Staat hält täglich neue boshafte Überraschungen parat.

Ich versuche noch immer in die teilweise zerstörte Stadt Cizîr zu kommen. Online wird die Nachricht verbreitet, eine Amnesty-Delegation sei gestern in Cizîr festgenommen worden und einige Mitglieder seien auf Grund der Behandlung durch die Polizei in Tränen ausgebrochen.

Auch eine Delegation aus Spanien wurde am Rande der Stadt von der Polizei aufgehalten. Nach mehreren Stunden Verhör wurden sie aufgefordert, ein Taxi für 100 Euro zu buchen und in die nächstgelegene Stadt zurückzufahren. Da sie nicht genügend Geld dabeihatten, wurden sie während der inzwischen begonnenen Ausgangssperre in der Nähe eines Hotels abgesetzt. Die Wahrscheinlichkeit, ohne Vorwarnung erschossen zu werden, wenn man während der Ausgangssperre von der Polizei angetroffen wird, ist hierzulande sehr hoch. Tatsächlich berichteten die Teilnehmer, dass sie von Polizisten auf dem Weg zum Hotel bedroht worden seien, sie hätten ihre Waffen entsichert und anschließend auf sie gerichtet.

Auch politische Ämter sind hierzulande kein Schutz. Der Parteivorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, wurde heute nach Angaben von Nachrichtenagenturen zusammen mit seinen Delegierten in Cizîr von der Polizei angegriffen.

27.03.2016 | Heute war ich mit meinem mexikanischen Freund G. in Bağlar, um auf einem der schönsten Gemüsemärkte der Stadt Tomaten einzukaufen. Nachdem wir uns anschließend in einem netten Café einen Ayran bestellt hatten, füllten sechs schwer bewaffnete Herren das kleine Lokal. Einer der finster blickenden Uniformträger legte seine Kalaschnikov zu dem Ayran auf unseren Tisch und verlangte die Ausweispapiere. Während ein anderes Mitglied der Truppe immer wieder erklärte, es gäbe keine Probleme, alles sei in Ordnung und wir sollten uns keine Sorgen machen, durchsuchte der böse blickende Herr den Inhalt unser Hosentaschen, fotografierte diesen und begutachtete die Fotos, die ich mit meiner Kamera auf dem Gemüsemarkt gemacht hatte. Sein Gesicht machte einen immer zornigeren Eindruck, als er erklärte, er habe bei mir Verbindungen zu einer terroristischen Partei festgestellt (die im türkischen Parlament vertretene legale HDP), meine Kamera sei terroristisch, weil auf einem der Fotos im Hintergrund ein staatsfeindliches Graffiti zu sehen sei, und somit würde ich ganz schön tief in der Sch###se stecken und könne alle Hoffnung fahrenlassen, weil ich somit ebenfalls ein Terrorist sei. Nachdem der gute Polizist ein weiteres Mal bestätigt hatte, dass alles in Ordnung sei und wir uns keine Sorgen machen müssten, wurde ich aufgefordert, das Passwort für mein Handy herauszurücken. Daraufhin verwendete ich die Worte Informantenschutz, Zeugnisverweigerungsrecht und Demokratie und erklärte, dass er das Passwort von mir nicht bekomme. Er machte einen noch zornigeren Eindruck, boxte mich in die Seite und drückte mich gegen die Wand des kleinen Cafês. Bei jeder weiteren Verwendung des Wortes »Demokratie« bekam ich einen weiteren Stoß in die Rippen. Es war nicht sehr schmerzhaft. Es schien so, als wolle er mir nur bedeuten, er könne auch ganz anders zuschlagen. Wir schauten uns dann noch eine Weile gegenseitig grimmig an, bis der freundliche Polizist ein weiteres Mal erschien, nochmal erklärte, es sei alles in Ordnung, uns die Ausweispapiere zurückgab und sich verabschiedete.

Die ganze Aktion hatte eine Stunde gedauert. Und ich hatte mich die ganze Zeit gefragt, ob der eine Herr wirklich so zornig war, wie er aussah, und ob der andere wirklich so nett und freundlich war, wie er tat. Oder ob es nicht vielleicht genau umgekehrt war? Es machte den Eindruck eines bizarren Theaterstücks, an dem wir unfreiwillig teilnehmen durften. Wir konnten es relativ gelassen über uns ergehen lassen. Aber es war deutlich zu bemerken: Die Handlung war Routine. Sie hatten dieses Spiel schon sehr oft gespielt. Und für Menschen ohne deutschen Pass ist dieses Spiel blutiger Ernst.

31.03.2016 | Heute wurde ich von einem jungen kurdischen Studenten angesprochen.

Er hatte schon lange auf den Tag gewartet, an dem er endlich mal mit einem deutschen Touristen diskutieren konnte. Leider war ich bei den Themen Heidegger, Kant, Nietzsche, Hegel, Wittgenstein und Schopenhauer kein gleichwertiger Gesprächspartner.

01.04.2016 | Heute hat der türkische Ministerpräsident Davutoğlu wieder die Altstadt von Amed besucht. Seit seiner Kindheit ist er ein Liebhaber der kurdischen Kultur, wie er betont. Er hat etwas Besonderes für die wenigen geladenen Gäste in der alten Hasan-Paşa-Hanı-Karawanserei mitgebracht. In einer Videoanimation präsentiert er die Zukunft der 5000 Jahre alten Stadt. Im Fernsehen wird der Film anschließend immer wieder wiederholt. Die Bewohner der Stadt Amed erkennen ihre eigene Stadt nicht wieder. Die engen Gassen, ihre Häuser sind verschwunden. Zu sehen sind breite Alleen, Springbrunnen, Luftballons, neue Moscheen, zwitschernde Vögel, schöne neue Häuser mit eleganten Menschen, Touristen mit Stadtplänen in der Hand.

Tatsächlich hat Präsident Erdoğan verkündet, dass alle Bewohner der Altstadt enteignet werden sollen; Platz machen für Andenkenläden, Moscheen und neue Polizeistationen.

02.04.2016 | Wir versuchen die Stadt Cizîr zu erreichen. Der Fahrer muss mehrere Umwege fahren. Die Passage durch die Städte Nisêbîn (Nusaybin) und Hezex (Idil) ist wegen der dort stattfindenden Kämpfe gesperrt. Vor Cizîr führt die Reise an der türkisch-syrischen Grenze entlang. Stacheldraht, Minenfelder und Wachtürme trennen seit Jahrzehnten die Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Jetzt windet sich zusätzlich wie ein riesiger weißer Wurm eine neue Betonmauer durch die Hügelketten. Trennt die Kurden im Norden von denen in Syrien und perfektioniert die Isolation der Menschen in der Selbstverwaltungsregion in Rojava. Sind das die 6 000 000 000 Euro Hilfsgelder aus Europa, die hier verbaut werden?

03.04.2016 | Wir haben es nach Cizîr geschafft.

Nach einem mehrmonatigen Beschuss durch das Militär sind weite Teile der Stadt verwüstet. 50 000 Menschen mussten in den vergangenen Monaten auf Grund der Ausgangssperre ihre Häuser verlassen. Hunderte starben in den Trümmern.

Wer zurückkehren konnte, fand die Wohnungen zerschossen, geplündert, enteignet oder gar nicht mehr vorhanden vor. Der Park, in dem wir all die Jahre unseren Tee getrunken hatten, ist von der Polizei besetzt. Das Drei-Sterne-Grand-Hotel daneben teilweise abgebrannt, Seitenwände herausgeschossen. Die gegenüberliegende Straßenseite ist abgesperrt. Schwer bewaffnete Militärs führen eine Razzia durch. Doch niemand schaut hin.

»Wir können nichts machen, wenn neben uns jemand verhaftet wird, wenn sie die Häuser beschießen, wenn die Kampfflugzeuge mit der tödlichen Last über unsere Köpfe hinwegdonnern«, flüstert einer der Passanten. »Unsere einzige Hoffnung sind die Kämpfer in den Bergen. Nur sie können noch etwas ausrichten. Ohne sie wäre es alles noch viel schlimmer.«

Die Ausgangssperre ist inzwischen gelockert worden, die aktuellen Kämpfe sind vorbei, aber regelmäßig kommt es hier noch zu schweren Explosionen durch Blindgänger. Heute sind dabei zwei Kinder gestorben.

Das Elend, welches der Staat verursacht hat, versuchen die Menschen in Eigenregie zu lindern. In den weniger vom Beschuss betroffenen Nachbarschaften rücken die Menschen zusammen, um Platz für die Vertriebenen zu machen. Die größte Not versucht die privat organisierte Rojava Solidarity and Aid Association abzufangen: 10 000 Menschen, die Haus oder Familienmitglieder in den Kämpfen verloren haben, werden mit gespendeten Lebensmitteln unterstützt. Ihre freiwilligen Baubrigaden versuchen die gröbsten Schäden an den Häusern zu reparieren.

Da die Not größer ist als die vorhandenen Ressourcen, sind Geldspenden gerne gesehen. Auch aktive Mitarbeit beim Verteilen der Hilfsgüter sowie medizinische und handwerkliche Unterstützung vor Ort ist möglich.
Infos: http://www.rojavadernegi.com/♦



MitarbeiterInnen der Rojava Solidarity and Aid Association verpacken Lebensmittelrationen. Foto: Hinrich Schultze | http://www.dokumentarfoto.de/

Der Kapitalismus hält Südkurdistan in seinen Fängen

Viele wollen eigentlich nur noch weg von hier

Devriş Çimen, Journalist, Hewlêr/Silêmanî

»Im Jahre 2013 bin ich nach Südkurdistan gekommen. Seitdem hat sich hier viel verändert. Die Armut hat rapide zugenommen. Das Leben in der Region war in der Anfangszeit meines Aufenthaltes geprägt von vollen Restaurants, Hotels und Geschäften. Die Jugend war im Besitz der neuesten Technologie. Teilweise besaßen einige Jugendliche sogar bis zu drei Handys. Mehrere Autos, Fernseher, Computer und Ähnliches besaßen die meisten Familien hier. Ein Leben in Luxus und Prunk war nicht unüblich. Seit sechs Monaten nun zahlt die Kurdische Regionalregierung keine Löhne mehr. Das macht sich auf den Straßen bemerkbar. Die noch vor kurzem so vollen Restaurants, Hotels und Einkaufszentren scheinen nun leer. Bauarbeiten werden nicht vollendet. Ein großer Unmut innerhalb der Bevölkerung macht sich breit. Anstatt eine geforderte Lösung für die Wirtschaftskrise zu kreieren, hält die Kurdische Regionalregierung die Bevölkerung hin«, so fasst eine von Istanbul nach Silêmanî (Sulaymania) gezogene Frau die derzeitige Situation zusammen.

Kann ein allgemeiner Wohlstand innerhalb nur eines halben Jahres verschwinden?

Um was für ein System handelt es sich, dessen Probleme umfassend bekannt sind, für die Alternativen jedoch nicht entwickelt werden können?

Um was für eine politische Führung handelt es sich, die sowohl als Ursache der Probleme gilt, sich aber auch gleichzeitig als Ansprechpartnerin für eine Lösung aufführt?

Korruption und Krise

1,4 Millionen der insgesamt 5,2 Millionen EinwohnerInnen Başurs (Südkurdistans/Nordiraks) beziehen eine Art BeamtInnengehalt von der Kurdischen Regionalregierung (KRG). Die Hälfte von ihnen gehört zu den staatlichen Sicherheitskräften, wie Peschmerga, Polizei etc. Seit etwa sechs Monaten erhalten sie keinerlei Gehalt mehr. An dieser Stelle sei angemerkt, dass seit mehreren Jahren zahlreiche Menschen mehrere Bezüge kassiert haben. Ein offenes und allen bekanntes Korruptionssystem hatte sich statuieren können. Eine elitäre Gruppe profitierte von den Erdöleinnahmen, während auf der anderen Seite die Armut weiter anstieg. Dies gilt als ein wesentlicher Faktor für die derzeitige Wirtschaftskrise.

Die Erklärung der Krise

Im Dezember 2014 einigten sich die Führungen in Hewlêr (Arbil) und Bagdad darüber, dass der Handel der Erdölförderung in Kerkûk (Kirkuk) von etwa 550 000 Barrel über die irakische Zentralregierung laufen solle. Im Gegenzug gewährte diese der Kurdischen Regionalregierung 17 % des Gesamtjahresetats des Landes, wovon die BeamtInnengehälter gezahlt werden sollten. Doch entschied sich die Kurdische Regionalregierung am 1. Juli 2015 dazu, die vorhandenen Erdölressourcen unabhängig von der Zentralregierung auf dem internationalen Markt zu verkaufen. Nachdem es zur offiziellen Unterzeichnung von Handelsverträgen mit verschiedenen Staaten gekommen war, legte Bagdad gegen das Vorgehen der Führung der Autonomen Region Kurdistan Protest ein. Allerdings ist dies nicht ausreichend, um die tiefgreifende und strukturelle Krise Südkurdistans zu erklären. Ein kurdischstämmiger Parlamentarier der irakischen Nationalversammlung: »Die einzige Verbindung, die wir zu Bagdad haben, ist die zum Geld und für die Fluggenehmigungen. Weiter schicken wir noch Abgeordnete ins Parlament.« Mit dieser Aussage fasst er das faktische Maß der Beziehungen zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung zusammen. Während das Verhältnis der KRG zu Bagdad nur ein sehr eingeschränktes ist, sind die Beziehungen zur Türkei, zu Iran und anderen westlichen Staaten viel enger. Da auch diese Beziehungen auf dem Erdölhandel basieren, sind sie ebenfalls sehr fragil.

Die Krise ist strukturell

Die Erdölvorkommen in Südkurdistan haben seit geraumer Zeit allen voran den USA und Europa, aber auch der Türkei die Türen für die Einflussnahme in der Region geöffnet. Neben zahlreichen westlichen suchen hier auch viele türkische Firmen nach neuen Erdölerschließungsgebieten. Der südkurdische Ministerpräsident Nêçîrvan Barzanî ließ verlautbaren, dass die KRG mit der Türkei und den USA ein Handelsabkommen über fünfzig Jahre abgeschlossen habe, trotz fehlender Genehmigung der Zentralregierung. Er betonte, dass dieses Abkommen, falls notwendig, verlängert werden könne. Weiter gab die KRG auf ihrer offiziellen Internetpräsenz Erklärungen ab zu weiteren Energieabkommen mit den USA, China, Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Kanada, der Türkei, Russland, den VAE sowie Indien. Dass nur ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung dieser Abkommen das Land in eine derartige Wirtschaftskrise fallen konnte, offenbart, dass es sich um eine strukturelle und keine temporäre Krise handelt. Weiter zeigen sich die Charakteristika einer politischen und gesellschaftlichen Krise.

Dabei wird sie in der Rhetorik der führenden Kräfte der KRG lediglich auf die wirtschaftliche Dimension reduziert. Das liegt daran, dass die Wirtschaft nicht mehr den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend behandelt wird, sondern zum Instrument des Marktes und des Konsums degradiert wurde. Die Herangehensweise, dass lange Zeit gekämpft und Widerstand geleistet wurde und nun auch die KurdInnen in Irak vom Kuchen der Macht und des Geldes abhaben sollen, zeigt ihre Folgen.

Während der Konsum steigt, nimmt die Produktion stetig ab. Keine Seite zeigt sich verantwortlich, eine stabile Wirtschaft mit eigenständiger und unabhängiger Produktion aufzubauen. Südkurdistan fungiert faktisch als Hinterland der Türkei und Irans. Während die von der Demokratischen Partei Kurdistan (PDK) dominierten Gebiete von türkischen Importen bestimmt werden, überwiegen im von der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) und der Bewegung für Wandel (Gorran) dominierten Teil iranische Produkte.

Während weltweit versucht wird, das Modell des konventionellen Nationalstaates zu überwinden, hält sich dieses Muster seit Jahren mit großer Euphorie an oberster Stelle der Tagesordnung in Südkurdistan. Obwohl dessen Führung die einfachsten Anforderungen eines Föderalstaates nicht bewältigen kann, strebt der Präsident der KRG, Mesûd Barzanî, ein Unabhängigkeitsreferendum an. Obwohl seine Amtszeit seit mehr als einem Jahr abgelaufen ist, führt er das Amt faktisch weiter. Das stößt auf den Protest der anderen politischen Parteien. Viele Kreise bewerten das Streben nach einem Referendum, dessen Durchführung und Umsetzung sehr unwahrscheinlich erscheinen, als Versuch, den Machtverlust der PDK zu stoppen.

Wer trägt die Schuld?

Die Schere zwischen der politischen Führung und der gesellschaftlichen Realität öffnet sich immer weiter. In der Gesellschaft machen sich Hoffnungslosigkeit, Unsicherheit und Pessimismus breit. Die drei führenden politischen Parteien PDK, YNK und Gorran beschuldigen sich nur gegenseitig. Alle drei weisen dem herrschenden politischen System die Hauptschuld für die bestehende Krise zu. Dabei sind sie alle drei Teil der Regierung. Faktisch besitzt das südkurdische Parlament keine wirkliche Opposition. Hinzu kommt, dass es seit Monaten nicht mehr zusammengekommen ist.

Der fehlende Widerstand der Bevölkerung überrascht. Zumal ein Aufstand die größte Sorge der politischen Führung ist. Denn ein solcher Aufstand mit den Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit würde zugleich den Sturz der Regierung mit sich bringen.

Rentierstaat

Seit etwa 25 Jahren regieren die KurdInnen die Autonome Region Kurdistan. Vor allem nach der US-Invasion in Irak im Jahre 2003 im Zuge des föderalen Status des Landes verteilt sich der Reichtum auf circa dreißig Dollar-Milliardäre und mehr als tausend Dollar-Millionäre. Dieses Bild steht symbolisch für die große Ungerechtigkeit der Aufteilung der wirtschaftlichen Ressourcen der Region, was als wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche und politische Krise anzuführen ist.

Charakteristisch für Rentierstaaten, die ihre Haupteinnahmen aus dem Verkauf von Erdöl beziehen, ist die fehlende Eigenproduktion. Diese Staaten weisen zumeist schwache Industrien und einen fehlenden Dienstleistungssektor auf. Vetternwirtschaft und eine hohe Affinität zu Korruption sind ebenfalls grundlegende Merkmale, die auf die KRG zutreffen.

Die allgemeine Fragilität der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens illustrieren die Angriffe des sogenannten Islamischen Staates (IS). Durch die Kräfteverschiebung in Irak und die Spannungen mit Bagdad hat die KRG ihr Prädikat als relativ sicheres Investitionsgebiet verloren. Es bedarf einer strukturellen Systemveränderung. Die drei führenden politischen Parteien sollten Abstand davon nehmen, die jeweils andere Seite zu beschuldigen, und gemeinsam nach alternativen Lösungen suchen. Weiter kann eine mögliche Lösung nur

durch die Einbeziehung der gesellschaftlichen Kreise in die politische Entscheidungsfindung zum Erfolg führen. Es bedarf einer direkten politischen Partizipation.

Der Konsum läuft auf hohem Niveau, aber was ist mit der Produktion?

Die Wirtschaftsleistung in Südkurdistan reduziert sich ausschließlich auf den Konsumdrang der Gesellschaft. Dabei handelt es sich bei der Produktion um einen unabdingbaren Teil einer funktionsfähigen Wirtschaft. Der Bevölkerung wird ein zu ihrer Kultur konträres Lebensmodell aufoktroyiert. Eine zentrierte Bevölkerungsverteilung scheint angesichts der Flächen, die das Land bietet, sehr ungewöhnlich. Den Menschen wird das Stadtleben gepriesen. Ähnlich wie in anderen jungen Rentierstaaten findet eine Landflucht statt. Die Bevölkerungszahl in den Stadtzentren von Silêmanî, Hewlêr und Duhok hat sich in den letzten Jahren vervielfacht.

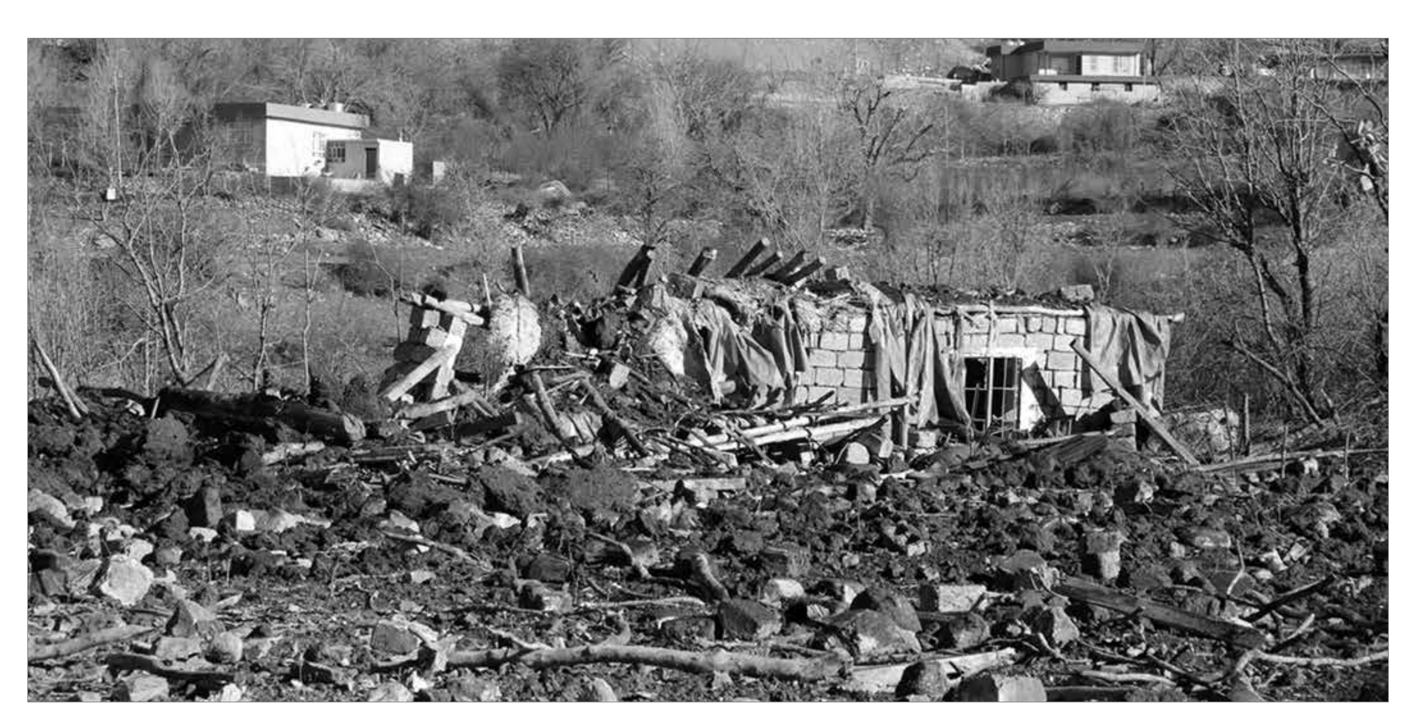
In der Phase nach 2003 wurden in ganz Südkurdistan zahlreiche Shopping-Malls nach US-amerikanischem Vorbild errichtet. Die angebotene Ware stammt nahezu ausschließlich aus Iran und der Türkei. Diese Einkaufszentren fördern den Konsum der Gesellschaft, die über eine ungenügende Wirtschaftsleistung verfügt. EinzelhandelsunternehmerInnen waren in früheren Jahren kennzeichnend für die südkurdische Wirtschaft, durch die Eröffnung dieser Konsumtempel ist neben der kleinbäuerlichen Produktion auch der Einzelhandelssektor privater Unternehmen eingebrochen.

Auch wenn in westlichen Medien von einem Wirtschaftsboom in Südkurdistan gesprochen wird, täuscht diese Annahme doch. Iranische und türkische Importe dominieren den Markt. In der Bevölkerung wird darüber geredet, dass selbst Tomaten nicht mehr aus der eigenen Produktion stammen.

Wie kann es sein, dass eine Gesellschaft, die selbst zu Kriegszeiten und in Phasen schwerster Angriffe und Repressionen ihre Grundbedürfnisse mit Agrarwirtschaft und Viehzucht stillen konnte, in so kurzer Zeit derart verkümmert, dass sie trotz fruchtbarer Böden und hoher Arbeitslosigkeit unfähig geworden ist, eigenes Gemüse zu produzieren?

Eine Flucht der Jugend aus dem eigenen Land

Jugendliche machen einen Großteil der südkurdischen Bevölkerung aus. Die durch die Krise herbeigeführte Situation und die den fehlenden Produktionsmöglichkeiten geschuldete hohe Arbeitslosigkeit führen die Jugendlichen in ein Tal der Aussichtslosigkeit. Viele sehen ihre Perspektive darin, das



Immer wieder greift die türkische Luftwaffe Dörfer in Südkurdistan an, die Kurdische Regionalregierung schweigt dazu. Foto: ANF

Land zu verlassen. »Was bringt es zu studieren? Auch wenn du studierst, ändert es deine Perspektivlosigkeit nicht. Es fehlt an Arbeitsplätzen. Du kannst zwar studieren, doch wurden keine Jobs in deinem Bereich geschaffen. Daher bringt es auch nichts zu studieren, da du mit diesem Abschluss nicht wirklich etwas anfangen kannst. Viele studieren nur noch zum Zeitvertreib«, erklärt der aus Silêmanî stammende Rebuwar, der sich gerade auf den Weg in Richtung Ausland begibt.

Ein weiteres Indiz für die Krise des kapitalistischen Systems ist die stetig wachsende Arbeitslosigkeit. Im Besonderen trifft dies die Jugend. Wenn wir heute die Flüchtlinge betrachten, die die türkische AKP-Regierung als Druckmittel gegen Europa instrumentalisiert, die auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken, sehen wir, dass ein Großteil von ihnen aus Südkurdistan stammt. Mit ihnen gehen auch die Träume und die Hoffnungen auf ein besseres Leben unter.

Viel Presse, ohne wirklichen Einfluss

Es klingt überraschend, wenn ein Land mit etwas mehr als fünf Millionen EinwohnerInnen über zwanzig private Fernsehsender verfügt, jedoch keiner dieser TV-Sender einen unabhängigen Kanal betreibt. Jeder fungiert als ein Sprachrohr der drei großen politischen Parteien. Printmedien wie Zeitungen und Zeitschriften können gegen die Fernsehgiganten kaum bestehen. Vor kurzem formulierte der Journalist Hesen Gewre in einer Kolumne für die Nachrichtenagentur Firat (ANF): »In Südkurdistan ergriff die Presse stets Partei für die führenden Mächte. Die großen Media-Pools gelten als direkte Sprachrohre der Machteliten. (...) Die Presse bringt die Forderungen und Probleme der Bevölkerung nicht zum Ausdruck. Ganz im Gegenteil versucht sie, diese oftmals zu verschleiern und zu verdrehen. Dadurch, dass die südkurdische Regierung die Inhalte bestimmt, gibt es nur einen sehr mangelhaften Journalismus. Beispielsweise werden weder die Korruptionsvorwürfe noch die Wirtschaftskrise im Land behandelt. Aber die Auslandsreisen von Barzanî zum Beispiel werden gern zum Hauptthema gemacht«, und fasste damit prägnant die Situation der Presse zusammen.

Die Krise ist dem kapitalistischen Modell in Kurdistan geschuldet

In Südkurdistan öffnet sich die Schere zwischen arm und reich, zwischen Frau und Mann, zwischen Individuum und Gesellschaft, alt und jung, zwischen Partei und AnhängerInnenschaft, zwischen KonsumentIn und ProduzentIn, Freiheit und Abhängigkeit in dramatischer und gewaltiger Weise.

Es zeigt sich, dass das System in Südkurdistan, das auf einer fatalen und fragilen politischen und wirtschaftlichen Struktur errichtet wurde, stetige Krisen und gesellschaftliche Konflikte produzieren muss, um sich am Leben zu erhalten. Ein zentrales Instrument der kapitalistischen Moderne stellt der Nationalstaat dar. In diesem Sinne kristallisiert sich heraus, dass das von den Führungskräften Südkurdistans derzeit präferierte Modell mehr Probleme schafft als löst. Dabei ist es nicht die Intention, sich gegen die staatliche Unabhängigkeit der KRG zu stellen, sondern vielmehr festzustellen, in welchem Grad der Freiheit und der wirklichen Unabhängigkeit sich das statuierte System bewegt.

Abdullah Öcalan verweist in seinen im Jahre 2010 verfassten Verteidigungsschriften »Die kurdische Frage und die Lösung der demokratischen Nation« auf die Sackgasse, auf die sich die Führung Südkurdistans zubewegt. Er weist nach, auf welche Art und Weise sich die südkurdische Elite zum Instrument kapitalistischer Ausbeutung durch die herrschenden Kräfte des Weltsystems macht. Dabei werde das multikulturelle und -identitäre Gewebe der Region unterdrückt. »Das kurdische Volk trägt eines der reichsten kulturellen Güter der Geschichte in sich. Durch die Negierung seiner starken Stammes- und Glaubenskultur soll ein System geschaffen werden, das sich aus dem primitiven Nationalismus und dem reaktionären Charakter des sunnitischen Islam der kapitalistischen Moderne speist. Als Ergebnis soll eine künstliche kurdische Nation kreiert werden. Anstelle der demokratischen Nation wird der Nationalstaat als heilig erklärt. Als ob es sich bei der nationalen Kultur, die nicht demokratisch ist, sich der Freiheit und der Gleichheit versperrt, frauenfeindlich ist, um die einzig wahre gesellschaftliche Realität handeln würde, ist man von deren Seite aus bestrebt, eine künstliche Wahrhaftigkeit zu erzeugen, die ausschließlich von ihnen selbst repräsentiert werden kann.

Bei der langen Planung der hegemonischen Beziehungen wurden die KurdInnen in Irak stets als Versuchstiere im Laborexperiment benutzt. Die nationale kurdische Realität wurde als ein Projekt und ein Phänomen konzipiert, die nur durch kapitalistische Beziehungen realisiert werden können. Die Auffassung, wonach eine auf revolutionären, demokratischen und sozialistischen Werten basierende nationale Realität nicht möglich sei, wurde stetig versucht aufrechtzuerhalten«, so Öcalan.

Die derzeitige Krise stellt Südkurdistan gerade vor eben diese Weggabelung. Entweder es wird den Status quo bewahren und sich aufbrauchen, oder es macht den Schritt der Alternative und bereitet den Weg für eine wirkliche gesellschaftliche und politische Revolution. Nur so wird es sein Fortbestehen sichern können. ♦

Die Lage in Aleppo-Şêxmesûd

Waffenstillstand als Mittel zum Krieg

Michael Knapp

Michael Knapp, Historiker und Aktivist des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin, forscht zu Modellen radikaler Demokratie und sozialen Bewegungen.

Am 27.02.2016 war auf der dritten Genfer Syrienkonferenz ein Waffenstillstand für Syrien verkündet worden, der nach offiziellen Angaben weitgehend zu halten scheint. Während viel von Angriffen des Assad-Regimes und Russlands in der Region Aleppo berichtet wurde, kann für die gesamte Region Rojava und insbesondere im Dreieck Afrîn/Kobanê/Aleppo von einer Waffenruhe jedoch keine Rede sein. Dies zeigt sich auch in den Angriffen auf das selbstverwaltete, vorwiegend von Kurdinnen und Kurden bewohnte Stadtviertel Şêxmesûd von Aleppo, das durch ein Bündnis der in Istanbul ansässigen »Nationalen Koalition« (ETILAF) mit den ihr assoziierten dschihadistischen und nationalistischen Terrorgruppen angegriffen wird. Mitglied in dieser Nationalen Koalition ist ebenfalls der von der südkurdischen Barzanî-Regierung gestützte Kurdische Nationalrat in Syrien (ENKS).[1] Milizen verschiedener Parteien des ENKS gehen hier gemeinsam mit Dschabhat al-Nusra (Al-Nusra-Front; Al-Qaida-nahe) und anderen Einheiten gegen das Stadtviertel vor. Mindestens vierzig Zivilpersonen sollen dabei bis zum 08.04.2016 ihr Leben verloren haben.[2]

Diese Situation scheint zunächst zu verwirren; hier kämpfen also Kurden, die von der südkurdischen Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) Barzanîs unterstützt werden, die wiederum u. a. von Deutschland Waffen erhält, gegen Kurden, die für ein autonomes Rojava eintreten und in ihrem Vorrücken gegen den Islamischen Staat (IS) von einer US-geführten Koalition Hilfe erfahren. Dabei erfolgt der Angriff der Einheiten von ENKS/Nationaler Koalition an der Seite von Al-Qaida-Gruppen wie Dschabhat al-Nusra, rechtsextremen turkmenischen Milizen und salafistischen Gruppen wie Ahrar al-Scham (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante).

Deshalb ist ein Blick auf die jeweiligen Allianzen und die mit ihnen verbundenen Regionalmächte notwendig, um zu verstehen, wie es dazu kam. Bei den Syrienverhandlungen in Genf hatte insbesondere die Türkei darauf gedrängt, dass die große Mehrheit der Kurdinnen und Kurden Syriens, nämlich die Selbstverwaltung von Rojava, von den Gesprächen ausgeschlossen bleibt, während Ahrar al-Scham und Dschaisch al-Islam (Armee des Islam) eingeladen waren.[3]

Die Türkei interpretierte den Waffenstillstand und insbesondere den Ausschluss der Selbstverwaltung Rojavas als einen Legitimitätsverlust für diese und als Möglichkeit für weitere intensivere Angriffe. Bestärkt wurde sie dabei durch das Schweigen Europas, allen voran Deutschlands, zu schwersten Menschenrechtsverletzungen an der kurdischen Bevölkerung und zur offenen Bombardierung von Städten wie Nisêbîn (Nusaybin), Cizîr (Cizre) oder Amed-(Diyarbakır-)Sûr in Nordkurdistan. So setzten Türkei und Saudi-Arabien ihre aggressive Politik gegenüber der Selbstverwaltung von Rojava fort und rüsteten ihre dschihadistischen oder rechtsextremen Milizen weiter auf.[4]

Hinzu kam die Situation im föderalen Kurdistan, Nordirak. Präsident Barzanî von der PDK regiert dort mittlerweile verfassungswidrig in einer weiteren Amtszeit, die Ökonomie, die zu 95 % auf Erdöleinnahmen basiert, kommt ins Schleudern, die Regierung kann das Militär monatelang nicht bezahlen, die Bevölkerung verlässt das Land, wenn sie kann, und die Unzufriedenheit wächst in dem Klientel-System. So ist die Barzanî-Regierung noch stärker auf ihre enge Partnerin, die türkische Regierungspartei AKP, angewiesen. Dass sie der näher steht als der Bevölkerung in Nordkurdistan, wurde schon deutlich, als Barzanî am 30.09.2015, während die Stadt Cizîr gleichzeitig

1 http://en.etilaf.org/coalition-components/national-blocks/kurdish-national-council.html

2 http://tr.hawarnews.com/ensknin-sex-meqsud-saldirilarinda-yer-aldigi-belgelendi/

3 http://www.nzz.ch/international/das-sind-die-knackpunkte-fuer-einen-frieden-1.18683941

4 http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-saudi-arabien-will-rebellen-mit-boden-luft-raketen-ausstatten-a-1078295.html

von türkischen Truppen verwüstet wurde, der AKP auf deren Parteitag einen Wahlkampfbesuch abstattete und unter Parolen wie »Die Türkei ist stolz auf Dich« empfangen wurde.[5] So kam es nun zu weiteren intensiven Gesprächen mit Barzanî, der die Selbstverwaltung in Rojava grundsätzlich ablehnt, und man scheint sich auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen geeinigt zu haben. Ähnliche Treffen fanden zwischen Barzanî und dem saudischen Delegationskoordinator Riyad Hidschab in der südkurdischen Hauptstadt Hewlêr (Arbil) statt.

Im Rahmen dieses Prozesses begannen ebenfalls die Angriffe auf Aleppo-Şêxmesûd unter Beteiligung von Ehfad-ı Selahattin (türk. Bezeichnung für »Nachkommen Selahattins/Saladins«, auch »Selahattin-/Saladin-« oder »13. Brigade«), die enge Verbindungen zur PDK hat. Sie wird in staatsnahen türkischen Medien stolz als kurdische »Anti-PYD«-Gruppe *[PYD=Partei der Demokratischen Einheit]* beschrieben.[6] Nach Angaben des Vorsitzenden der im ENKS vertretenen und mittlerweile mit der PDK-Syrien (PDK-S) vereinigten Azadî-Partei, Mustafa Cuma, steht ihnen diese Einheit nahe,[7] und so ist es auch kein Wunder, dass er in einem Video, in dem Ehfad-i Selahattin gelobt, ein »Vorrücken der PKK auf Azaz und Cerablus *[Dscharabulus]* zu verhindern«, unter »Allahu-akbar«-Rufen bejubelt wird.[8]

In dieser Logik richten sich die Angriffe nicht nur gegen Şêxmesûd, sondern gegen alle von den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) befreiten Orte in der Region zwischen den Kantonen Kobanê und Afrîn. An gefallenen Angreifern ließ sich immer wieder deren Organisationszugehörigkeit feststellen, so waren unter den am 07.04.2016 Getöteten neben mehreren Mitgliedern von Dschabhat al-Nusra und Ahrar al-Scham auch Sultan-Murat-Brigadisten *[zur Sultan-Murat-Brigade s. u.]*, zwei von ihnen Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT.[9]

Bei all diesen Angriffen war zuvor schon immer wieder die gute Koordination zwischen Einheiten der Nationalen Koalition, der türkischen Armee und auch des IS aufgefallen und legte solche Vermutungen nahe.[10]

Auch Ahrar al-Scham wird von der Türkei und Qatar offen unterstützt und stellt einen der ersten Bündnispartner von Dschabhat al-Nusra dar. Außenminister Frank Walter Steinmeier setzte durch, dass diese Gruppe an den Genfer Gesprächen teilnimmt. Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) charakterisiert Ahrar al-Scham als der Al-Nusra-Front »ideologisch sehr nahe« stehend[11], er bestätigt ebenfalls deren enge organisatorische Verbindung mit Dschaisch al-Fatah (Armee der Eroberung).[12] Das Verhalten der Bundesregierung in diesem Kontext kann auch als ein Zugeständnis an die Türkei gewertet werden.

Der ENKS hat zusammen mit der PDK mehrere Tausend »Rojava-Peschmerga« als Parteimilizen ausgebildet, die in die Region entsandt werden sollten. Beobachtungen von Einheiten der Demokratischen Kräfte Syriens, denen auch die Volksverteidigungseinheiten (YPG) angehören, besagen, dass viele dieser »Rojava-Peschmerga« in dieser Region gegen die Selbstverwaltung kämpfen.[13] Die Peschmerga-Führung dementiert dies entschieden, die Frage hat nämlich entscheidende Bedeutung. Denn da die »Peschmerga Rojavas« von den PDK-Peschmerga in Südkurdistan ausgestattet und ausgebildet worden sind, könnte nach dem Verbleib deutscher Waffen gefragt werden und natürlich auch, ob die Bundeswehr, wie sie es bei ähnlichen Einheiten in Şengal (Sindschar) getan hat,[14] auch hier für Ausbildung sorgte und damit zumindest für die Region Nordsyrien taktische Verbündete dschihadistischer Terrorbanden stützte, die gegen die Selbstverwaltung kämpfen.

Einen deutlichen Hinweis auf die Beteiligung sogenannter Rojava-Peschmerga aus Südkurdistan an den Angriffen in Aleppo liefert ein Brief von Ahrar al-Scham an Dschabhat al-Nusra, der bei der Befreiung von Tel Rifat (Arfet) an die Öffentlichkeit gelangte. Unterstellt man dem Dokument Authentizität, dann wird hier belegt, dass PDK und/oder ENKS mit Hilfe der AKP und des türkischen Geheimdienstes MIT militärische Einheiten über Azaz Richtung Aleppo geschickt haben. Der Brief, unterzeichnet am 04.01.2016 mit dem Siegel der Al-Qaida-nahen Ahrar al-Scham, ist an »die Kommandantur unserer Al-Nusra-Geschwister im Bereich Aleppo« gerichtet und enthält die Aufforderung: »Aufgrund der aktuellen Lage *[im Text vorher als Vormarsch von Regime und PKK im Raum Aleppo beschrieben]* fordern wir, dass unsere Brüder von der Kommandantur von Al-Nusra es erlauben, dass unsere Soldaten, die aus dem Nordirak kommen, über die türkische Grenze kommen und in Azaz stationiert werden können. Die benannten Personen werden Peschmerga genannt. (…) Sie stellen keine andere kurdische Kraft dar, sondern werden sich der Opposition gegen das safawidische Regime *[anscheinend Bezeichnung für den iranischen Einfluss in Syrien]* über die Türkei anschließen. Diese Soldaten, die im Norden des Irak

5 http://www.milliyet.com.tr/barzani-ye-turkiye-seninle-gurur-duyuyor-slogani/siyaset/siyasetdetay/30.09.2012/1604670/default.htm

6 http://www.haberler.com/suriye-de-kurt-tugayi-pyd-ye-izin-vermeyecegiz-8271333-haberi/

7 http://www.evrensel.net/haber/41541/bati-kurdistanda-birlik-sona-mi-eriyor

8 http://tr.hawarnews.com/enks-bu-goruntulere-ne-diyecek/

9 http://anfturkce.net/guncel/sex-maqsud-da-2-mit-elemani-olduruldu

10 http://tr.hawarnews.com/suk-ve-enks-ceteleri-ypg-mevziisine-saldirdi/

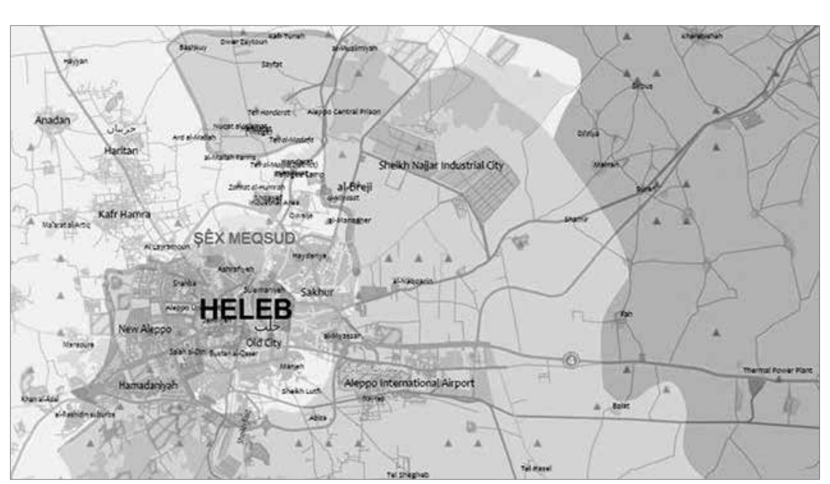
11 hier und im Folgenden: Guido Steinberg: Ahrar ash-Sham: Die »syrischen Taliban«. SWP-Aktuell, 28. April 2016

12 http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59343

13 http://www.evrensel.net/haber/41541/bati-kurdistanda-birlik-sona-mi-eriyor

14 http://www.heise.de/tp/artikel/46/46688/1.html

warten, sind aus eigenem Antrieb bereit dazu, an einem speziellen Kommando zur vollständigen Befreiung von Aleppo teilzunehmen, diese Region von Baschars Regime und seinen PKK-Terroristen zu säubern …«[15]



Aleppo https://twitter.com/hashtag/sexmeqsud

Die militärischen Einheiten des ENKS haben schon eine lange Geschichte der Kollaboration mit den Gegnern der Revolution in Rojava, nach dem Motto »der Feind meines Feindes …« So hatten, u. a. nach vom Autor aufgenommenen Aussagen Überlebender, Einheiten der Azadî-Partei gemeinsam mit Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) am 31.07.2013 ein Massaker in den kurdischen Ortschaften Til Hasil und Til Eran verübt[16] und durch Angehörige von ENKS-Parteien wie der PDK-S (unter Abdulhakim Baschar) wurden weitere Versuche zur Destabilisierung Rojavas unternommen[17].

Die Nationale Koalition und aus Kurden bestehende PDK-nahe Kräfte wie auch rechtsextreme turkmenische Milizen, die sich stark aus der türkischen extremen Rechten rekrutieren, versuchen die Kontrolle in der Region zu erlangen und eine Befreiung durch die Demokratischen Kräfte Syriens zu verhindern. Gemeinsam mit den genannten Ehfad-ı Selahattin der Azadî-Partei (ENKS) agieren immer wieder Liwa al-Hamza (Al-Hamza-Brigade) und Faylaq al-Scham (Scham-Legion) in einem engen Bündnis. Faylaq al-Scham ist mit Dschabhat al-Nusra (Al-Qaida) Gründungsmitglied des dschihadistisch geprägten und von der Türkei unterstützten[18] Militärbündnisses Dschaisch al-Fatah gewesen,[19] das die Region um Idlib kontrolliert, und wird von dem ehemaligen PDK-Mitglied Ali Muslim kontrolliert. Nach Angaben der Zeitung Evrensel beteiligte er sich nach der Revolution in Rojava am ENKS und hält sich im Moment in Hewlêr (Erbil) in einem Haus auf, das ihm von der PDK zur Verfügung gestellt wird.[20] Abdulhakim Baschar, der Vorsitzende der im ENKS organisierten PDK-Syrien (auch El-Parti genannt), ist mittlerweile sogar stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Koalition geworden. Er bestätigt offen, die Angriffe auf Şêxmesûd aktiv zu unterstützen.[21] Die Türkei und ihre strategische Verbündete, die PDK, und die Nationale Koalition versuchen so die Waffenruhe zu sabotieren.

Gemeinsam mit den genannten Einheiten agieren auch in der Region um Azaz herum turkmenische Milizen wie die Sultan-Murat-Brigade und viele andere, die direkt aus der Türkei rekrutiert werden. Die Sultan-Murat-Brigade war ebenfalls in Kooperation zwischen Türkei, Saudi-Arabien und PDK ins Leben gerufen worden, tritt aber mittlerweile auch als Freie Syrische Armee auf und soll in der Region an die Stelle des IS gesetzt werden und damit de facto eine türkische Pufferzone schaffen. Dieses Konzept einer türkischen Besatzungszone in Nordsyrien/Rojava wird ebenfalls von der Politik der Bundesregierung befeuert, indem diese durch ihren euphemistisch als Flüchtlingsdeal bezeichneten Menschenhandel die Abschiebungen aus der Türkei nach Syrien und die Schließung der türkischen Grenzen stützt und somit die legitimatorische Vorbedingung für eine angeblich nicht existente sichere Zone in Syrien schafft. Das Ziel ist der Kanton Afrîn, dessen ökonomische Lebensader Şêxmesûd darstellt. Er hat keine Verbindung zu den anderen Kantonen und die Grenzen zu Nordkurdistan und der Türkei sind geschlossen.[22]

Um eine stärkere internationale Legitimierung zu schaffen, treten sowohl die Sultan-Murat-Brigade als auch Gruppen wie Ehfad-ı Selahattin (13. Brigade) als FSA-Einheiten auf. Wir können die Nationale Koalition, die eine weitgehend von Ankara und Riad kontrollierte Klammer um all diese Kräfte und deren Umfeld darstellt, als ein Abbild der Zukunftsvision der AKP für den Mittleren Osten sehen: Verschiedenste konservative und feudale kurdische Gruppen, islamistische und dane-

15 http://tr.hawarnews.com/ensknin-sex-meqsud-saldirilarinda-yer-aldigi-belgelendi/

16 Vergleiche auch: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714612.pdf

17 http://civaka-azad.org/der-fall-beshir-abdulmecid-mussa-starke-hinweise-auf-verstrickung-der-suedkurdischen-pdk-regierung-bombenanschlaege-rojava/

18 Zur Finanzierung durch die Türkei: http://www.radikal.com.tr/yazarlar/fehim-tastekin/suudilerin-elinin-degdigi-hamur-1490516/

19 Zur Gründungsmitgliedschaft: http://tr.sputniknews.com/ortadogu/20151025/1018575548/fetih-suriye-ordu-isid-aksa.html

20 http://www.ozgur-gundem.com/yazi/135115/efr-n-sehba-ve-halep-cevresindeki-saldirilarin-amaci

21 Ebd.

22 http://anfturkce.net/kurdistan/sex-meqsud-sehba-efrin-azaz-hattinda-neler-oluyor

ben extrem turanistische (türkisch-nationalistische) Gruppierungen, unter einem Dach organisiert, geleitet von der AKP und anderen Regionalmächten (die AKP ist stark abhängig von saudischem Kapital) und ihrer Klientel wie der PDK Südkurdistans.

Die Angriffe werden in aller Härte und Undifferenziertheit mit schweren Waffen auf das Stadtviertel Şêxmesûd ausgeübt; unter den mittlerweile über 40 getöteten Zivilpersonen sind auch etliche Kinder. Mittlerweile gibt es Vorwürfe vonseiten der Volksverteidigungseinheiten, bei den »Angriffen der Banden der Nationalen Koalition und des ENKS auf Şêxmesûd, die am 5. April begannen, wurden entwickelte schwere Waffen eingesetzt. Es werden Raketen und Chemiewaffen benutzt.«[23]

Der Chemiewaffenangriff wurde von Dschaisch al-Islam verübt, wie der ENKS gegenüber Rudaw in seiner Distanzierung bestätigte.[24] Dschaisch al-Islam ist ebenfalls Teil des Genfer Verhandlungsprozesses, scheint währenddessen aber offensichtlich aktiv gegen die Genfer Konventionen zu verstoßen. Dieser Angriff ist allerdings nur einer von drei dokumentierten Giftgasangriffen im Rahmen dieser Angriffswelle auf Şêxmesûd. So sollen nach Angaben von Ärzten der Hilfsorganisation Heyva Sor (Roter Halbmond) gegenüber Hawarnews von der »Istanbuler Opposition« am 13.03.2016 Chlorgas und Phosphorbomben, aber auch gefüllte Haushaltsgasflaschen als Artilleriegranaten eingesetzt worden sein. Dies sei auch an der Art der Verletzungen und Verbrennungen feststellbar gewesen. Die Verletzte Avaşîn Hesen erklärte: »Bei den Explosionen strömte etwas Gelbes aus und wir konnten nicht mehr atmen«, und Fatma El Hilû: »Wir können nicht mehr atmen. Ist es nicht verboten, Chemiewaffen zu benutzen? Warum verschließt die Welt ihre Augen vor den Verbrechen gegen die Menschlichkeit dieser Banden?«[25]

Doch nicht nur mit militärischen Mitteln soll die Bevölkerung von ganz Rojava demoralisiert werden. AKP und PDK scheinen sich auf eine gemeinsame Embargopolitik gegen Rojava geeinigt zu haben. Dieses Embargo blockiert mittlerweile sämtlichen Grenzverkehr, so kommen seit zwei Monaten keinerlei Medikamente über die Grenze mit Südkurdistan oder der Türkei/Nordkurdistan.[26] Medienberichte aus Rojava und die Einreise von Delegationen, Helfern, Medienvertretern, Bewohnern werden systematisch verhindert und diese mit Repression überzogen. So wurde die Mitarbeiterin des Hamburger Linken-Landtagsabgeordneten Martin Dolzer, Beriwan Al-Zin, von der PDK fünfzehn Tage inhaftiert. Rojava soll auf allen Ebenen abgeschnitten werden.

Fazit – Das Modell Rojava soll geschwächt werden

Auffällig ist, dass die Angriffe auf Şêxmesûd und Rojava durch diese »FSA«, die Nationale Koalition und durch die Türkei – direkt mit Artillerie und Scharfschützen wie auch deren Luftangriffe – von den USA wie auch Russland ignoriert werden und behauptet wird: »Die Waffenruhe wird eingehalten.« Der Norden Syriens hatte am 17. März seine demokratisch-föderale Selbstverwaltung erklärt, ein Zug, der vom Regime wie auch der Nationalen Koalition, die beide ein zentralistisches Syrien anstreben, abgelehnt wird.[27] Möglicherweise auch dies ein Grund für das Schweigen Russlands zu den Angriffen auf Şêxmesûd. Die Selbstverwaltung in Aleppo und in dem multiethnischen Stadtviertel Şêxmesûd zu vernichten soll auch die Möglichkeit des Aufbaus eines föderalen, demokratisch-autonomen Syriens verhindern, wie es in dem kürzlich ausgerufenen »Demokratischen Föderalen System von Rojava – Nordsyrien« keimt.

Dies zeigt einmal mehr deutlich, dass das unabhängige Projekt Rojava allein durch seine eigene Stärke in der Region besteht und deswegen zum Bündnispartner gemacht wird, das Modell selbst allerdings auf allen Wegen geschwächt werden soll. Hinter den Angriffen steht auch die Motivation, gestärkt in die nächste Runde der Genf-III-Verhandlungen zu gehen und die Selbstverwaltung Rojavas zu schwächen und wenn möglich zu zerstören. Dazu soll Şêxmesûd um jeden Preis unter Kontrolle gebracht werden. Die Türkei verfolgt mit dieser Politik noch eine eigene Rechnung, indem sie durch systematische Angriffe und Provokationen Rojava in eine Eskalation treiben will, die ihren Einmarsch rechtfertigen würde. So sind auch die Versuche, Anschläge in der Türkei den YPG unterzuschieben, und der Artilleriebeschuss der Städte Rojavas durch die Türkei zu werten.

Wesentliches Fazit muss jedoch sein, dass heute mehr denn je auch in unserer politischen Analyse die Grenzen innerhalb Kurdistans eine immer geringere Rolle spielen und die Akteure nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. So wie der Widerstand in Nordkurdistan auch von den Erfolgen Rojavas inspiriert ist, so ist die Aggressivität des türkischen Staates gegen Rojava seinen eigenen Niederlagen in Nordkurdistan geschuldet. ♦

23 http://tr.hawarnews.com/kimyasal-silah-kullananlar-cenevre-gorusmelerine-katiliyor/

24 http://rudaw.net/turkish/middleeast/syria/090420161

25 http://tr.hawarnews.com/sukenks-ceteleri-sex-meqsudda-kimyasal-gazlar-kullandi/

26 http://tr.hawarnews.com/kdp-ve-turkiye-2-aydir-bolgeye-ilac-gecislerini-engelliyor/

27 http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/04/syria-kurds-federalism-regime-opposition-rejection.html

Ein Kobanê-Schulprojekt

»Jiyana nû – neues Leben«

Birgit Zwikirsch und Christian Katz

Seit einem Jahr engagieren sich zwei Oldenburger Schulen im Projekt »Jiyana nû« für den Wiederaufbau der Schulen in Kobanê.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Jîyana Nû – Neues Leben



Foto: dpa

Solidarität macht Schule

Viele gehen wieder zur Schule, ihre Zukunft in Kobanê braucht aber Unterstützung.

Anfang des Jahres 2015 wurde die syrisch-kurdische Stadt Kobanê zum Symbol des Widerstands gegen den sogenannten „Islamischen Staat".
Weltweit berichteten die Medien über die erfolgreiche Verteidigung der Stadt.
Aber der Kampf gegen die Terrororganisation forderte viele Opfer, er zwang Zehntausende BewohnerInnen zur Flucht und zurück blieb eine zu 80 Prozent zerstörte Stadt. Unter schwierigen Bedingungen bauen die Menschen in Kobanê seitdem ihre Stadt wieder auf.
Kobanê ist Teil der Region „Rojava" (kurdisch: Westen) im überwiegend von KurdInnen bewohnten Norden Syriens. Seit 2012 werden hier demokratisch organisierte Selbstverwaltungen gebildet, in denen die Gleichberechtigung der verschiedenen Religions- und Volksgruppen sowie von Frauen und Männern programmatisch festgelegt ist.
Von den angrenzenden Gebieten wurde und wird der Aufbau Rojavas behindert und angegriffen. Die nördlichen und östlichen Grenzen wurden geschlossen, der Warenverkehr und sogar Hilfslieferungen gestoppt bzw. strengstens kontrolliert. Weiterhin ist Rojava von militärischen Angriffen bedroht.
Trotzdem sind bis zum Anfang des Jahres 2016 bereits zwei Drittel der Bevölkerung nach Kobanê zurückgekehrt und beteiligen sich am Wiederaufbau. Auch viele derjenigen, die noch in den umliegenden Flüchtlingslagern leben oder nach Europa geflohen sind, möchten wieder in ihre Stadt zurück.

OBS Eversten





Ausgangspunkt des Projekts war eine Solidaritätsaktion für die êzîdischen Geflüchteten aus Şengal (Sindschar) im Herbst 2014. Das Entsetzen und die Betroffenheit über die Angriffe des sog. »Islamischen Staats« (IS) fanden auch an den Schulen ihren Ausdruck. Viele SchülerInnen haben familiäre oder freundschaftliche Beziehungen zu den Menschen in und aus den kurdischen Gebieten. Spontan gründeten sich an den beiden Oldenburger Schulen Gruppen zur Unterstützung einer Kleiderspendensammlung für die Geflüchteten. Engagiert betreuten SchülerInnen verschiedener Herkunft und religiöser bzw. weltanschaulicher Orientierung sowie Lehrkräfte gemeinsam die an der Schule eingerichteten Sammelstellen und fanden innerhalb der Schulen ebenso wie im schulischen Umfeld und der Öffentlichkeit große Unterstützung.

Aus der positiven Erfahrung dieser erfolgreichen Solidaritätsaktion entstand in den Gruppen der beiden Schulen das Bedürfnis nach einer kontinuierlichen und koordinierten Zusammenarbeit.

Den Rahmen dafür bildet aktuell das bundesweite Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (dessen Titel leicht als falsche Zustandsbeschreibung missverstanden werden kann und kritisiert wird). Mit dem Anschluss an das Netzwerk verpflichten sich beteiligte Schulen zu einem aktiven Engagement gegen Rassismus und gegen jede Form der Diskriminierung. Das beinhaltet sowohl eine konkrete Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der Schulen als auch das gesellschaftliche Engagement zu aktuellen Auseinandersetzungen und zu eigenen Schwerpunkten, die sich bei vielen Schulen herausgebildet haben.

Seit einem Jahr ist das Solidaritäts- und Schulpartnerschaftsprojekt »Jiyana nû – neues Leben« Schwerpunkt der beiden Oldenburger Schulen. Aktueller Hintergrund war die Zerstörung Kobanês nach der erfolgreichen Verteidigung der Stadt gegen die Angriffe des sog. »Islamischen Staats«, mit der Kobanê in einer breiten Öffentlichkeit zum Symbol des Widerstands wurde. Auf eine Initiative von SchülerInnen hin beschlossen die Gruppen, mit einem langfristig angelegten Projekt zum Wiederaufbau der Schulen in Kobanê beizutragen und langfristig nach Möglichkeit Schulpartnerschaften zu beginnen.

- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage -- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage -



Im September 2015 wurde der Schulbetrieb in sieben Schulen der Stadt Kobanê wieder aufgenommen.

Jiyana nû - Neues Leben

ist ein Solidaritäts- und Schulpartnerschafts-Projekt zwischen Schulen in Oldenburg und Kobanê. Im ersten Jahr 2015 wurde mit dem Erlös aus einem erfolgreichen Spendenlauf die Wiederaufnahme des Schulbetriebs in zwei Schulen in Kobanê unterstützt. Mit einem Briefkontakt wurde eine Schulpartnerschaft begonnen. Aber das Projekt braucht und sucht noch viele weitere TeilnehmerInnen und UnterstützerInnen.

Liebe Schulen, Vereine, Einrichtungen, Betriebe, Einzelpersonen ...

Helft/Helfen Sie mit beim Aufbau einer Zukunft für die Menschen im zerstörten Kobanê und für die Geflüchteten, die dorthin zurück kehren möchten. Insbesondere für die Kinder und Jugendlichen muss es die Aussicht auf eine Zukunft geben.

Unterstützt/Unterstützen Sie den Wiederaufbau der Schulen

- durch eine Beteiligung an den jährlichen Spendenprojekten der HLS und OBSE
- durch eigene Spenden- oder Partnerschaftsprojekte (Kontakt s.u.)
- durch das Aufstellen einer Spendendose in Ihrem/deinem Geschäft, Restaurant, ...
- durch eine Spende auf das Spendenkonto

Über die Entwicklung des Projekts informieren die Gruppen «Schule ohne Rassismus» regelmäßig auf den Websites der Schulen. (s.u.) Der Projekt-Blog gibt einen Überblick über das gesamte Projekt und Hinweise auf aktuelle Informationen über Kobanê und Rojava.

Hier das Spendenkonto:

Empfänger:
Schulen ohne Rassismus Oldenburg
Landessparkasse zu Oldenburg
Stichwort: Jiyana nu
IBAN: DE20 2805 0100 0023 1286 63

Kontakt: jiyana.nu.oldenburg@gmail.com (oder über die Schulen)
Infos: www.obs-eversten.de - www.hls-ol.de - http://jiyananu.blogsport.de







Ende Juni 2015 veranstalteten sie im Oldenburger Stadtwald als erste Aktion einen gemeinsamen Spendenlauf. Mehr als 1000 SchülerInnen hatten in ihren Familien und bei Bekannten mit Informationen über die Situation in Kobanê SpenderInnen für das Projekt geworben. Die Aktion fand große Zustimmung in der Schulöffentlichkeit sowie in der Lokalpresse, und als Ergebnis konnte dem Komitee für den Wiederaufbau Kobanês ein beachtlicher Betrag für die Schulen übergeben werden.

In einem Antwortschreiben des Komitees erhielten die Oldenburger Schulen die Nachricht über die Verwendung des Geldes für die Schulen »Miştenûr Kobanê« und »Şehid Osman«, in denen zusammen mit fünf weiteren Schulen im September 2015 der Schulbetrieb wieder aufgenommen wurde. Bewegt und motiviert durch den Kontakt und Fotos aus den Schulen in Kobanê wurde der erste Brief zum Beginn einer Schulpartnerschaft formuliert und auf den Weg gebracht.

Nach den Sommerferien 2015 beeinflussten die Ereignisse und Medienberichte im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung nach Europa auch die Fortsetzung des Kobanê-Projekts. Diskussionen und Aktivitäten an den Schulen und in den Gruppen »Schule ohne Rassismus« waren durch die konkrete Solidarität mit Geflüchteten und die Abwehr rassistischer Entwicklungen geprägt, im weiteren Verlauf auch durch die Auseinandersetzung mit Sexismus.

Gleichzeitig führte gerade diese Situation zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Bedeutung des Kobanê-Projekts. Informationen und Diskussionen über den Aufbau in Kobanê verdeutlichten den Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Projekt der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava. So wurde Solidarität mit Kobanê immer mehr als Beitrag zum Aufbau Rojavas verstanden, als Unterstützung einer Perspektive des gleichberechtigten Zusammenlebens von Frauen und Männern sowie der verschiedenen kulturellen und weltanschaulichen Bevölkerungsgruppen, und damit auch als Beitrag zur Verminderung von Fluchtursachen. Um diese demokratische Perspektive gegen die Blockade, Bedrohung und Angriffe von außen bekannt zu machen, zeigten die Schulen im Rahmen der »Internationalen Wochen gegen Rassismus« im März 2016 in Kooperation mit dem Oldenburgischen Staatstheater die Fotoausstellung »back to rojava« von »medico international«. Auch die Ausstellung, mit der zur Anerkennung von und Solidarität mit Rojava aufgerufen wird, fand in der Öffentlichkeit und Lokalpresse positive Aufmerksamkeit.

»Inzwischen ist für uns immer deutlicher geworden, dass wir mit dem Projekt nicht nur im Protest (gegen die Angriffe des sog. IS), sondern auch in der positiven Ausrichtung auf der richtigen Seite sind. Das demokratische Projekt Rojava gibt den Menschen, die dort leben, und denjenigen, die zurückkehren möchten, eine Perspektive, die auch den Grundgedanken der Initiative ›Schule ohne Rassismus‹ entspricht: Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern und von Menschen verschiedener kultureller und religiöser Bevölkerungsgruppen. Wenn wir, so wie wir es vorhaben, eine Schulpartnerschaft mit den Schulen in Kobanê anfangen, werden wir dadurch sicher noch eine ganze Menge lernen können.«

So begründen die Gruppen »Schule ohne Rassismus« in der Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung ihr weiteres Engagement im Projekt »Jiyana nû«. Sie werben, auch bundesweit, für eine Unterstützung und eine Beteiligung anderer Schulen an der Initiative. Für September ist ein weiterer Spendenlauf geplant.

Informationen unter: www.jiyananu.blogsport.de

Birgit Zwikirsch und Christian Katz koordinieren die Arbeit der Projektgruppen »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« an der Oberschule Eversten und der Helene-Lange-Gesamtschule in Oldenburg. ♦

Die kurdische Frauenbewegung auf der 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Nepal

Viele möchten von den Erfahrungen der kurdischen Frauen lernen ...

Meral Çiçek

Meral Çiçek, Vorsitzende des REPAK – Kurdisches Frauenzentrum für internationale Beziehungen, mit Sitz in Hewlêr (Arbil). Von 2004 bis 2013 war sie als Journalistin für die kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika tätig.

Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen fand vom 13. bis 18. März 2016 in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu statt. Motto der Konferenz war »Frauen erklimmen die höchsten Berge«. Befindet sich der höchste Berg der Erde, der Everest, doch in Nepal. An der Konferenz nahmen insgesamt 1300 Frauen aus 48 Ländern teil. In 10 Workshops diskutierten 560 Teilnehmerinnen zentrale Themen der Frauenbewegung. Die zwei Tage dauernde Generalversammlung der Basisfrauen bildeten 74 Delegierte sowie 8 Koordinatorinnen aus 40 Ländern.

Auch die kurdische Frauenbefreiungsbewegung, welche Teil der Koordination des Mittleren Ostens für die Weltfrauenkonferenz ist, war mit einer Delegation in Kathmandu vertreten. Aus allen vier Teilen Kurdistans sowie aus Europa war eine 8-köpfige Delegation angereist. Darüber hinaus haben weitere in Europa lebende kurdische Frauen an der Konferenz teilgenommen. Insgesamt waren so über 15 kurdische Frauen anwesend.

Seit der 1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Caracas/Venezuela in 2011 organisiert und gestaltet die kurdische Frauenbefreiungsbewegung im Rahmen der Regionalkoordination Mittlerer Osten die Konferenz entscheidend mit. In diesem Sinne ist sie in Nepal nicht nur als Teilnehmerin, sondern auch als Mitveranstalterin präsent gewesen.

Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen startete am ersten Tag mit einer Großdemonstration, an der etwa 2 000 Frauen teilgenommen haben. Im Anschluss fand die Eröffnungsveranstaltung mit politischen Reden und kulturellen Beiträgen statt. Zwei Tage lang wurden in Workshops verschiedene Themen, wie Frauenbewegung und Organisierung, Rolle der Frauen in Befreiungskämpfen, junge Frauen, Situation der Arbeiterinnen, Imperialismus, Kapitalismus und Frauenunterdrückung, sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Kriegssituationen behandelt. Anschließend diskutierten Frauen aus 40 Ländern auf der Generalversammlung der Delegierten die Situation der Frauen weltweit und fassten wichtige Beschlüsse. Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen endete an ihrem 6. Tag mit der Generalversammlung aller Teilnehmerinnen.

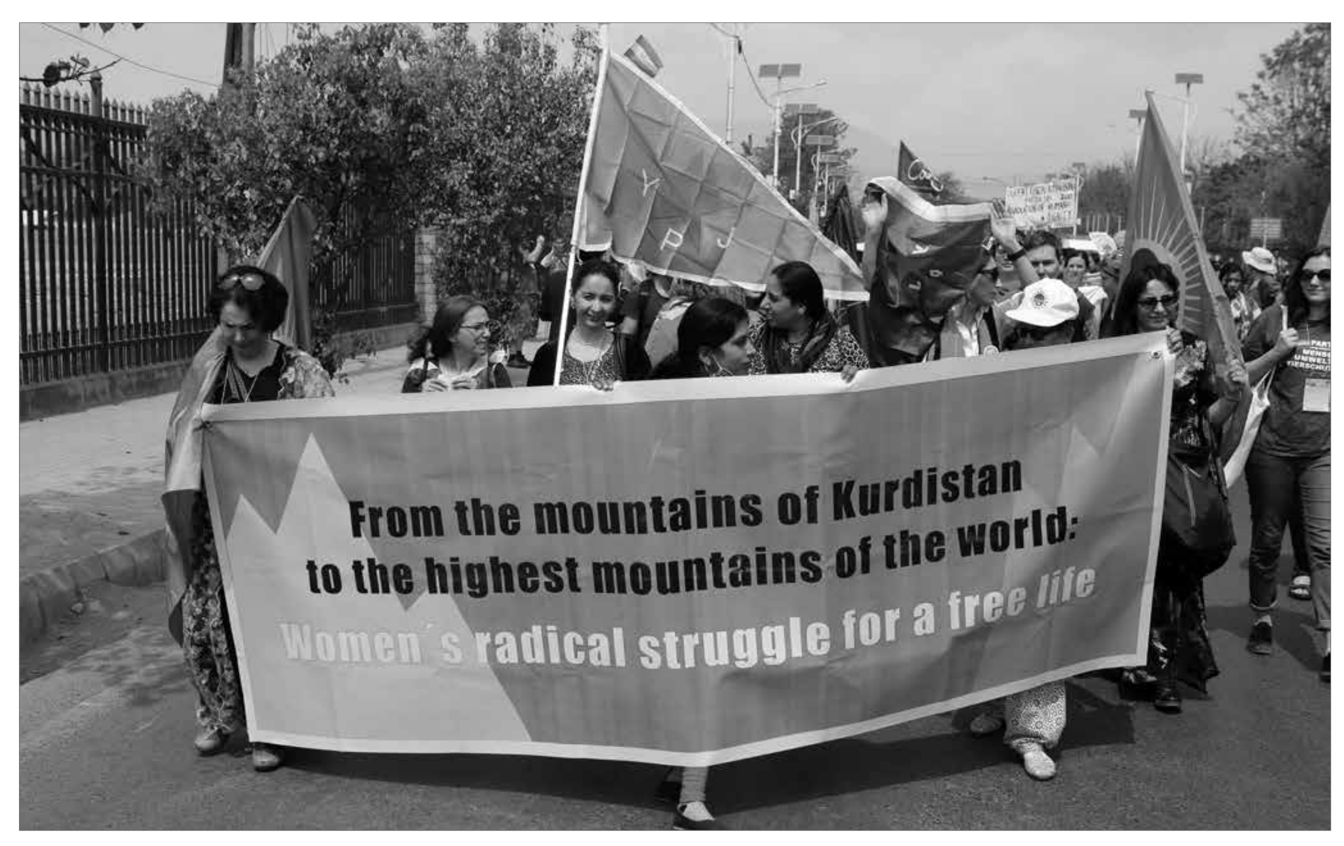
Dieser Artikel soll weniger Bericht der Konferenz sein, sondern sich vielmehr mit den Ergebnissen aus Sicht der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung befassen. Interessierte können die Ergebnisse sowie die Abschlusserklärung der Konferenz auf www.conferenciamundialdemujeres.org nachlesen.

Am stärksten wurde auf der Konferenz deutlich, dass sich weltweit die Angriffe des patriarchalen kapitalistischen Systems auf Frauen gemehrt und intensiviert haben. Überall auf der Welt ist dieser Anstieg zu spüren. Wir haben es mit einem universellen Trend zu tun, wobei sich die Art und Weise der Angriffe von Region zu Region ändert. An mancherlei Ort sind die Angriffe sehr grob und direkt, an anderer Stelle eher verdeckt. Beispielsweise stellen die Feminizide durch Gruppen wie den IS im Mittleren Osten, vor allem in Rojava/Syrien und Südkurdistan/Irak, und Boko Haram in Nigeria die krasseste, brutalste und direkteste Form von Angriffen auf Frauen dar. Wir können gar von einem systematischen Krieg gegen Frauen sprechen. Die Delegierten aus Indien haben berichtet, dass in ihrer Heimat täglich fünf Frauen ermordet werden, allein im letzten Jahr 60 000 Frauen vergewaltigt worden sind, aufgrund von Arbeitslosigkeit Menschen massenweise in Städte flüchten, Prostitution stark angestiegen ist und auch in häuslicher Gewalt ein starker Anstieg zu verzeichnen ist. Frauen aus Deutschland und den Niederlanden haben darauf aufmerksam gemacht, dass die von Frauen erkämpften Rechte immer stärker beschnitten und Arbeiterinnen immer mehr in den Niedriglohnsektor mit unsicheren Arbeitsbedingungen gedrängt werden.

Es ist von großer Wichtigkeit, diese lokalen Beispiele auf universeller Ebene zu bewerten und die Verknüpfung zwischen lokalen Geschehnissen und universellen Trends herzustellen. Andernfalls ist es nicht möglich, die Situation der Weltfrauen ideologisch zu bewerten. Denn wenn wir uns nur auf das Geschehen im eigenen Land konzentrieren, neigen wir dazu, das Ganze nur aus politischer Sicht zu ergründen. Natürlich gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Situation der Frauen in einem Land und der dort verfolgten und umgesetzten Politik. Aber diese lokalen Politiken sind meist Erscheinungen eines universellen Trends mit ideologischem Hintergrund. Und mit Ideologie ist hier die Gedankenwelt des patriarchalen, kapitalistischen Weltsystems gemeint. Aus diesem Grund müssen Frauen, um ein umfassendes Verständnis ihrer eigenen Situation erlangen zu können, sowohl eine politische als auch eine ideologische Perspektive entwickeln.

In diesem Zusammenhang spielen internationale Zusammenkünfte von Frauen, wie beispielsweise die Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen, eine wichtige Rolle. Denn dort wird uns anhand der Erfahrungen und Berichte von Frauen aus ganz anderen Teilen der Erde möglich, unsere eher lokale Sicht der Dinge auf eine höhere Stufe zu stellen. Uns wird möglich, unser eigenes kleines Bildchen in ein viel größeres Bild einzufügen und somit unsere Lage viel umfassender zu analysieren. Dies ist notwendig, da wir mit einem universellen System konfrontiert sind. Auch wenn wir auf lokalen Ebenen gegen das patriarchale System ankämpfen, müssen wir es doch als Weltsystem erfassen und begreifen können, um effektiv sein zu können.

Kommen wir wieder zurück zu unserer Feststellung, dass das patriarchale System überall auf der Welt seine Angriffe auf Frauen gesteigert und intensiviert hat. Was bringt uns diese Feststellung? Auf einem der zehn Workshops der Weltfrauenkonferenz hat eine Vertreterin der Frauenverteidigungseinheiten YPJ aus Rojava eine Rede über den Kampf der Frauen gegen IS sowie die dortige Organisierungsform von Frauen gehalten. In der Rede ging es auch um Selbstverteidigung. Unter Selbstverteidigung wird meistens körperliche Verteidigung verstanden. In Rojava und in anderen Teilen Kurdistans verteidigen sich organisierte Frauen mit der Waffe gegen den IS und den türkischen und iranischen Staat. In Indien verteidigen sich die Frauen der Gulabi Gang mit Knüppeln gegen gewalttätige Männer.



Die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen fand vom 13. bis 18. März 2016 in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu statt. Aus allen vier Teilen Kurdistans sowie aus Europa nahm eine 8-köpfige Delegation der kurdischen Frauenbewegung teil. Foto: Florian Aicher | artofax.ch

Aber geht es bei Frauenselbstverteidigung wirklich nur um das Abwenden von physischen Angriffen? Und ist Selbstverteidigung nur passiv? Als Frauen befinden wir uns seit 5 000 Jahren im Krieg mit dem patriarchalen System. Kriegserklärer sind nicht wir, sondern das System, das auf Versklavung, Unterdrückung, Leugnung, Kolonialisierung und Ausbeutung der Frau basiert. Dieses System versucht seit 5 000 Jahren uns nicht nur unserer Freiheit, sondern auch unserer Träume und Hoffnungen zu berauben. Denn nur so kann Widerstand gebrochen werden. Heute sprechen wir nicht nur von einer Intensivierung der patriarchalen Angriffe auf unsere Körper, unser Leben und unsere Rechte. Auch unser Geist befindet sich unter ständigem Angriff. Gegen diese Angriffe müssen wir uns verteidigen. Wir müssen unser Leben, unseren Körper, unsere Rechte und unseren Geist gegen jegliche Angriffe, egal in welcher Form, verteidigen. Und nicht nur das, wir müssen zugleich auch unsere Träume, unsere Hoffnungen, unsere Wünsche, unsere Perspektiven, unsere Utopien verteidigen.

Und hierfür bedarf es aktiver Verteidigung. Es reicht nicht aus, uns auf passive Weise nur gegen Angriffe zu verteidigen. Wir müssen aktiv unsere Träume und Hoffnungen, unsere Ziele und Wünsche umsetzen. Wir müssen den Grund für die Realisierung dieser Träume legen. Wir müssen aktive Aufbauarbeit betreiben. Die Lösung heißt Aufbau und Verteidigung. Nur so können wir uns wirksam gegen die verschiedenen Angriffe durch das patriarchale System wehren.

Die kurdische Frauenbefreiungsbewegung hat in diesem Kontext die 2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen entscheidend geprägt. Sowohl ihre praktischen und ideologischen Erfahrungen und der erreichte Grad an Organisierung als auch ihre Perspektiven haben nicht nur großes Interesse geweckt, sondern wurden auch als Beispiel anerkannt. Die Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung haben sowohl auf drei verschiedenen Workshops als auch auf der Generalversammlung immer wieder auf die Bedeutung der Frauenbefreiungsideologie für die Organisierung von Frauen aufmerksam gemacht. Dies wurde aufgefangen und es wurde beschlossen, in der Zeit zwischen zwei Weltfrauenkonferenzen (wahrscheinlich bis 2018) ein internationales Seminar zum Thema Frauenbefreiungsideologie zu veranstalten. Dieser Beschluss ist von großer Bedeutung, da an vielen Orten aus praktischer Sicht viel gekämpft wird, diese praktischen Kämpfe jedoch kaum theoretisiert und ideologisch bewertet werden.

In der Abschlussresolution von Kathmandu wurde erklärt, dass die gemeinsame Unterstützung des Kampfes in Rojava von besonderer Bedeutung ist, »weil das nicht nur ein Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, sondern ein Brennpunkt des weltweiten Kampfes für Freiheit und Demokratie und für die Verwirklichung der Befreiung der Frau war. (…) Rojava/Kurdistan ist ein leuchtendes Beispiel dafür, was kämpferische Frauen erreichen können, und ist ein Vorbild für den Kampf gegen patriarchale Strukturen«. Die Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung haben in Nepal versucht, auch dort diese Rolle zu spielen und die Gewinne und Erfahrungen der kurdischen Frauen den Weltfrauen näherzubringen. Beispielsweise das Paritätsprinzip sowie gleiche Partizipation von Frauen in allen politischen Ämtern und Rängen sind auf immenses Interesse gestoßen. Immer wieder wurde gefragt, wie es der kurdischen Frauenbewegung möglich gewesen ist, 50 : 50 politische Teilnahme zu erreichen. Letztendlich sind alle Gewinne der Frauenbewegung Ergebnis eines internen Kampfs. Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, die Etappen dieses Kampfes sowohl aus praktischer als auch aus ideologischer Sicht näherzubringen und verständlich zu machen.

Plattformen wie die Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen sind für die kurdische Frauenbewegung mittlerweile zu einem Ort einer stärkeren Universalisierung geworden. Indem die kurdische Frauenbewegung ihre Gewinne, Erfahrungen und Ziele mit den Frauen der Welt teilt und diese von ihrem Kampf profitieren lässt, stärkt sich der universale Charakter nicht nur der Frauenbefreiungsideologie, sondern der Bewegung selbst. In diesem Zusammenhang hat die kurdische Frauenbefreiungsbewegung vor allem in den letzten Jahren, besonders zusammen mit dem von Frauen geführten Widerstand gegen IS und dem Aufbau eigener demokratischer Strukturen, eine neue Stufe erreicht. Zwar kämpft sie weiterhin in Kurdistan und baut dort alternative Strukturen auf. Aber der Zusammenhang zwischen ihrem Kampf auf der lokalen Ebene und dem Universalcharakter ihrer Ideologie ist sehr viel stärker geworden. Immer mehr ziehen die Berge Kurdistans Vertreterinnen verschiedener Frauenbewegungen an. Viele möchten von den Erfahrungen der kurdischen Frauen lernen oder sich ausbilden lassen in Frauenbefreiungsideologie. Von Seiten vieler Frauenorganisationen wird der kurdischen Frauenbewegung in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle beigemessen. Ohne Zweifel ist auch die kurdische Frauenbefreiungsbewegung mit verschiedenen internen und externen Schwierigkeiten konfrontiert. Sie ist nicht perfekt. Aber wenn wir uns die Situation der Weltfrauen vor Augen halten, können wir doch behaupten, dass die kurdische Frauenbefreiungsbewegung in ideologischer, organisatorischer, politischer und sozialer Hinsicht eine der stärksten, wenn nicht sogar die stärkste Frauenbewegung heute darstellt. Die kurdische Frauenbewegung rühmt sich dessen nicht, sondern konzentriert sich auf die Verantwortung, welche diese Position mit sich bringt – für sich und die Weltfrauen. ♦

Kriminalisierung und Politik

Politische Inhaftierung ist per se kontraproduktiv

Interview mit Martin Dolzer

Martin Dolzer, Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft, Sprecher der Linksfraktion für Europa- und Friedenspolitik, Rechtspolitik, Wissenschaft und Queer

Wie viele Kurd*innen sind momentan in der BRD aufgrund des §129b inhaftiert?

Aktuell befinden sich aufgrund des Paragraphen 129b StGB sieben Kurd*innen, die sich für die Menschenrechte engagieren und deren Engagement einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage gilt, als politische Gefangene in Haft. Bis vor kurzem befanden sich zwei von ihnen in Hamburg, Bedrettin Kavak und Mehmet Demir. Mehmet Demir wurde vom Oberlandesgericht (OLG) Hamburg zu drei Jahren Haft verurteilt und gerade nach Bremen verlegt, Bedrettin Kavak befindet sich in Untersuchungshaft – sein Prozess wird voraussichtlich jetzt am 3. Mai beginnen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft ihnen keine Straftaten vor, sondern Newrozfeste und Demonstrationen organisiert und Konflikte in der kurdischen Community geschlichtet zu haben – als Beweis für ihre Funktion als Kader der PKK. Die aufgrund § 129b inhaftierten Kurd*innen in Hamburg und weiteren Städten müssen sofort freigelassen werden. Politisch ist das ohnehin notwendig, weil die Kriminalisierung der PKK und die Inhaftierung politischer Gefangener nie zu einer Konfliktlösung beiträgt, sondern im Gegenteil im Fall der Türkei systematisches staatliches Unrecht unterstützt, bewusst zur Destabilisierung beiträgt, weitere Fluchtursachen verstärkt und deshalb völliger Unsinn ist. Auch aus juristischer Sicht wäre die Freilassung gegeben. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied am 28. Oktober 2010, dass zukünftig der Paragraph 129b des Strafgesetzbuches gegen die PKK und deren Nachfolgeorganisationen angewandt werden soll. Der § 129b ist verfassungswidrig. Es wird der Exekutive – dem Justizministerium – überlassen zu entscheiden, ob eine ausländische Organisation terroristisch ist oder ob sie legitimen Widerstand gegen eine Diktatur leistet oder als legitime Befreiungsbewegung gelten darf. Dadurch wird die Gewaltenteilung aufgehoben. Damit werden Strafrecht und Gerichte im Rahmen eines Feindstrafrechts für politische Interessen missbraucht. Der § 129b gehört endlich abgeschafft.

Du besuchst Mehmet und Bedrettin regelmäßig. Was ist Deine Motivation, das zu tun?

Als Mensch finde ich es wichtig, Menschen, die zu Unrecht inhaftiert sind, weil sie sich für Menschenrechte und ein würdiges Leben ohne Erniedrigung, Folter und staatliche Willkür einsetzen, meine Solidarität zu zeigen, und als justizpolitischer Sprecher der Linksfraktion ist es darüber hinaus meine Aufgabe, mich um die Situation von Menschen in Haft zu kümmern, insbesondere in Bezug auf die Haftbedingungen und die Gesundheit. Obwohl das OLG Hamburg bei der Urteilsbegründung gegen Mehmet Demir der Ansicht war, dass die Türkei mit dem Islamischen Staat (IS) zusammenarbeitet und Militär und Polizei systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, gesteht es den Kurd*innen auf Grundlage der politischen Entscheidung des Justizministeriums weiterhin kein Recht auf Selbstverteidigung zu. Das finde ich absurd. Es ist doch ein fatales Signal, dass das Justizministerium und die BAW Prozesse gegen mutmaßliche Mitglieder der PKK zu einer Zeit anstrengen, da PKK-Einheiten im Mittleren Osten in der direkten Auseinandersetzung mit den Terrorbanden des IS stehen und dadurch Hunderttausende Êzîd*innen, Christ*innen und Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen vor Misshandlung und Ermordung schützen. Die PKK sollte endlich auch von der Bundesrepublik als Dialogpartnerin anerkannt und entkriminalisiert werden. Das würde viel mehr zu einer friedlichen Entwicklung und Demokratisierung der Türkei und im Mittleren Osten beitragen als die nahezu bedingungslose Waffenbrüderschaft mit der türkischen Regierung, die die kurdische Bevölkerung mit Panzern und Scharfschützen angreift, mit dem IS zusammenarbeitet, Frauen degradiert und Demokratie und Menschenrechte mit Füßen tritt. Die Guerilla der PKK, die HPG (Volksverteidigungskräfte), ist eine in militärischen Formationen gegen überwiegend militärische Ziele auf türkischer Seite vorgehende Organisation. Damit ist sie eine Konfliktpartei in

einem bewaffneten Konflikt im Sinne des Völkerrechts. Der bewaffnete Kampf der HPG ist gemäß dem ersten Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen nicht illegal, da er sich gegen lang anhaltende rassistische oder koloniale Unterdrückung richtet und für das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes im Rahmen des humanitären Völkerrechts geführt wird. Der BGH ist allerdings der Ansicht, dass das erste Zusatzprotokoll auf die PKK nicht anzuwenden wäre, weil Kurdistan keine Kolonie, sondern ein Ergebnis der Vereinbarungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges sei. Auf diese Weise versucht der BGH absurderweise, die kolonialen Setzungen des Vertrags von Lausanne zu zementieren bzw. erneut zu setzen, anstatt sie zu hinterfragen. Die PKK wirkt darüber hinaus für multiethnisches und multireligiöses Zusammenleben sowie für Demokratie und Frieden in der Türkei und im Mittleren Osten. DIE LINKE fordert schon lange die Aufhebung des PKK-Verbots und die Streichung der Organisation von der EU-Terrorliste.

Wie sind die Haftbedingungen der Gefangenen?

Die Haftbedingungen im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis sind im Allgemeinen schlecht. In den letzten Jahren gab es dort immer wieder Selbstmorde und Selbstmordversuche. Einige Räume und Zellen schimmeln, die meisten Wärter*innen sind offenbar umgänglich und handeln human, Einzelne agieren jedoch auch willkürlich, erniedrigend oder sadistisch. So weit zur allgemeinen Situation. Als Mehmet Demir noch in Hamburg war, haben sich die beiden in unterschiedlichen Sonderabteilungen befunden und waren teilweise isoliert. Beide hatten erst nach vielfachen eigenen Beschwerden und der zusätzlichen Intervention von Anwält*innen sowie auf parlamentarischer Ebene den nötigen Zugang zu Gesundheitsversorgung und sportlicher Betätigung. Bei Mehmet Demir hat es teilweise mehr als ein Jahr gedauert, bis ihm Selbstverständlichkeiten zuteilwurden. Nun hat er ein Recht auf Arbeit erwirkt – er dürfte Schrauben in seiner Zelle drehen. Das aber war nicht sein Anliegen. Es geht ihm vielmehr um die Möglichkeit, sich zu bewegen und regelmäßig zu kommunizieren. Isolationshaftbedingungen sind ja dazu gedacht, Menschen zu deprivieren und dadurch ihren Willen zu brechen. Ein Widerspruch zum selbstgesetzten Ziel des Strafvollzugs als Mittel der Resozialisierung.

Bedrettin Kavak war in der Türkei schon mehr als zwanzig Jahre inhaftiert und wurde dort schwer gefoltert. Für ihn ist gesundheitliche Versorgung besonders wichtig. Besuche der beiden können, außer bei Anwält*innen und Parlamentarier*innen, nur im Beisein von Beamt*innen des Landeskriminalamtes (LKA) stattfinden. Bei Mehmet hatten LKA-Beamt*innen, mit denen die Besuche koordiniert werden müssen, fast ein Jahr lang durch oftmalige Nichtanwesenheit der oder des Zuständigen oder durch andere Beamt*innen in Form von Fragen wie »Gehören Sie auch der PKK an?« Besucher*innen abgeschreckt. Das hat sich erst nach Beschwerden auf parlamentarischer Ebene geändert. Bedrettin und Mehmet lassen sich allerdings nicht durch Maßnahmen der Isolation oder die Bedingungen in Haft brechen, obwohl sie die Haft an sich zu Recht als großes Unrecht empfinden.



Haben die Gefangenen Forderungen in Bezug auf ihre Haftsituation, und wenn ja, welche? Wäre es nicht aufgrund ihrer Situation angebracht, dass ihnen untereinander eine regelmäßige Kommunikation zugesprochen wird?

Mehmet Demir fordert normale Haftbedingungen. Er fordert zudem, dass Besuche bei ihm nicht mehr verhindert werden sollen. Es dauerte zudem ein Jahr und viele Beschwerden, bis er Bücher bekam. Dass die Besuche lediglich in Anwesenheit von Beamt*innen des LKA und ohne Recht, die Besucher*innen zu berühren, stattfinden, ist ebenfalls störend. Die Zellen werden offenbar wöchentlich durchsucht, obwohl dazu kein Grund besteht. Bedingungen der Isolation verstoßen ohnehin gegen die Menschenrechte. Ziel von Isolation, auch wenn sie nicht vollkommen ist, ist immer Deprivation. Das bedeutet den gezielten Versuch, die Integrität und Würde und dadurch den politischen Willen von Gefangenen durch Entziehung äußerer Reize zu brechen. Deshalb ist es notwendig, jegliche Sondermaßnahmen der Isolation zu beenden – und dazu gehört natürlich auch, den Gefangenen die Kommunikation untereinander zu ermöglichen.

Gibt es eine Solidaritätsbewegung zur Freilassung der Inhaftierten?

Ja, die gibt es. Es finden regelmäßig Kundgebungen für die inhaftierten Freunde statt. Die Gruppe ist allerdings bisher viel zu klein. Ich finde es sehr wichtig, von Unrecht Betroffene nicht alleinzulassen. Abgesehen davon sind Gefängnisstrafen, insbesondere in politischen Auseinandersetzungen, niemals eine Lösung, sondern Teil des Problems. Insgesamt wird die Würde des Menschen in Haft auf vielfache Weise angegriffen. Es gilt daher: Freiheit für alle politischen Gefangenen! ♦

Stimmen aus dem Knast

Ein Brief anlässlich der Menschenrechtswoche

Mehmet Demir, Dezember 2015

Seit Gründung des Systems »Staat« hat die Gesellschaft bis heute keinen Vorteil davon und kein ruhiges Leben gehabt. Weil es zum Vorteil der Unterdrücker auf der Basis der reaktionären, feudalistischen Stammesmentalität aufgebaut wurde, hat es insbesondere in islamischen Ländern mehr gesellschaftliche Widersprüche geschaffen. Darum hat es niemals zur Entwicklung einer gerechten und demokratischen Gesellschaft geführt. Seitdem haben die Führungen und Regierungen für ihre Hegemonie jegliche Art von Menschenrechtsverletzungen begangen, die Gesellschaft unterdrückt, besonders die Rechte von Frauen und Kindern nicht beachtet und sie rechtlos gemacht.



Mehmet Demir

wurde am 29. August 2014 in Bremen festgenommen, der Haftbefehl am nächsten Tag eröffnet. Am 28. August 2015 verurteilte ihn das Oberlandesgericht (OLG) Hamburg zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sich Mehmet Demir zwischen Januar 2013 und Juli 2014 als Leiter verschiedener Sektoren betätigt hat. Die Beschuldigungen erstreckten sich – wie bei anderen auch – ausgerechnet auf den Zeitraum, in dem die PKK nach einem Aufruf von Abdullah Öcalan die Waffen ruhen ließ, um den Weg für eine politische Lösung der kurdischen Frage zu ebnen. Nicht nur aus diesem Grund hatte die Verteidigung auf Freispruch plädiert.

Gegen das Urteil hatte die Verteidigung Revision eingelegt, die am 23. Februar 2016 vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) verworfen wurde. Damit ist das Urteil des OLG Hamburg rechtskräftig. Mehmet Demir wurde in die JVA Bremen-Oslebshausen verlegt. »Wir Kurden dürfen ja nicht einmal ein Fest feiern, ohne als Terroristen angesehen zu werden. Nur der türkische Staat hat das Recht zu töten. Wenn wir uns gegen die Besatzung wehren, werden wir als Terroristen verurteilt«, hatte Mehmet Demir am Tag der Urteilsverkündung erklärt. (AZADÎ)

Die westlichen Länder unterscheiden sich nicht viel von den östlichen. Obwohl man sich im Westen als am fortschrittlichsten, demokratischsten, gerechtesten versteht, werden dort jeden Tag die Menschenrechte verletzt. Weil sie dort schleichend und verdeckt verletzt werden, ist es da gefährlicher als in den östlichen Ländern, wo dies ganz offen geschieht. Menschenrechtsverletzungen werden vom Westen bei jeder Gelegenheit zur Sprache gebracht und für seine Industrieprodukte und Vorteile missbraucht. Mit dieser Methode haben sie die betroffenen Länder manchmal jahrelang in der Hand und verursachen Kriege, die jahrelang andauern. Durch diese Kriege werden die Menschen massenhaft Hunger, Vertreibung und Flucht ausgesetzt. Mit internationalen Beschlüssen werden Banden wie Al-Qaida und Al-Nusra unterstützt. Wenn sie die Kontrolle über sie verlieren und sie als Gefahr sehen, dann werden diese Gruppen als Feinde deklariert, um die Kriegsziele verfolgen zu können. Die Industrieländer verkaufen ihre Waffenprodukte an die Kriegsteilnehmer, verursachen Katastrophen und greifen dann selbst auch ein, um sie unter Kontrolle zu bringen. Das kennen wir von den imperialistischen Kräften in Afghanistan, Irak, Palästina, wo sie mit Israel, der Türkei, Saudi-Arabien und Katar Schulter an Schulter stehen, um ihre Macht vor Ort zu sichern.

Bis vor kurzem wurde besonders die Türkei unterstützt. Nachdem der türkische Staat mächtig genug geworden war, hat der Tyrann Erdoğan begonnen, mit seiner AKP sein Sultanat aufzubauen und sich der Kontrolle der USA und EU zu entziehen. Deshalb nimmt ihn niemand ernst. Er will die osmanische Zeit zurückbringen und alle Kräfte von sich abhängig machen. Der türkische Staat unter der Führung der AKP Erdoğans verletzt die Menschenrechte – vorher war es auch so gewesen, aber jetzt werden auf höchster Ebene Zerstörung, Verleugnung, Massaker initiiert, die Vernichtung der Orga-

nisationen, Verbote für die und Verhaftung der kurdischen Politiker, Presseverbote und Verhaftung der Journalisten bis hin zum Mord am Vorsitzenden der Anwaltskammer Amed (Diyarbakır) und Menschenrechtsorganisationsgründer Tahir Elçi, außerdem die Massaker in Pîrsûs (Suruç) – 33 junge Menschen verloren ihr Leben –, Amed und Ankara. Zweifellos wird Erdoğans Version von Politik »ein Staat, eine Fahne, ein Volk, eine Sprache und ein Erdoğan« praktiziert.

Zusätzlich hat seine AKP-Regierung ununterbrochen finanziell und moralisch die Al-Nusra- und Daesch-*[Islamischer-Staat-]*Banden unterstützt, die von Menschlichkeit nichts kennen. Diese Banden haben ihre Ausbildungscamps in türkischen Städten errichtet, haben vom Staat alle mögliche militärische Unterstützung bekommen. Erdoğan kaufte Erdöl direkt von Daesch und vermarktete es (um sich selbst zu versorgen und auch vom Verkauf zu profitieren). Das ist allseits und belegbar bekannt. Die USA und die EU und besonders der deutsche Staat wissen es seit vier Jahren. Deutschland und die Türkei haben am 04.11.2014 eine offizielle Vereinbarung getroffen, die in der Presse der Türkei veröffentlicht wurde. Danach hat die AKP Erdoğans versprochen, dass die türkische Regierung gegen Daesch vorgehen werde. Ohne Zweifel hat jeder gesehen, dass die westlichen Alliierten irregeführt wurden. Darum wissen alle Bescheid und glauben Erdoğan nicht. Seit dem 24.07.2015 bekämpft er das kurdische Volk und die Befreiungsbewegung Kurdistan Tag und Nacht. Auch gegen die YPG und YPJ *[Volks- und Frauenverteidigungseinheiten in Rojava]* leistet Erdoğan Daesch immer noch jegliche Hilfe.

So behält er seine feindselige Haltung gegenüber den Kurden bei. In Nordkurdistan gab es in vielen Städten (Cizîr/Cizre, Nisêbîn/Nusaybin, Farqîn/Silvan, Amed-Sûr, Dêrik, Gever/Yüksekova und vielen anderen) Zerstörungen wie in Kobanê. Circa hundert Frauen und Kinder wurden getötet.

Anlässlich der Menschenrechtswoche (10.–17. Dezember) veröffentlichten der Menschenrechtsverein (IHD) und die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) am 19.12.2015 einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei 2015. Er beinhaltet Folgendes:

- 173 Zivilpersonen wurden von Soldaten und Polizisten getötet, mehrheitlich Kinder und Frauen.

- 6744 Personen wurden in Untersuchungshaft genommen, darunter viele Politiker und etwa 20 Bürgermeister der Partei HDP *[Demokratische Partei der Völker]*.

- 28 Personen verloren im Gefängnis ihr Leben.

Newroz 2013 wurde eine Erklärung des Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan zur Lösung der kurdischen Frage verlesen, die einen Waffenstillstand, einen Aufruf zum Frieden sowie eine politische Lösung des Kurdenproblems beinhaltete. Danach wurden bis zum 28.02.2015 Verhandlungen geführt und eine beidseitige Zehnpunktevereinbarung für den Frieden veröffentlicht. Leider hat Erdoğan die Verhandlungen aus Machtinteresse und für seine Vorteile beendet und danach den Krieg gegen die PKK und das kurdische Volk begonnen. Seit April 2015 ist Abdullah Öcalan vollständig isoliert. Diese vollkommene Isolationshaft ist einzigartig auf der Welt.

Erdoğans AKP-Regierung hält sich weder an internationales noch an türkisches Recht. Er will mit der Isolation und psychologischem Druck den Willen des kurdischen Volkes brechen.

Die eben erwähnten Taten praktiziert der AKP-Staat Erdoğans jeden Tag. Trotzdem wird er von der EU und besonders Frau Merkels Regierung hofiert. Als die EU-Staaten Herrn Öcalan der Türkei auslieferten, rechneten sie nicht mit dem Aufstand der Kurden und missachteten deren Gefühle. Anstatt sich gegen den türkischen Staat zu stellen, wählten sie das Schweigen. Trotz einiger Äußerungen gegen die Daesch-Unterstützung der Türkei und für ein Ende der türkischen Angriffe auf die Kurden und die Freiheitsbewegung PKK lässt Erdoğan weiter bombardieren.

Seit 16 Jahren wird das Schweigen nicht ernsthaft gebrochen und die alte Politik weiterverfolgt.

Obwohl mehrere Staaten, wie Russland, Iran, Irak, USA, die EU, und der tschechische Staatspräsident Herr Miloš Zeman ein Ende der türkischen Angriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung gefordert haben, macht die Türkei weiter. Diese Länder beweisen keine ernsthafte und menschliche Haltung. Für eine dauerhafte Lösung müssen den Worten auch Taten folgen. Solange unter der Losung »Krieg gegen Daesch« ein Verteilungskrieg geführt wird, Syrien dafür bombardiert wird und die Gruppen dafür bewaffnet werden, kann keine Lösung des Problems gefunden werden.

Kein Staat fragt sich, was aus der Bevölkerung wird. Durch jeden Luftangriff werden die unter Daesch leidenden Menschen getötet. Wer fragt, wie viele Zivilisten durch die Luftangriffe getötet wurden? Niemand.

Die westliche Koalition hat sich, in Wien vier, fünf Mal unter Beteiligung der Türkei und Saudi-Arabiens, für die Lösung in Syrien getroffen. Ohne Ergebnis. Das wird niemals ein Ergebnis bringen, solange diejenigen, die wirklich gegen Daesch sind und eine Perspektive für Syriens Probleme haben, nicht beteiligt

werden. Solange die kurdische Bewegung in Rojava nicht an den Verhandlungen teilnimmt, wird es keine Lösung geben. Die Türkei und Saudi-Arabien wollen ihre eigene Lösung.

Das Vorhaben der EU für die Lösung in Syrien: Seit einem Jahr werden nur das Flüchtlingsproblem und Daesch diskutiert. Zahlreiche Treffen haben dennoch keine Lösung gebracht. Das Problem wird dadurch noch unlösbarer. Solange sich diese Haltung nicht ändert, kann es keine Lösung geben. Das Grundproblem der Gesellschaft kann von den Staaten nicht gelöst werden, die selbst nicht die Menschenrechte beachten, obwohl dies in ihrer Verfassung verankert ist.

Wenn jemand wie der Präsident der EU-Kommission, Herr Juncker, einen Mörder wie Erdoğan umarmt, der an der Tötung so vieler Zivilisten beteiligt ist, der nachweislich Daesch und Al-Nusra unterstützt, wie kann man ihm glauben, ihn ernst nehmen?

Drei Milliarden Euro gehen an Erdoğan, um Flüchtlinge daran zu hindern, aus Syrien nach Europa zu gelangen. Auf den Einwand eines Journalisten, dass die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zunähmen, sagte Juncker: »Es ist nicht die Zeit, über Menschenrechte zu reden. Unser Problem ist, mit der Türkei das Flüchtlingsproblem zu lösen.«

Gleichzeitig reiste die Kanzlerin in die Türkei, um die AKP Erdoğans bei der Parlamentswahl am 1. November zu unterstützen. Obwohl sich in Deutschland etliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Abgeordnete der Oppositionsparteien dagegen ausgesprochen hatten. Im Serail Erdoğans ließ sie sich im goldenen Sessel nieder. Damit leistete sie seiner AKP Wahlhilfe, ihr Besuch hat viele Stimmen gebracht. Bei dem Treffen mit Erdoğan machte sie ihm große Hoffnungen. Kurz nach ihrer Rückkehr wurden einige kurdische Politiker, die für Demokratie und Frieden arbeiteten, verhaftet und eingesperrt. Dagegen Taha, ein Berater Erdoğans, gegen den fünf oder sechs Strafen anhängig waren, wurde freigesprochen, als hätte er nichts getan. Um die Kritik an ihr abzumildern, sagte Frau Merkel: »Es ist wichtig, dass die Türkei an den Verhandlungstisch zurückkehrt und die Friedensverhandlungen mit den Kurden fortsetzt.« Das war aus folgenden Gründen nicht ernst gemeint:

Das kurdische Volk und seine Freiheitsbewegung bauen ihre eigene freie und demokratische Gesellschaft auf und verteidigen sie.

Es dauert nun ein Jahr und vier Monate, dass das kurdische Volk gegen den menschenfeindlichen Daesch kämpft, große Erfolge erzielt und diese verteidigt. Die AKP-Regierung nimmt jede Gelegenheit zum Anlass, die Kurden und deren Erfolge zu vernichten. Ständig werden die Kurden in Rojava und Nordkurdistan angegriffen. Die Massaker von Pîrsûs, Amed und Ankara finden gegen die Kurden jeden Tag statt.

Statt den Kurden ihr Beileid zu bekunden, hat Frau Merkel leider Erdoğan ihr Beileid ausgesprochen.

Bis heute hat sie kein Wort über Kobanê und Nordkurdistan verloren. Es ist offensichtlich, dass Merkels Regierung und besonders sie selbst kein Interesse am kurdischen Volk haben.

Was haben die Kurden Euch getan, dass Ihr auf ihrem Rücken schmutzige Vereinbarungen trefft? Wo sind Eure Gerechtigkeit und Demokratie geblieben, von denen Ihr ständig redet?

Wenn man das Verhalten der deutschen Regierung und der EU bewertet, sieht man, dass sie sich distanziert verhalten und letztlich gegen die Kurden entscheiden.

Wenn sie wirklich eine Lösung wollen, dann müssen sie Verantwortung übernehmen, Kurdenrechte anerkennen, die Erfolge in Rojava anerkennen und unterstützen.

Das PKK-Verbot muss auch aufgehoben werden und die elf Millionen Unterschriften, die für die Freiheit von Abdullah Öcalan gesammelt und der EU-Kommission überreicht wurden, müssen als Anlass zu Frieden, Demokratie und Freiheit der Kurden angenommen werden.

Wenn sie sie human und der eigenen Verfassung gemäß behandelten, würde ihnen von den Kurden und deren Freunden viel Respekt entgegengebracht werden. Das wäre auch ein Reichtum für Europa und Deutschland.

Ich möchte etwas zu mir sagen, damit richtig verstanden wird, wie mein Fall politisch und verfassungsverletzend behandelt wurde:

Seit ungefähr einem Jahr und vier Monaten bin ich im Gefängnis und verbringe dreiundzwanzig Stunden des Tages in einer Einzelzelle. Fast alles ist verboten. Obwohl die Gerichtsverhandlung seit vier Monaten beendet ist, bin ich immer noch in Isolationshaft.

Die Gründe für meine Festnahme lauten:
»Sie haben Unterschriften für die Freiheit Abdullah Öcalans gesammelt und Demonstrationen gegen die Angriffe der Türkei auf die Kurden organisiert und den Verhandlungsprozess unterstützt.«
»Sie haben für das *[internationale Kultur-]*Festival und Newroz Cola, Fanta, Wasser usw. besorgt.«

»Sie haben das Problem zwischen zwei êzîdischen Familien beigelegt.«
»Sie haben für Şengal (Sindschar) und Kobanê Abende organisiert und Unterstützung geleistet.«


ANF

Dafür haben BKA und Staatsanwalt seit zehn Jahren rund zehntausend Seiten, fünf bis sechs Ordner, vorbereitet. Sie beschuldigen mich als höheren Verantwortlichen der PKK und bestrafen mich nach § 129b (»Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland«).

Dafür wurde ich mit drei Jahren Gefängnis bestraft. Als ich diese Schande hörte, war ich entsetzt und schämte mich dafür. Es gab gegen mich keine Zeugen und Beweise außer Cola, Fanta und gesammelte Unterschriften.

Der deutsche Staat hat Zehntausende Euro Steuergelder verbraucht, um diese Beweise zu sammeln.

Auf der anderen Seite wäre es von großer Wichtigkeit, dass Gericht und Staatsanwalt Folgendes sagten und akzeptierten:

»Sie haben keine Straftaten begangen und Ihre Akte ist sauber.«
»Sie haben für die Freiheit und Demokratie Ihres Volkes gearbeitet.«
»Wir stellen PKK und Daesch nicht gleich (das heißt, als gute und schlechte Terroristen).«
»Wir akzeptieren das Attentat des MIT *[türkischer Nachrichtendienst]* auf die drei Politikerinnen in Paris nicht.«
»Der türkische Staat und die AKP-Regierung unterstützen Daesch seit vier Jahren. Es stimmt, dass die Türkei mit Lkws Waffen geliefert hat.«
»Die PKK hat seit 2013 bis jetzt (August 2015) nur wenige Vergeltungsschläge (13–14) geübt. Das heißt, sie hält sich an den Waffenstillstand.«
»Wir, die Staatsanwaltschaft, bedauern, dass die AKP am 24. Juli 2015 letztlich den Waffenstillstand gebrochen und die Verhandlungen beendet hat.«
»Die PKK hat keine gewalttätigen Demonstrationen organisiert.«
»Der türkische Staat ist kein Rechtsstaat, er missachtet die Rechte von Frauen, Kindern, Journalisten, Studenten und der kurdischen Politiker.«

Dabei haben Gericht und Staatsanwalt alles *[andere]* akzeptiert und deswegen insgesamt drei Jahre Haft gegen mich verhängt.

Obwohl ich nicht Jura studiert habe, bin ich entsetzt darüber. Wenn das Gerechtigkeit wäre, dann könnte jeder vor Gericht gestellt und bestraft werden. Was für Gerechtigkeit und Demokratie sind das?

Ich möchte wissen, ob die deutsche Bevölkerung weiß, dass die Rechte der Kurden in der Türkei keine Beachtung finden.

Wenn man für die Demokratie, Gleichheit und die Menschheit arbeitet und deshalb bestraft und ins Gefängnis gesteckt, der psychologischen Kriegsführung ausgesetzt wird und dies alles im Namen der Demokratie – wie lange kann man dazu stehen?

So viel Ungerechtigkeit ist verletzend.

Zweifellos ist diese Haltung nicht nur gegen die Kurden gerichtet, sondern auch gegen ihre Freunde. Letztes Jahr wurden gegen zwölf Abgeordnete der Partei DIE.LINKE wegen Unterstützung für die Kurdenrechte und Kobanê unterschiedliche Strafen bzw. Strafbefehle verhängt.

Ich habe dies anlässlich der Menschenrechtswoche geschrieben. Ich entschuldige mich dafür, dass es zu lang und unsystematisch geworden ist. Doch will ich noch erwähnen:

Ich werde vor allem alles tun, was für ein friedliches demokratisches Leben für alle Völker nötig ist. Mit einer festen Überzeugung im Rahmen des von Abdullah Öcalan entwickelten Paradigmas vom demokratischen Konföderalismus werde ich für eine gerechte Welt kämpfen.

Der Kampf geht weiter. Ich habe niemals meinen Glauben daran verloren. Solange ein Volk wie das kurdische unterdrückt wird, werden wir für dessen Rechte kämpfen. Seit Şengal und Kobanê bis heute haben die Kurden von ihren Freunden Unterstützung erfahren. Diese Unterstützung wird in Rojava und allen anderen Teilen Kurdistans zum Erfolg führen. Ich wünsche allen Erfolg. ♦

Die türkische revolutionäre Linke gerät zunehmend ins Visier der Bundesanwaltschaft

§129b-Verfahren werden ausgeweitet

Dr. Elmar Millich, AZADÎ e. V.

Während in Kurdistan ganze Stadtteile unter dem Beschuss der türkischen Armee in Schutt und Asche versinken, bleibt auch die Bundesanwaltschaft (BAW) nicht untätig, der BRD das Wohlwollen von Präsident Tayyip Erdoğan zu sichern, auf dass er Europa die Flüchtlinge vom Hals halte. Am 16. Februar wurde in Düsseldorf Muhlis K. unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§129b) festgenommen. Wie in den anderen Fällen werden auch ihm keine konkreten Straftaten vorgeworfen, sondern allgemeine politische Kadertätigkeiten für die PKK.

Damit befinden sich wieder sieben kurdische politische Aktivisten nach § 129b in Untersuchungs- oder Strafhaft. Kurz zuvor mussten die Justizbehörden den zu sechs Jahren Haft verurteilten Abdullah S. nach vier Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Der Grund dafür war die Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) in Leipzig, das in einem Revisionsverfahren ein Urteil der Vorinstanz aufgehoben und zur Neuverhandlung zurückverwiesen hatte. Grundlage für die Aufhebung des Urteils war eine formale Besetzungsrüge der Verteidigung an der Zuständigkeit des 5. Strafsenats am Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf. Die Verteidigung ist optimistisch, dass Abdullah S. aufgrund der langen bereits verbüßten Strafe ein neuer Haftantritt erspart bleibt.

Die kurdische Befreiungsbewegung wird auch weiterhin im Visier der BAW bleiben, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Kleine Anfrage der Linksfraktion bestätigt. Zwischen 2011 und September 2015 erteilte das Bundesjustizministerium 17 Ermächtigungen, gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden wegen des Verdachts auf Verstoß gegen § 129b zu ermitteln. Gegen 20 Personen mit politisch-kurdischem Hintergrund läuft seitens der BAW die Prüfung eines Anfangsverdachts im Zusammenhang mit § 129b.

Zunehmend interessieren sich die Sicherheitsbehörden aber auch für türkische linke revolutionäre Bewegungen in der Türkei. Beschränkte sich die Verfolgung seit 2003 bisher auf die Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKP-C), erfolgten 2015 auch Anklagen gegen zehn Personen, denen Tätigkeiten für die Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) vorgeworfen werden. Richteten sich die Ermittlungen laut Auskunft der Bundesregierung zunächst nur gegen die TIKKO (Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee) als angeblichen bewaffneten Arm der TKP/ML, wurde im Laufe der Ermittlung die gesamte TKP/ML von der BAW als terroristische Vereinigung eingestuft. In den nach den Verhaftungen herausgegebenen Presseerklärungen wies die BAW auch explizit auf gemeinsame Aktionen von AktivistInnen aus PKK und TIKKO hin. Um die Exilstrukturen der türkischen Linken in Deutschland angreifen zu können, greift die BAW zum bewährten Konstrukt der Vorfeld- und Tarnorganisationen. Alle Verhafteten sind aktiv bei der völlig legal arbeitenden Organisation Konföderation der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK). Auch ist die TKP/ML weder in Deutschland verboten noch auf der entsprechenden EU-Liste als terroristische Organisation geführt. Vorprüfungen, ob es sich um terroristische Vereinigungen handelt, werden von der BAW auch gegen die türkischen Organisationen Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Maoistische Kommunistische Partei (MKP) geführt.

Es stellt sich schon die Frage, warum die angeblich chronisch überlastete BAW plötzlich für den/die SteuerzahlerIn teure § 129b-Ermittlungen gegen linke revolutionäre Gruppen in der Türkei führt, die selbst auf der Seite der deutschen Linken nur wenigen ein Begriff sind. Die Gründe hierfür liegen in einem neuen Zusammenhalt zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und der türkischen Linken, die über lange Zeit durch ideologische Streitigkeiten mehr gegen- als miteinander arbeiteten. Diese Zusammenarbeit bahnte sich schon bei den Gezi-Protesten an und fand ihren Ausdruck in den Wahlerfolgen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bei den Parlamentswahlen 2015 auch im Westen der Türkei. Als Katalysator dient aber vor allem die Verteidigung von Kobanê und Rojava gegen den Islamischen Staat (IS), an der sich hunderte türkische Linke beteiligten und beteiligen. Die von Erdoğan

und der AKP vorangetriebene Entwicklung der Türkei im letzten halben Jahr wird sowohl von der kurdischen Befreiungsbewegung als auch von der türkischen Linken nicht mehr als taktische Phase angesehen, sondern als eine auf Dauer angelegte Faschisierung der Türkei – vergleichbar dem Militärputsch von 1980 –, die gleichermaßen legale wie revolutionäre Oppositionsarbeit unmöglich macht. Vor diesem Hintergrund wurde am 12. März im Kandil-Gebirge die Gründung des »Bundes der Revolutionären Bewegung der Völker« (TŞYG) bekannt gegeben, dem außer der PKK auch die Organisationen TKP/ML, THKP-C/MLSPB, MKP, TKEP-Leninist, TIKB, DKP, Devrimci Karargah und MLKP angehören. Ziel dieses Bündnisses ist der Kampf gegen die AKP, »die mit einer Politik der Restauration der Militärputsche vom 12. März 1971 und vom 12. September 1980 den Faschismus erneut institutionalisiert und eine neue faschistische Diktatur errichtet«. Der BAW sind diese Entwicklungen natürlich bekannt und sie nutzt die ihr durch den § 129b gegebenen Möglichkeiten eher im Sinn einer internationalen Aufstandsbekämpfungsinstitution denn als ein Organ der deutschen Rechtspflege. Die notwendigen Ermächtigungen dazu durch das Bundesjustizministerium zeigen, dass diese Art der Arbeit auch politisch gewollt ist. Die Bundesregierung räumt in der Antwort auf die Kleine Anfrage ebenfalls ein, dass die Verfolgung der Exilopposition auch auf Informationen beruht, die aus regelmäßigen Konsultationen deutscher und türkischer Sicherheitsbehörden herrühren.

Positive Entwicklungen gibt es in der Zusammenarbeit gegen die Repression deutscher Sicherheitsbehörden mit dem Hintergrund Türkei/Kurdistan. Am 20. Februar fand in Nürnberg ein internationales Symposium zur Kritik der politischen Justiz statt mit dem Schwerpunkt der aktuellen § 129-Verfahren gegen die kurdische und türkische Linke. Zu dieser Veranstaltung hatten die Internationale Vereinigung der RechtsanwältInnen des Volkes (IAPL) und der deutsch-kurdische Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD e.V.) aufgerufen. Getragen wurde die Veranstaltung vom Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland AZADÎ e. V., dem ROTE-HILFE-Bundesvorstand und der ImmigrantInnen-Organisation ATIK (Konföderation der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei in Europa). Nach der Eröffnungsrede des brasilianischen Menschenrechtsanwalts Prof. Dr. Júlio da Silveira Moreira schilderten die türkischen AnwältInnen Ercan Kanar und Eren Keskin die aktuelle Verfolgungssituation jeglicher Opposition in der Türkei. In der Nachmittags-Session berichteten deutsche AnwältInnen aus der Praxis der hier laufenden § 129b-Verfahren und anschließend VertreterInnen verschiedener europäischer Antirepressionsorganisationen über ihre Arbeit. Die Veranstaltung endete mit einer Abschlussresolution, in der u. a. die Abschaffung der Paragraphen 129, 129a und 129b, die Aufhebung des PKK-Verbots und die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert wurde.



Die türkische Regierung macht weiterhin Druck für eine noch stärkere Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Europa. Präsident Tayyip Erdoğan beschwerte sich, dass es während der Verhandlungen in Brüssel am 13. März über den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal KurdInnen erlaubt war, gegenüber dem Tagungsgebäude ein Protestzelt zu betreiben, wo auch Symbole der PKK und Fahnen mit dem Bild von Öcalan zu sehen waren. Bei ihrem Hauptanliegen, auch die syrischen kurdischen Organisationen wie Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und Volksverteidigungseinheiten (YPG) international als terroristisch einstufen zu lassen, beißt die Türkei allerdings wahrscheinlich hauptsächlich aufgrund US-amerikanischer Vorbehalte vorläufig auf Granit: Auf eine weitere parlamentarische Anfrage der Linkspartei räumte die Bundesregierung erstmals öffentlich ein, dass sie PYD und YPG nicht als terroristische Organisationen betrachte. Positiv ist auch, dass Mitte Februar über hundert EU-ParlamentarierInnen dazu aufgerufen haben, die PKK von der EU-Terrorliste zu streichen. ♦

Über gesellschaftliche Alternativen jenseits der Kategorien Ware, Geld, Markt und Staat

Von Paris nach Rojava und weiter

Manfred Sohn, Autor und Politiker, und Florian Grams, Doktorand an der Universität Hannover

Seit 2005 begann die kurdische Bewegung in Kurdistan ein alternatives Projekt auf der Basis von Kommunen aufzubauen. Der Staat wird dadurch überwunden, dass auf praktischer Ebene alle Strukturen in Selbstorganisation und Selbstverwaltung übernommen werden. Von Anfang an haben Frauenräte diesen Prozess im Kampf gegen patriarchale Strukturen angeführt. Mit dem Aufbau von Kommunen bezieht sich die kurdische Bewegung auf das Konzept der Pariser Kommune oder der spanischen sozialen Revolution in den 1930er Jahren. Newroz fand in diesem Zusammenhang eine Veranstaltung der Roten Hilfe e.V. OG Hannover, des Kulturzentrums Pavillon, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und des Verbands der Studierenden aus Kurdistan in Hannover mit Manfred Sohn, dem Autor von »Der dritte Anlauf: Alle Macht den Räten« (2012), Florian Grams, dem Autor von »Die Pariser Kommune« (2014) und Anja Flach, der Mitautorin von »Revolution in Rojava« (2015) statt. Thema war, das Erbe der Kommune, Erfahrungen als auch seine Ausformulierung durch die Klassiker für eine erneute emanzipatorische Praxis nutzbar zu machen, sowie die Bedeutung der Kommune für heutige Kämpfe, insbesondere in Rojava/Kurdistan. Manfred Sohn und Florian Grams haben auf unsere Bitte für den Kurdistan Report einen kurzen Beitrag verfasst. Die Veranstaltung in Hannover wurde durch Radio Flora dokumentiert:

http://www.radioflora.de/contao/index.php/Beitrag/items/die-pariser-commune-und-rojava-zwei-alternativen-zum-kapitalismus.html

Zusammenfassung eines Beitrags von **Manfred Sohn** zum Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung 145 Jahre nach der Pariser Kommune **»Von Paris nach Rojava – Perspektiven emanzipatorischer Gesellschaftsgestaltung«** am 19. März 2016 im Raschplatz-Pavillon in Hannover:

Auf den ersten Blick scheinen Welten zwischen den Ereignissen von Paris im Jahre 1871 und den aktuellen Bewegungen in Rojava zu liegen – räumlich wie vor allem zeitlich. Es könnte auch so scheinen, als ob die zeitgleich mit den Kämpfen in Syrien und der Türkei entstandene Bewegung von »O Topos Mou«, auf die in der Zweiwochenzeitschrift »Ossietzky« der hannoversche Journalist Rainer Butenschön hingewiesen hat, damit nichts zu tun hat. Diese Bewegung wurde 2007 in der 80 000 Einwohner zählenden Stadt Katerini gegründet, um Waldbrände zu bekämpfen, hat aber ihre Aktivitäten inzwischen auf soziale und kulturelle Bereiche ausgedehnt. So wurde eine »Soziale Apotheke« gegründet, die inzwischen durch eine kleine Sozialklinik ergänzt worden ist, und da die Troika-Diktate den »Hunger nach Griechenland zurückgebracht haben«, wie Butenschön schreibt, ist eine Bewegung »Ohne Zwischenhändler« entstanden, durch die regionale Produkte direkt an Konsumenten verteilt werden. Das alles wird jenseits von staatlichen Strukturen und Marktstrukturen organisiert. Der Gründer der Bewegung, Elias Tsolakidis, formuliert das so: »Wir sind kein Verein, wir haben keinen Vorstand, wir verwalten kein Geld. Wir sind unabhängig von Staat und Parteien.« Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch von Vollversammlungen getroffen und von themenbezogenen Freiwilligen-Kommissionen, die sich übers Internet organisieren, eigenverantwortlich umgesetzt. Vieles davon kommt Rojava-Kundigen bekannt vor.

Was verbindet Paris, O Topos Mou und Rojava? Offensichtlich sind dort Menschen aktiv geworden, die weniger durch theoretische Studien, sondern vor allem durch praktische Erfahrungen ihren Glauben an die Segnungen von Staat und Markt verloren haben und nun beginnen, ihre Angelegenheiten jenseits etablierter Strukturen in die eigenen Hände zu nehmen. Das ist an und für sich schon bewundernswert, könnte aber von uns, wo diese Staats- und Marktstrukturen für die meisten Menschen noch leidlich zu funktionieren scheinen, eben mit der Bewunderung eines Zuschauers betrachtet werden. Verfochten sei hier aber eine andere Betrachtungsweise, die so formuliert werden könnte: In diesen Beispielen scheint etwas auf, was für uns in Deutschland eminente praktische Bedeutung für unser eigenes politisches Handeln haben wird.

Das ist deshalb so, weil die Strukturen, die die Notwendigkeit des Handelns in den genannten Beispielen hervorriefen bzw. -rufen, dieselben sind, die unvermeidlich und für aufmerksame Menschen jetzt schon sichtbar auch bei uns ihre Wirkungen zu entfalten beginnen. Dies sei im Folgenden anhand von vier kurzen Thesen angerissen, deren Entfaltung ich in den Büchern »Der dritte Anlauf« und »Am Epochenbruch« versucht habe:

I) Die Pariser Kommune stand am Beginn der Konstitution dessen, was wir heute Kapitalismus nennen. Im Zentrum dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems steht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nicht mehr durch direktes Handeln der Menschen miteinander, sondern vermittelt über die Herstellung von Waren und ihren Austausch. Indem das geschieht, rückt in das Zentrum eines solchen Systems anstelle der Befriedigung dieser Bedürfnisse die Herstellung von Waren mit dem Ziel, aus dem Geld, das aufgewendet wurde, um die Dinge zu kaufen, die zur Herstellung von Waren benötigt wurden, mehr Geld zu machen. Kapitalismus ist auf die Formel zu bringen, aus G immer G‘ – mehr Geld – zu machen. Die Konstitutionsgeschichte dieses Systems ist voll von blutig niedergeschlagenen Versuchen, sich dieser Unterwerfung aller menschlichen Beziehungen unter die Formel G-G‘ zu widersetzen. Die Pariser Kommune war das bis dahin flammendste Fanal, das zu tun, weil es gelang, auf kommunaler Ebene in einer der damals größten Städte der Welt diesem Prinzip dasjenige der Selbstverwaltung entgegenzusetzen.

II) Das kapitalistische System reißt in seiner aufsteigenden Phase historisch alle ihm äußerlich gesetzten Schranken – religiöse, regionale, staatliche Grenzen, Zunftorganisationen usw. – nieder und bricht erst dann zusammen, wenn es an seiner »wahren Grenze«, wie Marx in den »Grundrissen« schreibt, anlangt. Sie ist erreicht, wenn alle nichtkapitalisierten Regionen der Welt und alle nicht in Warenform gepressten Bedürfnisse der Völker unter das Joch der Selbstzweckmaschine G-G‘ gezwungen sind.

III) Die Pariser Kommune war wie der große Versuch, der 1917 von der russischen Oktoberrevolution ausging und 1989 so kläglich endete, zum Scheitern verurteilt, weil er eine Rebellion in der noch aufsteigenden Phase dieses Systems war. O Topos Mou wie die Kämpfe in Rojava sind deshalb ein Fanal, weil sie die bisher kämpferischsten Erhebungen gegen die Zumutungen des Kapitalismus am Beginn der 2008 begonnenen finalen Krise dieses Systems sind, also sich schon in seiner absteigenden Phase entfalten. Dies ist der Fall, weil die von Marx analysierten Bedingungen, die die Grenze seiner Entwicklungsfähigkeit festlegen, eingetreten sind: Seit 1989 gibt es keine nennenswerten Regionen mehr, die noch zu kapitalisieren sind, und seit der sogenannten dritten industriellen Revolution werden beständig mehr Arbeitskräfte aus der Mehrwertproduktion herausrationalisiert, als neue Industrien sie wertbildend absorbieren können – deshalb die weltweit unentwegt ansteigende Zahl von dauerhaft Arbeitslosen in Griechenland, Nordafrika, Türkei, Spanien und zunehmend auch in den kapitalistischen Zentren selbst. Die große Wanderung der Millionen Menschen ist folglich keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise des global gewordenen und an seine wahre Grenze gekommenen Kapitalismus, die sich an den Fliehenden exekutiert.



IV) Die Struktur des Kapitalismus und seine notwendige Negation durch eine Gesellschaft jenseits der Kategorien Ware, Geld, Markt und Staat erklärt auch die besondere Rolle der Frauen, die sie sowohl in der Pariser Kommune als auch in Rojava und allen zukünftigen Kämpfen spielten, spielen und spielen werden: Das System kann nur existieren, indem alle der Verwandlung von Bedürfnissen in die Warenform entgegenstehenden Zusammenhänge abgespalten und an eine Gruppe von Menschen übertragen werden, die diese nicht unter die Formel G-G‘ pressbaren Bedürfnisse befriedigen kann. Dies betrifft vor allem die mit der Reproduktion zusammenhängenden Bedürfnisse und Fähigkeiten. Da keine Gesellschaft ohne Kinder auf Dauer existieren kann, kein Kind aber ohne Mutter auf die Welt kommt, ist diese Abspaltung nicht warenförmig zu machender Bedürfnisse geschlechtsspezifisch erfolgt. Die Rebellion der Frauen von Paris bis Rojava und darüber hinaus ist die logische Konsequenz dieser Abspaltung und weist gleichzeitig auf die Perspektive einer Gesellschaft ohne Markt, Geld und Staat als einer Vereinigung von Menschen hin, die sich auf kommunaler Ebene so organisieren, dass in das Zentrum der Gesellschaft die Befriedigung ihrer Bedürfnisse anstelle des Selbstzwecks G-G’ rückt.

Zusammenfassung des Beitrags von **Florian Grams:**
Die Pariser Kommune – die ruhmvolle Vorbotin einer neuen Gesellschaft:

In der politischen Auseinandersetzung mit marxistischen Positionen stellte der Anarchist Michail Bakunin einmal die rhetorische Frage, ob denn alle Einwohner*innen in einem sozialistischen Staat Mitglieder der Regierung sein würden. Karl Marx entkräftete mit seiner Entgegnung den mitschwingenden Spott. Er antwortete kurz und sachlich: Sicherlich! »Da die Sache mit der Selbstregierung der Gemein[d]e anfängt.« Marx machte an dieser Stelle sehr deutlich, dass es ihm um nichts weniger als um die Befreiung der Menschen aus Verhältnissen ging, die sie erniedrigen und um die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft. Ganz deutlich wird an diesem selten zitierten Satz zudem, dass Marx eben kein Anhänger eines blinden Staatsglaubens war. Deutlich wird aber auch, dass seine Vorstellungen von einem neuen Gemeinwesen geprägt waren von den Erfahrungen der Pariser Kommune vom Frühjahr 1871.

Dort wo heute Sacré-Coeur – die Zuckerbäckerkirche auf dem Pariser Montmartre – steht, befand sich lange Zeit ein schmutziges Arbeiter*innenquartier, in dem Proletarier*innen, Tagelöhner*innen und Prostituierte lebten. Es war aber auch die Heimat derjenigen, die Karl Marx als Himmelsstürmer bezeichnete; hier stand die Wiege der Pariser Kommune. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 stellte die französische Regierung 100 000 Pariser Bürger*innen zur Verteidigung der Hauptstadt unter Waffen. Diese Nationalgarde veränderte das Antlitz des französischen Militärs: In den Bataillonen wählten die Soldaten ihre Offiziere und schufen demokratische Strukturen. So entstand die Keimform einer Volksarmee, die ihre soziale Basis in den Armenvierteln von Paris besaß.

Dadurch erwuchs der französischen Regierung eine Bedrohung, die sie für gefährlicher hielt als die deutschen Truppen vor den Toren der Stadt. Deshalb versuchten am 18. März 1871 zwei Bataillone der regulären Truppen die Geschütze der Nationalgarde vom Montmartre zu entfernen. Als die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels diesen Raub verhinderten, kam es zur offenen Konfrontation zwischen der Nationalgarde und der Regierung, die in Panik nach Versailles flüchtete. Die Pariserinnen und Pariser waren in dieser Situation gezwungen, die Regierung und Verwaltung der Stadt neu zu organisieren. Es war das Zentralkomitee der Nationalgarde, das in das Stadthaus einzog und das Stadtleben organisierte. Am 19. März 1871 veröffentlichte das Zentralkomitee seinen ersten Beschluss, in dem es die Wahlen zum Kommunerat – dem Stadtrat von Paris – auf den 22. März 1871 festsetzte. Aus diesen Wahlen ging die erste Arbeiter*innenregierung hervor, die getragen war vom imperativen Mandat ihrer Funktionsträger*innen und von einer weitgehenden Anbindung politischer Entscheidungen an die Basis der Bevölkerung. Der Kommunerat erließ Dekrete, die den Brotpreis fixierten, die Verhängung von Geldstrafen auf den Arbeitslohn verboten, von ihren Besitzer*innen verlassene Fabriken in die Hände von Arbeiter*innengenossenschaften legten und den Schulunterricht unentgeltlich machten. Zugleich wurde auf den Straßen und in politischen Clubs über den richtigen Weg des revolutionären Paris gestritten und die Verteidigung der Stadt gegen die militärische Offensive der Konterrevolution aus Versailles organisiert. Bei alledem spielten die Frauen von Paris eine entscheidende Rolle.

Trotz der tödlichen Bedrohung durch die bewaffnete Konterrevolution verzichteten die Kommunard*innen fast vollständig auf die Anwendung von Repression – vielmehr setzten sie darauf, sich auch in der Wahl der Mittel vom Gegner zu unterscheiden. Nach wochenlangen Gefechten und erbitterten Straßenkämpfen erstickten französische Regierungstruppen die Kommune nach nur 72 Tagen im Blut.

Trotz der Niederlage war die Pariser Kommune der *»ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft«.* So sparte etwa Karl Marx zwar nicht mit Kritik an den Maßnahmen der Pariser Revolutionär*innen – einen Grund für den blutigen Untergang erblickte er in der mangelnden Entschlossenheit und im Sanftmut der Kommunard*innen –, doch sah er in ihrem Handeln die *»[...] endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte«.*

Heute verteidigen kurdische Kämpferinnen und Kämpfer in Rojava einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch mit ganz ähnlichen Zügen wie im Paris von vor 145 Jahren. Wieder ist es eine Form der Selbstorganisation in überschaubaren Zusammenhängen, die gleichwohl (oder gerade darum) viele Menschen einzubinden vermag, und wieder stehen Frauen in der ersten Reihe bei der Gestaltung und Verteidigung des neuen Gemeinwesens. Wieder einmal ist aber auch die Bedrohung des Neuen durch die Gewalt der alten Ordnung präsent. In Erwägung dieser Situation wird es wertvoll sein, die Pariser Erfahrungen von 1871 genauer zu analysieren, als es dieser kurze Text zu leisten vermag. Zu befragen sind dann die konkreten historischen Ereignisse, die Diskussionen der Kommunard*innen und die Lehren, die spätere Revolutionär*innen bereits aus der Pariser Kommune gezogen haben. Nur so kann es nämlich gelingen, sowohl die Fehler des Frühjahrs 1871 als auch die Fehler des sozialistischen Aufbaus nach 1917 zu vermeiden. Irrtümer und Fehler wird es auf dem Weg in die demokratische, freie und gerechte Welt trotzdem noch zur Genüge geben, denn den verlässlichen »Baedeker der Geschichte« kann es nicht geben. Doch zugleich müssen alle Siege und Niederlagen Erfahrungen sein, »[...] deren keine wir missen dürfen, deren jede ein Teil unserer Kraft und unserer Zielklarheit ist«. Dann muss und wird es gelingen, eine Welt umfassender Freiheit und Gleichheit zu errichten. ♦

Soziale und ethnische Herkunft als unüberwindbares Hindernis

Toz Bezi – Staubtuch

Filmbesprechung von Susanne Roden

Februar. Mein Monat. Geburtstag und die 66. Berlinale. Die Sichtung der Filme ist jedes Jahr aufs Neue eine spannende Angelegenheit. Einiges aus der Vorauswahl wird in Pressemitteilungen schon benannt, aber die Einsicht in die Datenblätter ist meist erst kurz vor dem Start möglich. Es werden wie jedes Jahr ca. 400 Filme gezeigt, diesmal aus 79 Ländern. Aus der Türkei waren vier Filme vertreten, davon drei für das ganz junge Publikum in der Sektion »Generation KPlus« (Genç Pehlivanlar – Junge Ringer; Mavi bisiklet – Das blaue Fahrrad; Rauf – Rauf) und ein Film in der Sektion »Forum« (Toz Bezi – Dust Cloth). Das Internationale Forum des Jungen Films, kurz Forum, wird als die risikofreudigste Sektion der Berlinale bezeichnet. Dokumentar- und Spielfilme kommen gleichermaßen zum Zuge, es gibt wenig formale Beschränkungen bei der Filmauswahl, viele Freiheiten, alle Formate sind willkommen: politische Reportagen, Langzeitbeobachtungen, Experiment, Avantgarde, Essay oder unbekannte Kinematografien. Die Filme des Forums bewegen sich im Grenzbereich von Kunst und Kino und so war ich sehr gespannt auf Ahu Öztürks Langfilm-Debut »Toz Bezi«. Staubtuch. Was für ein Titel für einen Film. Was assoziiert man nicht alles damit.

Erzählt wird die Geschichte zweier kurdischer Frauen, Nesrin (30) und Hatun (42). Sie leben in Istanbul und arbeiten als Putzfrauen. Nesrin hat ihren Ehemann Cefo als Warnschuss vor die Tür gesetzt und versucht nun allein mit ihrer gemeinsamen Tochter Asmin (5) ein neues Leben aufzubauen. Hatun lebt mit ihrem Ehemann Şero (45) und Sohn Oktay (15) im gleichen Haus und träumt vom gesellschaftlichen Aufstieg. Beide Frauen verbindet die Sehnsucht nach einem besseren Leben.

Und so begleitet die Kamera sie, wie sie zwischen dem armen Wohnviertel Kartal und dem schicken Stadtteil Moda, wo ihre bürgerlichen Mittelschichtkundinnen wohnen, ständig hin- und herpendeln. Während Nesrin weiterhin nach ihrem verschollenen Ehemann sucht, ihn eines Tages auch vom Bus aus erspäht, mit vorgetäuschter Übelkeit den Busfahrer zum Anhalten bewegen kann, dann aber am Ende ihren vor ihr davonlaufenden Mann doch nicht einholen kann, macht Hatun immer wieder Abstecher zu Immobilienbüros, um ihren Traum von einem Haus am schicken Wohnort ihrer Kundinnen eines Tages doch umsetzen zu können. Sie ist so besessen vom Geldsparen, dass sie sich immer wieder den Zorn ihres Ehemannes zuzieht. Sei es der Streit um ein undichtes Abflussrohr am Waschbecken, das Şero unbedingt selbst reparieren soll, damit keine Handwerkerkosten entstehen, oder sei es die gemeinsame Heimfahrt nach einer Hochzeitsfeier, als Hatun lieber im Regen stehend an der Haltestelle auf den Bus warten will, während Şero, die schlafende Asmin auf dem Arm tragend, durchaus bereit ist, für sie alle ein Taxi zu rufen.

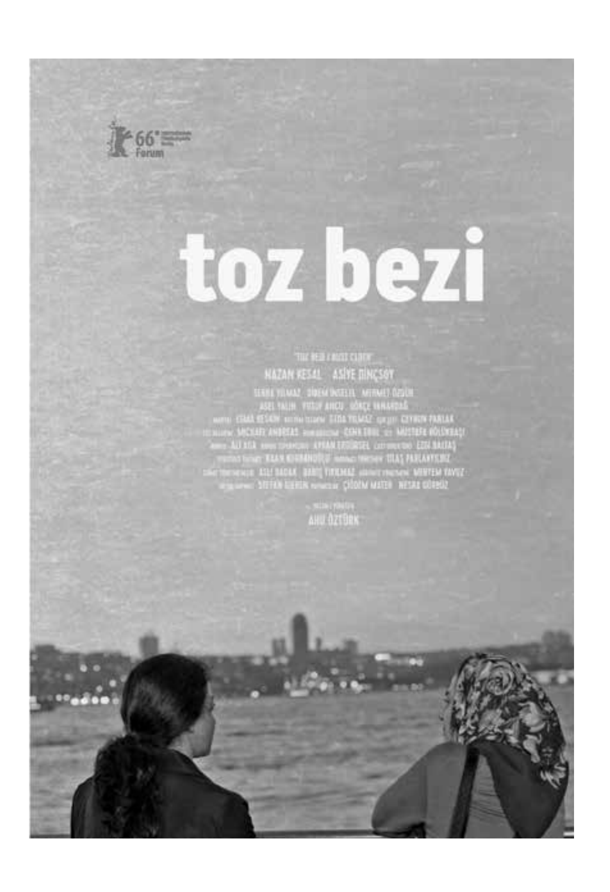
Als Hatun erfährt, dass es eine kleine Kirche gibt, in der man an drei aufeinanderfolgenden Montagen für seinen Wunsch beten soll und dieser dann wahr wird, scheut sie sich nicht, auch als Muslimin in die verborgene christliche Kirche zu gehen. Da sie Nesrin nicht überzeugen kann, sie zu begleiten, geht sie halt allein und bittet für ihren großen eigenen Wunsch, aber auch für die Rückkehr des verschollenen Ehemannes von Nesrin.

Mit Toz Bezi zeichnet Ahu Öztürk nicht nur ein sensibles, aber gänzlich unsentimentales Porträt einer Freundschaft zwischen zwei Frauen, beschreibt deren Nähe und private Konflikte, darüber hinaus zeigt sie auch das Bild einer Gesellschaft, in der die soziale und ethnische Herkunft ein unüberwindbares Hindernis sein kann. Sie erzählt davon fast beiläufig, wenn sie Hatun und Nesrin auf ihren Wegen zu deren Kundinnen zwischen den Welten Istanbuls folgt.

Gedreht wurden die Szenen mit einer Handkamera, wodurch eine ganz besondere Atmosphäre entstanden ist. Es ging darum, eine filmische Sprache zu finden, die dem Inhalt des Films entspricht. Es sollte dabei direkt aus der Sicht der armen Frauen gefilmt und die Notlage der Figuren für den Zuschauer nachvollziehbar gemacht werden.

Die Idee zum Film entwickelte sich aus eigenen Erlebnissen und ihr Ursprung entstammt einer der klarsten Erinnerungen

Ahu Öztürks aus ihrer Kindheit: Sie besuchte mit ihrer Mutter eine Tante in deren Einzimmerwohnung, von wo sie aber dann in eine Dreizimmerwohnung wechselten. Das war ihre erste Berührung mit der privaten Welt der türkischen Mittelklasse. Während die Tante sauber machte, berührte Ahu Gegenstände, die sie noch nie zuvor gesehen hatte. Sie war erstaunt. Sie waren allein in der Wohnung, so berichtet sie in einem Interview, und sie hatte das Gefühl, allem sehr nah zu sein. Sie hätte sich sogar auf das Bett legen können, aber es gab eine imaginäre Wand, die sie davon abhielt. Diese Wand, die kannte sie aus dem Leben in ärmlichen Verhältnissen gut. Da diese Distanz sie ärgerte, teilte ihre Mutter nach ihrer Rückkehr ein Geheimnis mit ihr. Und zwar, dass die Tante eine Reinigungsfrau war und sie es niemandem erzählen sollte. Nach ihren Studienjahren, als sie auch mit linksgerichteter Ideologie in Berührung gekommen war, war das erste Anzeichen, dass dieses Geheimnis in sich zu tragen eine Wirkung auf sie ausübte: Sie empfand Sozialneid.



Später im Berufsleben förderten dann die Gespräche der Kolleginnen über deren Probleme mit ihren Putzfrauen dieses Gefühl erneut an die Oberfläche. Diese endlosen Unterhaltungen gehörten für die Frauen zum Höhepunkt des Alltags, waren ihre Putzfrauen für sie doch ein Symbol der Klassenzugehörigkeit. Und dies wiederum ließ den Gedanken zum Film in Ahu weiter reifen.

Dann kam eines Tages genau die Verwandte zu Besuch, die als Reinigungsfrau gearbeitet hatte, und erklärte, sie sei Tscherkessin. Ahu Öztürk war schockiert. Diese Frau, deren Mutter bis zu ihrem Tod nur eine Sprache gekonnt hatte, nämlich Kurdisch, stand nun vor ihr, wie eine surreale Gestalt und jenseits rationaler Erklärbarkeit. Diese Aussage verhalf ihr, sich darzustellen, ohne sich durch irgendeine vernunftmäßige Begründung unterlegen fühlen zu müssen.

Dieses Erlebnis liegt dem Entwurf der Figur Hatuns zugrunde, die sich auf ziemlich geschickte Art ihrem Kurdischsein entzog. Ahu hat dann noch Elemente von sich und ihrer Mutter hinzugefügt.

Nesrin hingegen ist eher ein Opfer und entspricht dem tiefen Gefühl von Mangel und Not, das früher in ihrem Unterbewusstsein vorherrschte.

Auch die Frauen aus der Mittelschicht repräsentieren Menschen, die Ahu persönlich kennen gelernt hat im Leben.

Die kurdische Identität kann verborgen in dieser Heterogenität innerhalb der türkischen Realität ganz unterschiedlich erfahren werden.

Dies half ihr, die kurdische Identität zu verstehen, wie sehr verschieden sie in der Türkei erlebt wird, und die Möglichkeit, die Realität zu begreifen, ist verborgen in dieser Heterogenität.

Auf die Frage, warum es in Toz Bezi weder Bilder noch direkte Dialoge zum Klassenunterschied gibt, erklärte Ahu Öztürk, dass sie zunächst schon vorgehabt hatte, viel ernstere Charaktere zu zeigen. Zum Beispiel die Arbeitgeberinnen der Putzfrauen, wie sie ihnen nur erlauben, von Plastikgeschirr zu essen, und ihnen verbieten, die Toilette zu benutzen.

Es gibt eine Kluft zwischen der Realität und der Kunst und sie wollte die Geschichte so erzählen, dass die Zuschauer nicht umhinkommen, die Realität dahinter zu erkennen.

Sie hat also die direkte Konfrontation gemieden, indem sie das Mittel des Klischees für alles, was wir uns nicht bewusstmachen, umso wirksamer einsetzen konnte.

Sie hat versucht, den Klassenkonflikt zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmerin hin zu einem Konflikt zwischen großer und kleiner Schwester zu verlagern, um ihn zu verschleiern. Die stattfindende Ausbeutung wird dadurch verharmlost, dass sie die Arbeitgeberinnen als eine Art große Schwestern neu positionierte. Mit dieser Frage hat sich Ahu Öztürk am längsten beschäftigt, denn sie wolle Situationen und Verhaltensweisen zeigen, die die Erniedrigung und Ausbeutung der betroffenen Frauen wie nebenbei erzählen; Verhaltensweisen,

die auf den ersten Blick nicht problematisch wirken, weil sie scheinbar nicht verletzend gemeint sind. Aber sie wirken nach, im Dunkeln und zwischen den Zeilen.

Spätestens an dieser Stelle merkt man dann, dass Ahu Öztürk Philosophie studiert hat, aber es ist auch nachvollziehbar, dass man in einem Film aus der Türkei momentan gut daran tut, auf eine direkte Konfrontation, Provokation oder womöglich kritische Darstellung im Hinblick auf das Leben der oberen Mittelklasseschicht zu verzichten. Ich kenne nun die Gesetzgebung in der Türkei nicht so gut, aber allein das Wissen um über 1 800 eröffnete Verfahren wegen Präsidentenbeleidigung seit August 2014 lassen nichts Gutes ahnen. Und in der Tat gibt es in dem Film Situationen, wenn Nesrin in der Küche stehend schnell ihr mitgebrachtes Essen runterwürgt und zum Teil im Mülleimer versenkt, als die Hausherrin verfrüht zurückkommt, und wenn Hatun für die Dame des Hauses und deren Besuch einen Mokka bereitet und serviert und dann gebeten wird, sich doch zu ihnen zu setzen. Tja, schön. Da sitzt sie dann und darf den beiden beim Plaudern und Trinken zusehen. Dort wird dann vom Besuch festgestellt, dass Hatun eine Tscherkessin sei, wegen der blonden Haare und weil sie ja aus Qers (Kars) kommt. Klarer Fall.

Ich habe während meines Studiums mit Anfang 20 auch bei einer Dame sauber gemacht, die allerdings in der Nähe wohnte und wo es für mich keinen spürbaren Klassenunterschied gab. Aber es gab ein anderes Problem, das auch Nesrin im Film hat: Sie hat keine Ahnung vom Saubermachen, was ihr auch in einer Szene auf offener Straße von einer ehemaligen Arbeitgeberin an den Kopf geworfen wird. Und auch, dass es eben keine zweite Chance gibt.

Gerade bei Nesrin gibt es auch eher freundliche und ernsthaft wohlgemeinte Situationen mit einer Arbeitgeberin, die aber in ihrer Unbedarftheit und ihrem Lebensstil gar nicht bedenkt, dass ihre Putzkraft weder Schulbildung noch Ausbildung genossen hat. Somit sind die Vorschläge, sich eine Arbeit mit sozialer Absicherung zu suchen, auch eher konterkarierend, denn Nesrin schlägt alle Angebote ohne eine solche Absicherung in den Wind und das, als gerade das Geld immer knapper wird und der Vermieter schon die Miete angemahnt hat. Als die Arbeitgeberin dann erkennt, dass sie ihr weder eine weitere Arbeit vermitteln kann ohne einen Bildungshintergrund, noch sonst etwas geht, schlägt sie vor, Nesrin solle doch erst mal den Schulabschluss nachmachen und sich dann was aufbauen.

In dem Moment wird dann klar, es geht immer mehr den Bach runter, und die Verzweiflung in Nesrin wächst. Nachdem dann der Strom abgedreht wurde und der Vermieter damit droht, sie auf die Straße zu setzen, eilt sie in ihrer Not zu Hatun und bittet um finanzielle Hilfe.

Diese jedoch erklärt ihr, dass sie ihr kein Geld geben will, da sie auf ein Haus spart. Es gibt also keine Freundschaft und keine Solidarität zwischen den beiden Frauen, die zuvor wie enge Schwestern miteinander umgingen und so viel Gemeinsames teilten. Von dem Zeitpunkt an ist ein Gespräch mit Nesrin nicht mehr möglich, auch das dann doch überreichte Geld von Hatun kann nichts mehr ändern, denn Nesrin hat innerlich abgeschlossen, kümmert sich auch nicht mehr um die Tochter. Dies übernimmt dann zunehmend Hatun, die immer schon eine Tochter haben wollte.

Um die Geschichte der Tante zu erzählen, suchte Ahu Öztürk zunächst nach Antworten, die einen Bezug zu den Bereichen Kultur, Politik und Ethik haben. Aber es gab keine ordentlichen Lösungen und am Ende blieb bei ihr nur das Gefühl von Scham. So begann sie zu schreiben, um sich mit dem Thema zu versöhnen.

Ahu Öztürk war sich sicher, dass sie die Welt, um die es ging, ganz selbstverständlich würde zeigen können, denn sie war ja ein Teil davon und fühlte sich ihr zugehörig. Aber mit der Zeit bemerkte sie, dass sie dieser Welt nicht mehr angehörte, denn dieser Klasse anzugehören heißt, sprachlos zu sein, zu schweigen. Und sie hatte ihre Sprache gefunden, um diese Geschichten zu erzählen. Auch wenn Ahu versucht hat, die Wirklichkeit zu fassen, so ist es doch vor allem ein persönlicher Film.

Ahu Öztürk wurde 1976 in Istanbul (Türkei) geboren. Sie studierte Philosophie an der Ege Üniversitesi (Ägäis-Universität) in Izmir. 2004 drehte sie ihren mittellangen Debütfilm Sandık (Chest, 48 Min.) und 2010 Open Wound (21 Min., Episode in: Açık Yara – Tales from Kars). Toz Bezi – Dust Cloth von 2015 ist ihr erster abendfüllender Spielfilm.

Ret Film wurde 2012 von Çiğdem Mater und Nesra Gürbüz mit dem Ziel gegründet, neue Filmvisionen zu fördern und um den Nachwuchs im türkischen Kino zu unterstützen. Sie haben die letzten drei Jahre zusammen gearbeitet, um Kurzfilme und Dokumentationen zu produzieren. Sie kannten Ahu Öztürk durch ihren Kurzfilm Open Wound. Als diese dann mit ihnen Kontakt aufnahm und ihre Geschichte vorstellte, waren die Produzenten sofort begeistert davon. Die Geschichte in ihrer Bescheidenheit und Einfachheit, aber auch mit einer kraftvollen Beobachtung nahm sie sofort gefangen. Sie glauben, dass es wichtig ist, diesen Aspekt der Türkei durch die zwei kurdischen Frauen zu zeigen. Der Film gibt uns die Möglichkeit, zwei verschiedene Versionen von Istanbul zu zeigen, da ist das Elendsviertel von Kartal und dann Moda, die wohlhabende obere Mittelschicht der anatolischen Seite. Wir sehen zeitgleich die zeitgenössische gegenwärtige Türkei durch verschiedene Frauen-Charaktere aus verschiedenen sozialen Klassen, so die Produzenten von Ret Film. ♦

Nachruf auf Şehîd Rustem Cudi

»Ich werde für immer hier in Rojava bleiben«

Baz Andok, April 2016



»Die Revolution ist nicht nur Krieg und Waffen tragen, die Revolution bedeutet, das Leben richtig zu verstehen. Um dieses Leben zu verteidigen und die Werte der Menschlichkeit, sind wir bereit, in diesem schwersten Krieg Erfolg zu haben.« Rustem Cudi/ Günter Hellstern

»Ich werde für immer hier in Rojava bleiben.« Dies waren einige der ersten Worte, die mir mein Freund Rustem gesagt hat, nachdem ich ihn zum ersten Mal getroffen hatte. Leider ist sein Traum viel zu früh wahr geworden. Am 23.02.2016 gegen 15:30 Uhr musste ich mit ansehen, wie mein Freund während der Befreiung von Schaddadi in der Provinz Heseke gefallen ist. Heute liegt er auf einem Märtyrerfriedhof in Dêrik begraben.

Rustem hat von ganzem Herzen an die Revolution in Rojava geglaubt. Insbesondere die Revolution der Frauen in der Region zu unterstützen war ihm eine Herzensangelegenheit, wie er es immer wieder betont hat. Aufgrund der Kombination von Aufrichtigkeit, Überzeugung und Erfahrung wurde Rustem sowohl von uns internationalen Freiwilligen als auch den Kurden und Kurdinnen sofort ins Herz geschlossen.

Gleichzeitig war Rustem einer der härtesten Typen, die ich je getroffen habe. Insbesondere während seiner Zeit in der französischen Fremdenlegion hat Rustem so viel gekämpft wie derzeit vielleicht eine Handvoll Deutscher. Rustem ist vor etwa einem Jahr illegal und ohne Kontakte oder Hilfe über die türkische Grenze nach Kobanê gekommen. Wenn wir ihn gefragt haben, ob die Grenze nicht vermint ist, hat er nur mit den Schultern gezuckt: »Das sind doch bloß diese italienischen Minen, bei denen die Fühler oben rausgucken. Die sieht man doch«, er hat das mit einer solchen *Nonchalance* gesagt, dass wir uns wie Trottel gefühlt haben, nicht selber über das Minenfeld gekommen zu sein. Rustem wollte nicht an der Front sein, er wollte mit seiner M16 und seiner Flinte zwischen den feindlichen Linien für Verwüstung und Chaos sorgen. So hat Rustem gekämpft, und so ist er gefallen.

Umso mehr überraschte mich seine kritische Reflektion über seine eigene Vergangenheit. Nur wenige Tage vor seinem Tod habe ich Rustem gefragt, was einen guten Soldaten ausmacht. Rustem meinte sofort, dass ein guter Soldat denken muss, um seine Aufgaben kritisch zu hinterfragen. Rustem hat insgesamt 18 Jahre in Bundeswehr und Fremdenlegion gedient, aber ist nach seinen eigenen Worten erst in den Volksverteidigungseinheiten YPG zu einem guten Soldaten geworden. Vorher, so Rustem, war er lediglich ein guter Kämpfer. Diese Aussage hat mich nachhaltig beeindruckt.

Um ehrlich zu sein, ich habe viel zu wenig Zeit, all das aufzuschreiben, was ich über Rustem sagen sollte, da der Krieg immer noch den Großteil meiner Aufmerksamkeit beansprucht. Aber vielleicht ist das gar nicht so schlimm. Im Gegenteil, wahrscheinlich würde es Rustem sogar freuen zu sehen, dass seine Freunde und Freundinnen dort weitermachen, wo er es nicht mehr kann. Rustem selber sagte mir, dass die Trauer erst nach dem Krieg kommt.

In diesem Sinne, Rustem – ich versuche, dich stolz zu machen. Es ist ein Privileg, mit dir gekämpft zu haben. Şehîd namirin, mein Freund: Ich werde dich niemals vergessen. ♦

zusätzlich im Internet:

AKP schürt Konflikt zwischen AlevitInnen und SunnitInnen

In Maraş droht ein neues Massaker

Jiyan Durgun

Ein grün-flammendes Meer von Tälern und Feldern passiert mensch in der jetzigen Jahreszeit auf dem Weg in das Dorf, in dem mein Vater das Licht der Welt erblickte. Ein Dorf zwar mit einer sehr jungen Geschichte, doch sind die Seiten des Buches der Geschichtsschreibung der Menschen der Region mit viel Leid und Dramen beschrieben worden. Wie allzu oft in dem Lande, das die Geburt der menschlichen Zivilisation beherbergt, scheint es, als ob die Zeiger der Uhr wieder zurückgestellt werden würden und sich die Geschichte wiederholen würde. Um die Angst zu verstehen, die derzeit die Menschen aus meinem Dorf und die kurdischen AlevitInnen in der Region plagt, gilt es die Zeit Revue passieren zu lassen. Wirkliche Empathie werden dennoch wohl nur die Menschen aufbringen können, die das erlebt haben, was den Menschen dort widerfahren ist.

Wir schreiben das Jahr 1978. Ähnlich wie auch heute blicken wir auf eine Türkei, die geteilt ist. Nationalistisch-reaktionäre FaschistInnen und links-progressive RevolutionärInnen polarisieren das Land. Hinzu kommt, dass inmitten des revolutionären Frühlings sich zu Beginn der 1970er Jahre eine Gruppe zu formen begann, aus der später die kurdische Freiheitsbewegung hervorgehen sollte. Mit dem Ziel der nationalen Befreiung nach sozialistischem Vorbild begann die überwiegend aus StudentInnen bestehende Gruppe um Abdullah Öcalan von Ankara aus, nach Kurdistan zurückzukehren. Ein neues Bewusstsein und ein neuer Widerstandsgeist sollten dem kurdischen Volk wiedergegeben werden, dessen Freiheitsdrang lange Zeit in den Ketten aus Angst lag, in die grausame Massaker und eine Assimilationspolitik, die ihresgleichen suchte, eingraviert worden waren. Eines der ersten Ziele auf diesem Pfad stellten die kurdischen Dörfer von Gurgum (Maraş) dar. Unter der Avantgarde von Kemal Pir, der selber kein Kurde war, begann die Gruppe, die vom türkischen Staat als »ApoistInnen« betitelt worden war, die Bevölkerung in der Region zu organisieren. Auch wenn es in vielen anderen Städten Kurdistans ebenfalls einen großen Andrang zu den ApoistInnen gab, war die Beteiligung nirgendwo so hoch wie in den Dörfern von Gurgum. Dies war vor allem dem türkischen Staat ein Dorn im Auge. Denn dadurch vereinten sich in der Region, die geographisch im Südwesten Kurdistans liegt, mehrere Feindbilder der offiziellen Staatsräson der türkischen Republik, die von den herrschenden Kräften zu den drei »K« zusammengefasst wurden: KurdIn, KommunistIn und Kızılbaş (türk. für »Rotschopf«). Letzteres ist die eigene Bezeichnung der AlevitInnen aus Kurdistan. Entgegen anderen Orden und Glaubensrichtungen innerhalb des AlevitInnentums beziehen die Kızılbaş ihren Ursprung nicht auf die mohammedanische Religion, sondern auf Naturreligionen wie den zoroastrischen Glauben des Mazdaismus. Ein Grund, warum das Feindbild, das sie in den Augen der herrschenden Kräfte darstellten, größer war als das jeder anderen Bevölkerungsgruppe.

Im Jahre 1978 formte sich die Gruppe der ApoistInnen, die inzwischen über mehrere Zehntausend AnhängerInnen in ganz Kurdistan und der Türkei zählte, zu einer Partei. Am 27. November gründete sich im Dorf Fis bei Amed (Diyarbakır) die ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK). »Die Antwort des türkischen Staates auf die Gründung der Partei ließ nicht lange auf sich warten und erfolgte am 22. Dezember, weniger als einen Monat nach dem ersten Kongress«, so PKK-Mitbegründer und jetziger Kovorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften aus Kurdistan (KCK), Cemil Bayık.

Kurz vor dem 22. Dezember markierten Unbekannte die Haustüren von AlevitInnen in Gurgum. In der Nacht begann ein Pogrom gegen die AlevitInnen in Stadt und Dörfern. Mit Schusswaffen und Schwertern bewaffnete Männer klopften in Herrenmanier an die markierten Türen. Kinder, Frauen und Männer, bei denen es sich um AlevitInnen handelte, wurden auf brutalste Art und Weise ermordet. Schwangeren Frauen wurden die Bäuche aufgeschlitzt. Menschen wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Menschen, die behaupteten, sie seien SunnitInnen, sollten Koranverse aufsagen. Wussten sie diese nicht zu rezitieren, reihten auch sie sich unter den Hunderten von Opfern ein, die bis zum 25. Dezember im Rahmen des »Massakers von Maraş« zu Tode kamen. In den frühen Morgenstunden des 26. Dezembers 1978 wurde in Gurgum der

Ausnahmezustand ausgerufen. Dieser weitete sich in den darauffolgenden Tagen auf weitere Städte aus.

Nach dem Massaker flohen die Menschen aus Angst und Furcht vor weiterer Verfolgung massenhaft aus Gurgum. Die meisten von ihnen nach Europa. Auch die amerikanische und ostasiatische Diaspora weist viele Flüchtlinge aus Gurgum auf. Symptomatisch für den Charakter verfolgter Bevölkerungsgruppen lassen sich die Folgen des Massakers auch in den Generationen danach spüren. Ähnlich wie bei den JüdInnen und den ÊzîdInnen handelt es sich bei den kurdischen AlevitInnen aus Gurgum um eine Exilbevölkerung, die weiter das Trauma des Massakers in sich trägt. Die Zahl der Menschen aus Gurgum, die im Exil leben, übersteigt die Zahl derjenigen, die in den Dörfern geblieben waren. Dabei handelt es sich um diejenigen Menschen, deren Verbundenheit mit ihrer Heimat sie dazu veranlasste, nicht zu fliehen. Trotz der ständigen Repression, der sie durch den türkischen Staat und das türkische Militär – welches das Gebiet faktisch belagert – ausgesetzt sind. Es sind genau diese Menschen, die gegen die Siedlungspolitik der türkischen AKP-Regierung und das damit verbundene drohende neue Massaker auf die Barrikaden gehen und Widerstand leisten.

Zwischen den insgesamt 16 alevitischen Dörfern, die etwa 3000 EinwohnerInnen fassen, soll ein sogenanntes Flüchtlingscamp für 27 000 sunnitische AraberInnen errichtet werden. Bei der Auswahl des Platzes für das vorgesehene Camp von AFAD (Behörde für Katastrophenmanagement) handelt es sich um keinen Zufall. Zumal es in nahe liegenden Teilen von Gurgum, die sunnitisch dominiert sind, leer stehende Flüchtlingsunterkünfte gibt. Weiter ist das für das Camp vorgesehene Gebiet aus rein technischen und logistischen Gründen nicht für die Errichtung von Unterkünften in dieser Größenordnung geeignet. Unabhängig davon ist es gesellschaftliche Norm, in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die Flüchtlinge beherbergen, die Unterbringung von Flüchtlingen in Gebieten mit anderer ethnischer und besonders konfessioneller Identi-



Mahnwache bei Gurgum. Foto: DIHA

tät zu vermeiden. Aus Sorge vor möglichen Konflikten wegen der starken gesellschaftlichen und politischen Polarisierung, die auf religiösen und ideologischen Unterschieden fußt. Die AKP setzt bewusst auf die demographische Veränderung der kurdischen Regionen. Sie provoziert mit der Errichtung dieses Camps und der Ansiedlung von 27 000 sunnitischen AraberInnen, deren Zahl fast zehn Mal so hoch ist wie diejenige der dort lebenden alevitischen Bevölkerung, Konflikte zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen.

Die Menschen leben seitdem in stetiger Angst vor einem neuen Massaker. Anfang März bildete die Bevölkerung aus Gurgum gemeinsam mit Menschen aus dem Exil, vor allem aus Deutschland, eine Initiative gegen die Errichtung eines AFAD-Camps zwischen den kurdisch-alevitischen Dörfern der Region. Seit Mitte März halten die Menschen aus der Region Mahnwachen an dem Platz, auf dem das Camp gebaut werden soll. Trotz zahlreicher Angriffe türkischer Sicherheitskräfte, die bereits einen Dorfbewohner das Leben kosteten, wird der Widerstand unter der Avantgarde der Demokratischen Partei der Völker (HDP) entschlossen fortgesetzt. Der Kovorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, erklärte, dass es nicht sein könne, »dass der türkische Staat DschihadistInnen-Camps zwischen alevitische Dörfer bauen will. Wir AlevitInnen, wir wissen, was der Staat mit diesem Vorgehen bezweckt. Bei Maraş handelt es sich um eine Stadt, in der eines der größten Massaker an AlevitInnen begangen wurde. Uns sind die Absichten bewusst. Wir werden wissen, diese zu verhindern. Es ist von immenser Bedeutung, dass die gesamte Bevölkerung Widerstand gegen das Vorgehen leistet.«

Untersuchungen belegen, dass der türkische Staat und die formale Hilfsorganisation AFAD in ihren Flüchtlingscamps ethnisch-konfessionelle Selektion betreiben. Während die AKP in den AFAD-Camps fast ausschließlich sunnitische AraberInnen unterbringt, die aus Gebieten stammen, die der sogenannte Islamische Staat (IS) oder andere dschihadistische Gruppen wie der Al-Qaida-Ableger Al-Nusra-Front an die Volksverteidigungseinheiten (YPG) oder die Regimekräfte verloren haben, werden die von den kurdischen Kommunalverwaltungen und den Volksräten vor Ort aus eigener Kraft errichteten Flüchtlingscamps, die KurdInnen, ChristInnen und anderen Minderheiten Schutz gewähren, systematisch zerstört. Erinnert sei an dieser Stelle an die Bilder, als die Menschen in Pîrsûs (Suruç) Notunterkünfte in Form von Zelten für die Flüchtlinge aus Kobanê an der Grenze aufgestellt hatten und das türkische Militär mit Panzerfahrzeugen die Zelte nicht nur zerstörte, sondern auch noch konfiszierte.

Der türkische Staat schließt seine Grenzen für nicht sunnitische Flüchtlinge. Die türkische Armee macht keinen Halt davor, auf Kinder zu schießen, damit sie die Grenze nicht überqueren. Dutzende Menschen, die aus Kobanê in die Türkei geflüchtet waren, wurden von Grenzsoldaten gefoltert. Indessen lädt der türkische Staatspräsident Erdoğan die Menschen aus Gebieten wie Girê Spî (Tel Abyad) oder anderen Gebieten ein, die vom IS zurückerobert wurden. Die AKP verfolgt seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges eine bestimmte Flüchtlingspolitik. Sie leistet allein sunnitisch-arabischen Flüchtlingen Hilfe. Das belegen auch die Zahlen der aufgenommenen Flüchtlinge in den staatlich kontrollierten AFAD-Lagern. So fliehen die AlawitInnen und ChristInnen trotz geographischer Nähe zur Türkei in den Libanon oder nach Jordanien. Dass es sich bei den AFAD-Lagern um Rekrutierungslager für den IS und andere dschihadistische Gruppen handelt, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Einige von ihnen entpuppten sich sogar als Stützpunkte des IS. Aussagen türkischer Abgeordneter zufolge rekrutiert auch der türkische Geheimdienst MIT Flüchtlinge aus den Lagern, um sie dann in islamistischen Organisationen einzuschleusen. Weiter instrumentalisiert die Türkei die Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa, um sich aus ihrer internationalen Isolation zu befreien, die durch die türkische Syrienpolitik entstanden war.

Die kurdischen AlevitInnen fürchten sich vor neuen Pogromen und Massakern. Die AKP plant eine Konfrontation zwischen AlevitInnen und SunnitInnen und will den syrischen Bürgerkrieg nach Nordkurdistan tragen. In Europa hat sich bereits eine große Solidaritätsplattform gebildet. Auch die Linke hat bereits in einer gemeinsamen Erklärung mit der HDP ihre Solidarität geäußert. Auf Change.org wurde eine Unterschriftenkampagne gestartet: https://www.change.org/p/kahramanmara%C5%9F-sivriceh%C3%BCy%C3%BCk-k%C3%B6y%C3%BCnded%C3%BC%C5%9F%C3%BCn%C3%BClen-kamp%C4%B1n-iptali-i%C3%A7in-imza-kampanyas%C4%B1

Zur Person: **Jiyan Durgun** kandidiert bei den anstehenden Berliner Landtagswahlen im September für die Linke. Dabei wird sie vom Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland – NAV-DEM e. V. und der Plattform HDP Berlin unterstützt. Seit langen Jahren ist Jiyan Durgun als Aktivistin in der kurdischen Jugend- und Frauenbewegung aktiv. ♦

zusätzlich im Internet:
Erfahrungsbericht aus Nordkurdistan

Werden wir in einer faschistischen Zeit leben oder wird der Befreiungsgeist siegen?

Sascha Euler, Newroz-Delegation 2016

Im März waren 23 Menschen als politische Delegation in Bakur/Nordkurdistan. Ich, der Autor, war eine dieser Personen und möchte euch hier über unsere Erfahrungen berichten. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies natürlich nur ein sehr subjektiver Erfahrungsbericht ist.

Die Delegation bestand aus Menschen, die aus unterschiedlichen Orten Deutschlands und der Schweiz kamen. Organisiert wurde die Reise vom YXK, dem Verband der Studierenden aus Kurdistan in Deutschland. Ziel der Delegation war es, die Strukturen, die mit dem Paradigma der demokratischen Autonomie aufgebaut wurden, direkt in Nordkurdistan kennenzulernen. Bedingt durch den derzeitigen Vernichtungskrieg des türkischen Staates war auch ein Ziel, mehr über die kritische Lage der Menschen zu erfahren. Auf der Reise wurde von den Teilnehmenden viel aufgeschrieben, fotografiert und einige Interviews wurden gefilmt. Aus diesen Materialien wollen wir mehrere kleine Filme zusammenschneiden und in Deutschland in Vorträgen oder Texten Aufklärungsarbeit über die kurdische Bewegung und die Ideologie der autonomen Demokratie betreiben. Außerdem konnten wir viel Motivation und Inspiration für unseren eigenen Aktivismus mitnehmen.

In Amed

Am 17. März kamen wir alle in Amed (türk. Diyarbakır) an. Alle? Leider nicht. Wie wir gleich zu Beginn erfuhren, wurden vier Delegationsteilnehmerinnen in Antalya festgenommen, lange verhört und zur Ausreise gezwungen. Wir, die nicht von der Willkür des türkischen Staates erwischt wurden, haben uns nach der Ankunft im Jugendhaus in Amed getroffen. Hier hielten wir die nächsten Tage morgens und abends unsere Plena ab. Uns fiel gleich auf, dass die Jugend fehlt. Wo sie ist? Gerade die Jugend ist es, die in Sûr (Stadtteil von Amed), Cizîr (türk. Cizre) und ganz Kurdistan für Frauenbefreiung und autonome Demokratie kämpft, gegen die Okkupation und den derzeitigen Faschismus des türkischen Staates.

Am ersten Tag verschafften wir uns einen Überblick über die Lage in der Stadt. Amed samt Umgebung ist ein schöner und lebhafter Ort. Schon vom Flugzeug aus konnten wir einen Blick auf das Umfeld erhaschen. Schwarzbraune Berge, auf deren Spitzen noch Schnee lag, die Ebene um Amed sattes Grün im Wechsel mit tiefbraunen Flächen, Steine und Felsbrocken, die in einer Vulkanfärbung ruhen.

Nach unserer Landung sammelten sich gerade türkische Soldaten für einen Einsatz und Kampfjets starteten mit lautem Donner vom selben Flughafen, um genau die Freund*innen zu töten, die verbunden mit dieser Natur ein menschliches Leben führen wollen.

In Amed selbst stehen viele Mietshochhäuser mit vielen großen Balkons, die meistens um die Ecken gehen. Breite offene Straßen, die auch mal einen Blick auf sattgrüne Wiesen freigeben, wechseln sich ab mit verwinkelten, geschützten Nebenstraßen. Einkaufsmeilen in der einen, Wohngebiete in der anderen Ecke. Wir fahren häufig an Parks und ein- oder zweistöckigen Gebäuden vorbei, die in ihrer Quaderform Platz schaffen für Läden oder Familien.

Die Menschen hier sind sehr freundlich und nah. Die Bevölkerung ist solidarisch und verbunden. Es herrscht ein Miteinander. Sie wollen leben. Sie wollen Menschlichkeit leben. Sie wollen eine solidarische partizipative Demokratie aufbauen, in der die Frau befreit ist. Die Türkei unterdrückt diese Bestrebung mit allen Mitteln der Repression und Gewalt.

Auf den Straßen fahren viele gepanzerte Polizeifahrzeuge, was gleich eine bedrohliche Präsenz erzeugt. Zu jeder Zeit könnten diese prolligen Fahrzeuge einen anhalten, was sie auch sehr oft

tun. Bei uns bedeutet das lediglich unangenehme Situationen. Die Freund*innen vor Ort werden allerdings oft verhaftet.

Auf unserem Weg durch Amed kamen wir an Bağlar, dem vom türkischen Militär besetzten Wohnviertel, vorbei. Die Strategie der Türkei in diesem Krieg ist es, in jedem Stadtteil, der starke Strukturen besitzt, Ausgangssperren zu verhängen, um so diese Gebiete zerstören und Menschen töten zu können, ohne dass die Öffentlichkeit erfährt, was genau geschieht. Hier, an einem dieser abgesperrten Gebiete, sahen wir einen schönen grünen Park, der die Grenze darstellte zur Ausgangssperre. Durch die gesamte Länge des Parks waren Polizeiabsperrungen gespannt. Direkt dahinter sahen wir die erste Straße Bağlars, dort standen im regelmäßigen Abstand einiger Meter einsatzbereite Panzer.

Während wir vorbeiliefen, sammelte sich eine kleine Menschenmenge. Sofort fuhren gepanzerte Fahrzeuge heran und versuchten die Menschen zu vertreiben. Im Hintergrund liefen schwer bewaffnete Soldaten durch den Park. Der Anblick war sehr bedrückend. Viele Menschen wohnen in diesem Gebiet und müssen nun um ihr Leben fürchten, weil sie erfolgreich eine wirkliche Demokratie und eine Frauenbefreiung aufbauen.

Wir versuchten daraufhin nach Sûr hineinzukommen, dieser Stadtteil ist ebenfalls besetzt. Der türkische Staat zerstört diesen Stadtteil mit dem Ziel, eigene Mietshäuser errichten zu können, die sie für eine intensivere Besetzung nutzen können. Erdoğan selbst ist eng verbunden mit der Baufirma (Toki). Alle Eingänge nach Sûr waren mit Absperrungen eingefasst, gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer standen bereit. Unsere Gruppe versuchte zweimal hineinzukommen. An beiden Stellen wurden wir von aggressiven Polizisten abgehalten, die in Zivil gekleidet waren, mit Schutzweste, Sturmhaube und AK-47 im Anschlag.

Am Abend gingen wir in Kleingruppen zu unseren Schlafplätzen. Auch bei den Übernachtungen war die starke Solidarität zu spüren, denn wir kamen in WGs und bei Familien unter. Auf dem Weg zur WG sind wir an einem Viertel schicker Häuser vorbeigekommen. Dieser Bereich war mit meterhohen Metallplatten ummantelt, die mit großen türkischen Fahnen behangen waren. Die Freunde sagten mir, hier wohnten die Angehörigen der Polizei und des Militärs. Diese führen hier ein sicheres, geschütztes Leben, getrennt von der Bevölkerung. Dies zeigt so deutlich, dass der türkische Staat Kurdistan besetzt hält und mit dem jetzigen Krieg zerstören will.

Während der nächsten Tage hörten wir immer wieder Schüsse durch die Stadt hallen. Auch wenn wir unsere Treffen hatten, immer wieder Schüsse und Kampfjets, die über die Stadt donnerten und auf dem Weg waren, andere Stellen zu bombardieren. Besonders abends bei unseren Schlafplätzen hörten wir den türkischen Vernichtungskrieg. So schaltete das Militär



Trabantenstadt von Amed Foto: YXK

an einem Abend den Strom ab, kurz darauf hörten wir viele Schüsse in der nahen Nachbarschaft.

Kurdische Schulen und Volksräte

Die nächsten Tage waren sehr intensiv. Wir besuchten einige Strukturen und erfuhren viel über die Praxis und Ideologie der Bewegung. Der erste Termin war in einer kurdischen Schule. Diese wurde vor einem Jahr von den Familien aus der Nachbarschaft besetzt. Die Polizei räumte das Gebäude immer wieder mit Gewalt, doch durch die große Solidarität in der Nachbarschaft konnte die Schule immer wieder aufs Neue besetzt werden. Auch heute wird diese Schule durch die Unterstützung der Familien betrieben. Die Lehrer*innen erfahren jedoch bis heute tägliche Repressionen durch den Staat.

Die Kinder lernen hier von der ersten bis zur achten Klasse. Im ersten Jahr lernen sie Kurmancî, in den darauffolgenden Jahren andere kurdische Dialekte. Erst im vierten Jahr wird auch Türkisch gelehrt. Die Kinder sollen wissen, dass sie nein sagen können. Sie sollen sich ihre Identität nicht vom Staat vorschreiben lassen. Auch die Ideologie der Geschlechterbefreiung wird den Kindern nähergebracht, nicht nur theoretisch, sondern vor allem praktisch beim Kochen, Putzen oder in gemeinsamen Theaterstücken.

Die Schule und die Abschlüsse der Kinder werden von staatlichen Stellen nicht anerkannt, doch darum soll es auch gar nicht gehen. Die Bewegung möchte in Zukunft komplett eigene Strukturen aufbauen, bis hin zur Universität. Die Lehrer*innen sagen, wer etwas Neues errichten wolle, müsse das Alte aufgeben.

Nach dem Besuch in der Schule gingen wir zu einem Volksrat. Diese sind der Kern der Bewegung, der Kern der kommunalen Selbstverwaltung. Es gibt in Amed einen Volksrat für die gesamte Stadt und dieser wird weiter nach unten gestaffelt, für jeden Stadtteil, bis hin zu einem Rat für jede Straße. Jede*r kann sich so dort einbringen. Die Räte auf der lokalen Ebene schicken jeweils Delegierte zu den Räten auf der nächsthöheren Ebene.

An jeden Rat können noch weitere Strukturen zu anderen Themen angeschlossen sein. Dadurch entsteht eine Vielfalt an Interessen und Selbstorganisierung. So gibt es auch immer einen Frauenrat, in dem sich nur die Frauen treffen, über ihre Probleme diskutieren und Entscheidungen fällen, die alle anderen Strukturen einhalten müssen. Jede Interessensgruppe kann und soll sich selbst organisieren, möglichst lokal, so dass eine praktische Solidarität und Vielfalt direkt vor Ort in den Nachbarschaften wirken kann. Vom Rat aus werden darüber hinaus Kommissionen gebildet, die an bestimmten Problemen arbeiten, wie z. B. Ernährung, Ökonomie, Gesundheit, Frauen. Die Stärke der Bewegung kommt vor allem durch diese lokale Selbstorganisierung.

Frauenbefreiung

Am dritten Tag haben wir uns intensiv mit der Frauenbefreiungsideologie der kurdischen Bewegung beschäftigt. Dies ist der absolute Grundpfeiler der gesamten Ideologie. Wo bei europäischen Linken zumeist die Ökonomie und der Arbeitskampf im Vordergrund stehen, so ist es in der kurdischen Bewegung vor allem die Befreiung der Frau, die den Rahmen eines solidarischen Lebens ermöglicht. Gerade hiervon kann die europäische Linke viel lernen.

Wir besuchten den KJA (Kongress der Freien Frauen) und eine Lehrer*innengewerkschaft. Die Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan begann vor etwa 40 Jahren, als die ersten Frauen als Guerillakämpferinnen in die Berge gingen und sich so komplett lösen konnten vom Patriarchat und der kapitalistischen Moderne.

Die Frauen werden seitdem massiv angegriffen und mussten viel leiden. Staatliche Strukturen greifen sogar fokussiert Frauen an, da sie sich besonders vor einer Selbstorganisierung von Frauen fürchten. So gibt es Einheiten, die explizit Frauen angreifen und sie öffentlich erdniedrigen, um andere abzuschrecken.

Der Kongress besteht aus 101 Frauen und sieben weiteren im Vorsitz. Hier werden Probleme und Forderungen der Frauen besprochen und Beschlüsse gefasst, die für die anderen Strukturen bindend sind. Der KJA hat des Weiteren ein Protokoll beschlossen, welches in anderen Strukturen eingehalten werden muss, wird dieses gebrochen, so kann sich jede Frau beim KJA melden und dieser kümmert sich um das Problem.

Für den KJA ist es wichtig, dass Frauenorganisationen auf möglichst lokaler Ebene existieren, denn nur so ist eine solidarische Problemlösung möglich, nicht über Distanzen. Damit konnte für die Frauen aus der Nachbarschaft ein Vertrauen in die Strukturen etabliert und die Selbstorganisation konnte stärker werden. Ebenso geht die Bewegung auch direkt in die Nachbarschaften und spricht mit den Frauen über ihre Probleme und motiviert sie immer wieder aufs Neue, gemeinsam etwas dagegen zu tun. So wird die Frauenbefreiung mit viel Beharren und Solidarität immer weiter getrieben.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, wie Frauen sich mehr Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit erkämpfen, sind die

Frauenkollektive. Hier können Frauen gemeinsam arbeiten und sich ihr eigenes Geld verdienen und merken sehr praktisch, was sie können. Außerdem werden viele lokale Gesprächsrunden und Seminare veranstaltet, in denen die Wichtigkeit der Frauenbefreiung diskutiert wird.

Hier wird auch die Jineolojî erarbeitet und vorangetrieben. Hierbei geht es darum, die bestehende männliche Wissenschaft zu durchbrechen. Den Frauen wurde ihre widerständige Geschichte gestohlen und in den etablierten Wissenschaften verdrängt. Durch die Jineolojî sollen diese Geschichte und die Möglichkeiten von Frauen neu erarbeitet werden. Dadurch wird das Selbstvertrauen der Frauen in den Nachbarschaften enorm gestärkt.

Gerade im Bereich der Frauenbefreiung lässt sich für deutsche Strukturen sehr viel lernen. Die Bestärkung durch Frauenselbstorganisation ist eine enorm wichtige Kraft, die die Gesellschaft fundamental befreien kann.

Rojava-Verein

Am nächsten Tag besuchten wir den Rojava-Verein und ein Camp von geflüchteten Êzîd*innen. Der Verein gründete sich 2014 nach dem Angriff des IS auf das Şengalgebirge und ist aktiv in der Geflüchtetenhilfe. Inzwischen müssen sie sich auf lokale Menschen fokussieren, die aus den angegriffenen Orten in Nordkurdistan flüchten.

Die Hilfe geschieht solidarisch und selbstverwaltet. So kümmert sich die Nachbarschaft einer ganzen Straße um geflüchtete Familien, die in der Straße Unterkunft bekommen. Ebenso wird versucht, wenigstens einem Familienmitglied eine Arbeit zu verschaffen, so dass die Familien möglichst schnell wieder eigenständig leben können. Der Rojava-Verein packt außerdem jeden Tag Essenspakete, die vor allem in die Gebiete Sûr und Cizîr geliefert werden.

Das Camp für geflüchtete Êzîd*innen wird explizit als Lebensraum gestaltet. Hier wurden sofort Strukturen für eine demokratische Autonomie geschaffen. So ist der neue Lebensraum der Êzîd*innen in vier Teilbereiche aufgeteilt, die jeweils Delegierte schicken für ein regelmäßiges Plenum. Die Bildungsarbeit ist enorm wichtig, daher werden Seminare organisiert, um über die demokratische Autonomie zu diskutieren, und so neue selbstverwaltete Perspektiven eröffnet und gestärkt. In einem Haus eigens für Frauen können in einem nichtpatriarchalen Umfeld Probleme besprochen und von dort heraus gestärkt und mit großem Selbstvertrauen gelöst werden. Konflikte können intern und selbstverwaltet mit einem starken Miteinander gelöst werden.



Newroz in Amed: Auf dem Festgelände waren mehrere hunderttausend Menschen. Foto: YXK

Newroz

Am Abend wurden wir von der Jugend in ein großes Gebäude eingeladen und verbrachten die Nacht mit den Freundinnen und Freunden, um von dort am nächsten Tag als Demo zum großen Newrozfest zu laufen. Auf dem Weg dorthin standen den Menschen die Befreiung und der Widerstand in den Gesichtern geschrieben. Familien jubelten der Demo entgegen, die digitalen Aufschriften der Busse wünschten ein schönes befreites Newroz. Auf dem Festgelände waren mehrere hunderttausend Menschen. Weniger als in den Jahren zuvor, da viele Menschen im Widerstand aktiv sind oder vom Militär aufgehalten wurden.

Die Stimmung auf dem Fest war sehr solidarisch und wir haben uns alle wohl gefühlt. Wir sahen keinen einzigen Menschen, der Alkohol zu sich nahm, was sicherlich zur entspannten Atmosphäre beigetragen hat. Patriarchales Verhalten hatte hier, anders als auf europäischen Festen, keinen Platz. Gegen Ende, als nicht mehr viele Menschen anwesend waren, nutzte die Polizei die Chance und griff die verbliebenen Menschen mit Tränengas an. Jede Chance wird vom türkischen Staat genutzt, um die Befreiungsstimmung zu unterdrücken.

Am Abend spitzte sich auch die Lage der Delegation zu. Vier Menschen aus der Delegation wurden in Bağlar vom Militär aufgehalten und daraufhin von Polizisten mitgenommen, verhört und hart angegangen. Durch die enorme Solidarität der lokalen Gruppen konnten sie schnell wieder herausgeholt werden. Doch auch bei der lokalen Jugend, die sich bisher um uns kümmerte, spitzte sich die Lage weiter zu. Dadurch war es ab diesem Zeitpunkt zu gefährlich für die Jugend, uns weitere Strukturen zu zeigen. Wir wurden ab jetzt von der Demokratischen Partei der Völker HDP unterstützt und in den nächsten Tagen angeleitet. So besuchten wir einige andere Orte in Nordkurdistan.

Farqîn (Silvan)

Als Erstes fuhren wir nach Farqin (türk. Silvan). Diese Stadt ist die Erste gewesen, in der die demokratische Autonomie konsequent gelebt wurde. Hier hat die HDP 92 Prozent bei der letzten Wahl erreicht. Die Stadt wurde vom 3. bis zum 14. Januar 2016 massiv vom türkischen Staat angegriffen und belagert. Das Gebiet wurde bombardiert und von Bodentruppen verwüstet. Als wir durch die engen Straßen liefen, sahen wir viele ausgebrannte Häuser mit teilweise eingestürzten Fassaden. Jedes Wohnhaus war mit Einschusslöchern durchsiebt, einige davon so groß, dass sie nur von schweren Geschützen kommen können.

In der Straße, die wir uns ansahen, baute die Bevölkerung mit der Stadt zusammen ein kleines Café auf, um wenigstens



Farqîn: Jedes Wohnhaus war mit Einschusslöchern durchsiebt, einige davon so groß, dass sie nur von schweren Geschützen kommen können. Foto: YXK

einen öffentlichen Treffpunkt zu haben und so das Herz der Stadt wieder zum Schlagen zu bringen.

Auf die Hauswände der Stadt schrieb das Militär faschistische Parolen wie »Wer kein Türke ist, soll sich umbringen«. Im gleichen Zuge wurden von den Soldaten Parolen des Widerstands überstrichen und unkenntlich gemacht. Wer hier vermeintlich die Hoheit hat, soll damit klar zum Ausdruck gebracht werden.

Während der Angriffe waren es vor allem die Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren, die auf den Straßen kämpften und Widerstand leisteten. Sie verteidigten ihr Viertel und das demokratisch-autonome Leben mit allen Mitteln.

Nach ungefähr 20 Minuten wurde das türkische Militär auf uns aufmerksam, sie umstellten uns mit ihren gepanzerten Fahrzeugen und richteten ihre Waffen auf uns. Sie fragten, was wir hier wollten, und zwangen uns dazu, die Stadt wieder zu verlassen. Sie haben Panik, dass ihre Kriegsverbrechen an die Öffentlichkeit geraten.

In den nächsten Tagen besuchten wir noch Heskîf (türk. Hasankeyf). Eine sehr alte Stadt, die zu einem großen Teil aus Höhlen besteht, in denen seit Jahrhunderten Menschen auf einer solidarischen und naturverbundenen Basis wohnen. Diese Stadt ist durch ein Staudammprojekt des türkischen Staates von der kompletten Überflutung gefährdet. Wir besuchten auch noch die südliche Stadt Mêrdîn (türk. Mardin), im Umkreis dieser Stadt sind die Angriffe des türkischen Staates sehr brutal, allerdings ist auch der Widerstand hier sehr intensiv.

Pîrsûs (Suruç)

Der letzte Ort, den wir besuchten, war die Grenzstadt Pîrsûs (türk. Suruç). Schon beim Ankommen merkten wir: Hier ist die Präsenz von Polizei und Militär besonders hoch. Wir sahen, als wir die Hauptstraße entlangfuhren, einige große Kasernen, in deren Vorhöfen sich Soldaten sammelten.

Wir trafen uns erst einmal im Haus der lokalen Stadtverwaltung mit den HDP-Co-Vorsitzenden zu einem kurzen Gespräch. Sie erzählten uns, dass der Krieg in Kobanê sehr starke Auswirkungen auf die Stadt Pîrsûs hatte. Die Solidarität mit Rojava war hier besonders stark. Die Türen standen zu dieser Zeit offen für geflüchtete und helfende Menschen.

Es wurden sieben Camps für Geflüchtete aus Kobanê als wirkliche Lebensräume geschaffen, außerdem die Verteilung in weitere 107 kurdische Kommunen organisiert. Die Geflüchteten haben dadurch ein positives und bestärkendes Gefühl bekommen.

Pîrsûs war zur Zeit des Krieges in Kobanê das Zentrum für praktische Solidarität und der wichtigste Anlaufpunkt für Menschen, die im Kampf für Befreiung in Kobanê mithelfen wollten. Noch bis vor den Parlamentswahlen in der Türkei gab es hier eine beruhigte Zeit, in der die Freiheit und Autonomie spürbar wurde.

Erdoğan hatte Angst vor dieser Befreiung. Der türkische Staat will jegliches Erstarken von Solidarität mit allen Mitteln bekämpfen. Die Ausrufung der Autonomie in Rojava hat sich auch in Pîrsûs positiv ausgewirkt, was die starke türkische Militärpräsenz erklärt, die wir sahen. Als Erdoğan merkte, dass der IS die Kurd*innen nicht besiegen kann, bekam er noch mehr Angst. Nach der – für die HDP – erfolgreichen Wahl und dem IS-Anschlag in Pîrsûs auf eine Jugendgruppe begann Erdoğan mit dem Vernichtungskrieg gegen die kurdischen Strukturen, gleichzeitig wurde seine Unterstützung für den IS noch deutlicher.

Nahe Pîrsûs liegt ein staatliches Camp für Geflüchtete. Der Zugang dazu ist Außenstehenden komplett verwehrt. Erdoğan will verhindern, dass die Zustände dort an die Öffentlichkeit gelangen. Doch selbst Mitarbeiter*innen berichten, dass dieses Camp ein Anlaufpunkt für IS-Sympathisanten sei, die hier rekrutiert werden, ihre letzten Informationen bekommen, um dann nach Syrien gebracht zu werden.

Die Grenze ist für Kurd*innen, die zurück in ihre Heimat wollen oder die Stadt wiederaufbauen möchten, komplett gesperrt. Jeder Meter ist vom türkischen Militär überwacht. Doch in Pîrsûs unterstützt die Bewegung weiterhin Familien, die zurück nach Kobanê möchten.

All diese Solidarität und Selbstverwaltung wird von Erdoğan mit enormer Repression belegt. Freiwillige Helfer werden derzeit immer wieder festgenommen. Zum Abschluss unseres Gesprächs wünscht sich der Co-Vorsitzende deshalb mehr internationale Solidarität. Es müssten wieder mehr Delegationen herkommen.

Wir fuhren nach unserem Gespräch direkt an die Grenze zu Rojava heran. Dort sahen wir einen beeindruckenden Ort: Kobanê. Wir sahen die Hügel, die uns allen von der monatelangen und internationalen Berichterstattung bekannt sind, am Hang dieser Hügel sahen wir viele zerstörte Gebäude. Die Nachwirkungen eines intensiven Krieges waren direkt ersichtlich.

Die Grenze, die der türkische Staat bewacht, war kaum wahrnehmbar. Ein Fahrzeug mit einigen Soldaten stand an einem flachen Erdwall. Von unserem Standpunkt aus waren es nur wenige hundert Meter rüber nach Kobanê. Mensch müsste nur einige Minuten laufen und wäre in dem von Revolution und demokratischer Autonomie aufgeladenen Rojava, doch hat das türkische Militär hier einen Schießbefehl, der schon häufig angewendet wurde. Hinter uns sind weite grüne Wiesen, auf denen erst letztes Jahr auf beiden Seiten der Grenze Newroz gefeiert wurde. Vereinzelt stehen einige Häuser in der ansonsten leeren Grenzregion.

In eines dieser kleinen Dörfer fuhren wir als Nächstes. Von dort aus hatten wir nochmals einen guten Blick auf Kobanê. Die Situation war sehr beeindruckend. Hier haben auf engstem Raum Menschen für Freiheit, Frauenbefreiung und ein kommunales Leben gekämpft. Hier standen Beobachter*innen und sahen den Straßenkämpfen zu und sandten die Bilder in alle Welt, als die Anteilnahme noch groß war. Es war eine skurrile Atmosphäre, als würde die Revolution auf der Kinoleinwand beobachtet. Diese unsichtbare Grenze baut eine Distanz auf, die nicht sichtbar ist, sich aber wie ein Schleier über den Blick legt. Hier haben sich Menschen für uns alle aufgeopfert und gelitten und das noch dazu sehr bewusst.

Das Dorf, in dem wir nun standen, besteht aus einigen Lehmhäusern, eine Kuh war an einem Stein angebunden, in einer Umzäunung standen eng an eng einige Ziegen. Hier besuchten wir ein kleines Museum in einer Lehmhütte mit drei kleinen Räumen.

Der Mensch, der dieses Museum errichtete, ist ein motivierendes Beispiel dafür, mit wie viel Leidenschaft Menschen für wirkliche Freiheit kämpfen können. Während des Krieges in Kobanê saß er an der Grenze fest. Er baute das Museum zu dieser Zeit völlig allein auf. In den Räumen hängen rundherum eng beieinander die Bilder der Gefallenen. Darunter einige internationale Plakate der kurdischen Bewegung, dazu gibt es viele Bücher. Der Mensch, der dies erbaute, ist schlussendlich nach Kobanê in den Kampf gezogen und bei einem Anschlag des IS gefallen. Es ist erbauend, aber unvorstellbar, wie sehr sich Menschen für die Freiheit aufopfern können.

Diese Grenze hier zwischen Rojava und Nordkurdistan durchzieht den wichtigsten Ort der Revolution unserer Zeit. Auf der einen Seite die erfolgreiche Revolution Rojavas, auf der anderen Seite der beeindruckende Widerstand der Menschen Nordkurdistans. Von hier kommen die stärksten Impulse für einen Befreiungskampf gegen einen individualisierenden Neoliberalismus, gegen das Patriarchat und gegen Faschismus. Hier entscheidet sich unser aller Zukunft. Werden wir in einer faschistischen Zeit leben oder wird der Befreiungsgeist siegen? Die beiden Gebiete sind durch Gewalt voneinander getrennt, aber im Widerstand vereint. Hier werden befreite Strukturen erkämpft. Hier ist der Ort der Orte unserer Generation. Jede*r sollte das im eigenen Kampf im Bewusstsein haben. Hiervon hängt vieles ab.

Nach dem intensiven Moment direkt an der Grenze und im Museum fuhren wir zu einem weiteren Ort der Aufopferung. Wir betraten in Pîrsûs den Hof des Jugendhauses, in dem Menschen, wie wir, mit Block und Stift in ihren Händen, bei einem Anschlag starben. Ein Baum, der noch leichte Spuren der Explosion in der Rinde eingegraben hat, steht neben der Fahne der Delegation, die nun nicht mehr für die Befreiung kämpfen kann.

Folgende abschließende Worte sind sehr subjektiv.

Trotz der kritischen Situation in Nordkurdistan, haben die Menschen einen unglaublichen Widerstandsgeist, der Glaube an die Befreiung der Gesellschaft ist weiterhin stark. Der Sinn in der eigenen Tätigkeit ist vorhanden. Wir Menschen der Delegation kommen daher sehr motiviert aus Kurdistan. Wir konnten sehr viel lernen und glauben, dass viele praktische Ansätze auch für Europa wichtig sind. Eine gewisse Arroganz, die gegenüber der kurdischen Bewegung in Teilen der Linken spürbar ist, sollte unbedingt abgelegt werden. Gerade von den Volksräten, die auf sehr lokaler und nachbarschaftlicher Ebene aufgebaut wurden, können wir sehr viel lernen. Die Bewegung ist immer wieder zu den Menschen gegangen und hat mit ihnen über die Probleme gesprochen und daraufhin gemeinsam nach Lösungen gesucht, so konnte ein Vertrauen aufgebaut werden. Wir müssen auch hier raus aus der Szene. Die wichtigste Lektion, die ich aus dieser Reise gezogen habe, ist die Wichtigkeit der Befreiung der Frau. Es ist so viel Neues möglich, wenn Frauen selbstorganisiert und mit viel Selbstvertrauen sich politisch entfalten können und gleichzeitig Männer ihr patriarchales Verhalten immer wieder aufs Neue hinterfragen und dagegen ankämpfen.

Lasst uns Strukturen aufbauen und selbstbewusst auf Menschen zugehen. Hören wir uns die Probleme in unseren Straßen an und lasst uns versuchen, gemeinsam und solidarisch Probleme zu lösen. Lasst uns Vertrauen aufbauen. Reist nach Kurdistan, nehmt diese wichtigen Impulse auf und lasst uns kämpfen gegen die europäische Unterstützung des türkischen Faschismus.

Die Solidarität hilft uns gegen Unterdrückung!

Detailliertere Infos auf unserem Blog: www.newroz.blogsport.eu ♦

zusätzlich im Internet:
IPPNW-Delegation in Nordkurdistan

Erdoğans Krieg gegen die Kurden

Dr. Gisela Penteker, IPPNW

Trotz aller Sicherheitsbedenken hat sich auch in diesem Jahr eine Gruppe von acht Personen als Delegation der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) auf den Weg in den Südosten der Türkei gemacht.

Wir führten Gespräche in Ankara, Amed (Diyarbakır), Mêrdîn (Mardin), Cizîr (Cizre) und Wêranşar (Viranşehir) mit erfahrenen und besonnenen Politikern und Menschenrechtlern, die wir meist seit Jahren kennen. Alle waren ratlos und wie im Schock angesichts des Krieges, der seit Monaten mit vorher nicht vorstellbarer Grausamkeit gegen die kurdische Bevölkerung geführt wird. Über soziale Medien erreichen uns auch in Deutschland Bilder und Berichte über die Zerstörungen in kurdischen Städten, es gibt sogar ein paar gute Fernsehdokumentationen. Trotzdem ist hier über den Bürgerkrieg zwischen Kurden und Türken wenig bekannt. Die PKK gilt den meisten als Terrororganisation und ihre Bekämpfung wird im Rahmen des internationalen Krieges gegen den Terror für richtig und notwendig gehalten. Leider ist zu befürchten, dass sich bei der PKK und ihren kurdischen Unterstützern die Hardliner durchsetzen und sie so spätestens mit Beginn des Frühlings ihrem Ruf gerecht werden. Mehrere unserer Gesprächspartner kritisieren, dass die jugendlichen Barrikadenbauer mit ihrem bewaffneten Widerstand dem Präsidenten erst den Vorwand für seinen Angriff auf die Zivilbevölkerung in den Städten geliefert hätten. Die dabei ausgeübte Gewalt durch Spezialeinheiten, Polizei und Militär ist allerdings völlig unverhältnismäßig. Gegen etwa 200 bewaffnete Aufständische stehen 15 000 bis 20 000 Soldaten. Mit schwerer Artillerie beschießen sie die betroffenen Stadtviertel und zerstören anschließend Haus für Haus. Fassungslos standen wir in den Trümmern von Cizîr, in denen Menschen mit versteinerten Gesichtern nach den spärlichen Resten ihrer Habe suchten. Am Tag unserer Abreise erfuhren wir durch die Medien, dass die zerstörte Altstadt Sûr von Amed von der Regierung beschlagnahmt wurde. Präsident Erdoğan und Ministerpräsident Davutoğlu haben angekündigt, die kurdischen Städte nach der »Säuberung« schnell und



Von der Türkei gebaute Grenzmauer zu Rojava/Nordsyrien   Foto: S Ebritsch

modern wieder aufzubauen. Uns schaudert bei dem Gedanken an die neuen Hochhausviertel am Rande der Städte Mêrdîn und Amed, die mit kurdischer Tradition und Lebensweise so gar nicht vereinbar sind. Die kurdischen Bürger haben Angst, dass in ihren Städten vermehrt sunnitische, arabische Flüchtlinge aus Syrien angesiedelt werden sollen und so eine demografische Verschiebung im Sinne der Regierungspartei AKP.

Viele Kurden sehen sich in einem Vernichtungskrieg. Etwa 400000 Menschen haben schon ihre Wohnungen verlassen oder verloren. Viele wollen nur noch weg aus der Region, da sie keine Hoffnung auf ein Leben in Frieden mehr haben. Hier könnte sich eine neue Fluchtwelle nach Europa ankündigen. Europas Politiker verschließen die Augen vor dem Krieg, der hier stattfindet. Ihre Komplizenschaft mit dem »Psychopathen von Ankara«, wie eine Gesprächspartnerin den Präsidenten nennt, wird von den Menschen mit Bitterkeit kommentiert. Insbesondere die Wahlhilfe für Erdoğan durch den Besuch von Frau Merkel im Wahlkampf stößt auf heftige Kritik.

Die meisten Menschen, die wir treffen, sind überzeugt, dass Erdoğan sie und die ganze Türkei ins Verderben führen wird. Er habe sich alle Nachbarn zu Feinden gemacht, er habe das Präsidialsystem, das er politisch nicht durchsetzen konnte, einfach eingeführt und schere sich den Teufel um bestehende Gesetze. »Erdoğan ist das Gesetz und die AKP ist der Staat.«

Die Polarisierung der Gesellschaft ist so weit fortgeschritten, dass niemand einen Ausweg erkennen kann. Selbst ein erfahrener Politiker wie Ahmet Türk, der schon viele Höhen und noch mehr Tiefen erlebt hat, wirkt ratlos und verzweifelt. Ohne den auf der Gefängnisinsel Imralı isolierten Abdullah Öcalan und ohne eine Vermittlung durch eine integre Person oder Gruppe von außen, die sowohl das Vertrauen der Menschen in der Türkei als auch der USA und Europas genießt, sieht er sein Land in Blut und Chaos versinken.

Die Menschen in Kurdistan wollen keinen Krieg. Es gibt schon viel zu viele Tote und Vertriebene. Alle waren sich einig, dass die Kurdenfrage nicht mit Gewalt zu lösen ist. Das stimmt auch weiterhin, nur sind die Stimmen der Besonnenen im Kriegsgetöse kaum zu hören. Die kurdische Gesellschaft, sowohl in der Türkei als auch besonders in Rojava, hat ihre Fähigkeit zu friedlicher Veränderung hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen, von Völkern, Religionen und Kulturen längst bewiesen.

Mein Herz blutet, wenn ich an das zerstörte Sûr denke, das ich in den vergangenen Jahren so lieben gelernt habe. Selbst wenn es so prächtig wie Toledo (Davutoğlu) wieder aufgebaut werden sollte, wird es ein totes Freilichtmuseum sein und nicht der lebendige Schmelztiegel vieler Völker und Religionen, der in den letzten Jahren des relativen Friedens wieder im Entstehen war. ♦



Leben im zerstörten Cizîr. Foto: G. Penteker

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement 6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
MitarbeiterInnen der Rojava Solidarity and Aid Association verpacken Lebensmittelrationen | Foto: H. Schultze

Rückseite:
Plakat des 12. Zilan Festivala Jinan | Frauenfestival

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



civaka-azad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org

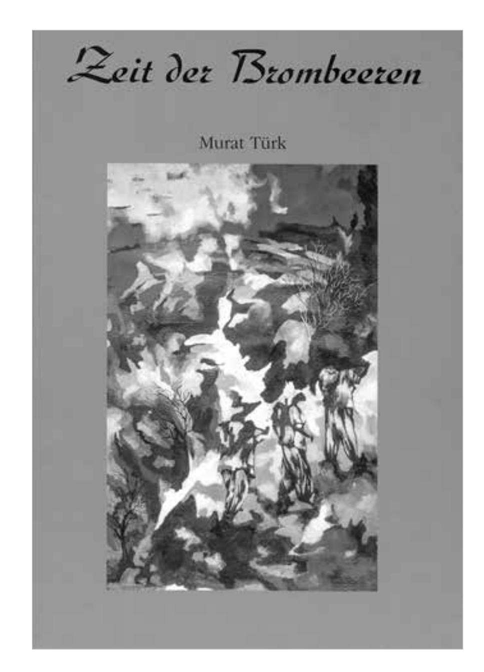


nadir.org/azadi/



yxkonline.com

Zeit der Brombeeren | von Murat Türk



»Ein kleines Detail hatte unseren ganzen Plan durcheinander gebracht.

Hätte unser Wegweiser Mahir an der Gabelung nicht gezögert, wäre all dies vielleicht gar nicht geschehen. Bei Nachtmärschen ist es nicht ungewöhnlich, dass der Erste in der Reihe an manchen Stellen zögert. Aber diesmal hatte dieses Zögern länger als sonst gedauert. In dem Moment konnte ich es nicht wissen, aber die Gabelung dieses schmalen Pfads sollte auch den Verlauf meines weiteren Lebens verändern. Dabei wäre alles anders gekommen, hätten wir nur die untere Abzweigung genommen. Aber wir hatten uns für den nach oben führenden Weg entschieden.

Das sollte uns zum Verhängnis werden ...«

Zum Autor: Murat Türk, geboren 1976 in Diyarbakır, verbrachte seine Kindheit und Jugend im Viertel Bağlar, einer Hochburg des kurdischen Widerstands. 1992 schloss er sich dem bewaffneten kurdischen Befreiungskampf an und ging in die Berge. 1995 wurde er verhaftet und von einem türkischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Seinen vorliegenden ersten Roman hat er im F-Typ Gefängnis von Bolu geschrieben. Seine auf Türkisch verfassten Kurzgeschichten und Artikel wurden in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Sein Roman Zeit der Brombeeren ist neben Türkisch auch in den kurdischen Dialekten Kurmancî und Soranî erschienen. 3 Kurzgeschichten von ihm sind preisgekrönt. Sie sind Teil seines 2013 auf Türkisch erschienenen Buches Köprüdeki Düşman. 2015 erschien die Fortsetzung des Romans mit dem Titel Böğürtlen Zamanı 2 - Buluşma. Murat Türk sitzt seine Haftstrafe in Izmir ab.

ISBN: 978-3-945326-21-3
1. Auflage: März 2016
Verkaufspreis: 11,90 €

Übersetzung aus dem Original: Meral Çiçek

Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH
Gladbacher Str. 407b
41460 Neuss/Deutschland
Tel. +49 (0) 21 31 40 69 093
Fax +49 (0) 21 31 15 13 171
www.pirtuk.eu

Wir kämpfen für Freiheit und demokratische Selbstverwaltung

12. ZILAN

FESTIVALA JINAN FRAUENFESTIVAL

Bername/Programm

Hunermendên Jin ên Tev-Çand'ê
Rojda
Jala
Petra
Silvia Tomás
Koma Dengê
Zarokên Mezopotamyayê
Dansên Gelerî
Koma Jinên Ezidî

Axaftvan/Rednerinnen

Ji Bakûr û Rojava
Peyamen Rexistinên Jinan

Saet/Uhr: 10.00





EM DI QADÊN XWESERIYÊ DE TÊKOŞÎNA AZADIYÊ BILIND DIKIN

18. Juni 2016

Revierpark Wischlingen
44149 Dortmund

CENÎ
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05, 40009 Düsseldorf

ISSN 0935-5375